

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 294 ==

Schulenburg-Kehnert unter Friedrich Wilhelm III. (1798—1806)

Von

Dr. Leo Hellwig

==

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1936

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Meiner Mutter

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	7
Erstes Kapitel: Schulenburg als Leiter der inneren Verwaltung.	
I. Die Generalkontrolle	11
II. Die Münze	60
III. Die Bank	67
Zweites Kapitel: Sonderaufträge.	
I. Die Verhandlungen mit dem hannoverschen Ministerium wegen der Besetzung des Landes, 1801	78
II. Die Okkupation und Organisation der Entschädigungsprovin- zen, 1802/03	84
III. Die Besetzung und Verwaltung von Hannover, 1806	108
IV. Schulenburg als Gouverneur von Berlin	125
Schluß	181

Einleitung.

Die Persönlichkeit, die im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen soll, gehört zu den weniger bekannten Gestalten der preußischen Geschichte. Das hat seinen guten Grund. Haben wir doch in Schulenburg einen jener Staatsmänner vor uns, die nicht durch besonders hervorragende Leistungen oder bahnbrechende Reformen die Geschichte ihres Staates entscheidend beeinflußt haben, sondern nur auf dem Wege fortgeschritten sind, den andere vor ihnen zum ersten Male eingeschlagen hatten. Eigentlich war es nur ein unglücklicher Ausspruch aus dem Jahre 1806, der seinen Namen der Nachwelt überliefert hat. Seitdem lebt er als der Mann weiter, der „Ruhe“ die „erste Bürgerpflicht“ genannt hatte. Diese einseitige Kenntnis der Person Schulenburgs spiegelt sich auch in der Forschung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts wieder. Wenn er hier gelegentlich erwähnt wurde, sah man ihn fast ausschließlich in dem Schatten der Ereignisse von 1806 und seines verunglückten Abganges. Über seine sonstige Tätigkeit war herzlich wenig bekannt, besonders nicht über seine Ministerjahre unter Friedrich dem Großen,¹ mehr schon über die spätere Zeit, in erster Linie aus den Biographien Steins von Pertz und Lehmann, dann Hardenbergs Denkwürdigkeiten, Hartungs „Hardenberg und die preußische Verwaltung in Ansbach-Bayreuth“, dem Werke von Hüffer über Lombard, Philippons „Geschichte des preußischen Staatswesens vom Tode Friedrichs des Großen an“, usw. Aber hier spielt er doch nur eine untergeordnete Rolle.

1. In der Biographie Friedrichs des Großen von Koser wird sein Name nicht ein einziges Mal erwähnt!

Das wurde erst anders, nicht so sehr durch die Veröffentlichung seiner Denkwürdigkeiten,² deren schonungslose Offenheit, mit der sich Schulenburg hier selbst charakterisiert, ihm teilweise sogar geschadet hat, sondern durch den ersten Versuch auf Grund eines ausgedehnten Aktenstudiums zu einer gerechten Beurteilung seiner Person und seiner Leistung zu gelangen. Ich meine hier das Buch von Rosenmöller, Schulenburg-Kehnert unter Friedrich dem Großen, das sich mit der bedeutensten Zeit seines Lebens beschäftigt, als er im besten Mannesalter mit dem vollen Vertrauen Friedrichs II. fast die Hälfte sämtlicher Departements des Generaldirektoriums verwaltete. Vielleicht könnte man diesem Buche, welches leider nicht die nötige Beachtung gefunden hat,³ den Vorwurf machen, daß es gleichsam in den entgegengesetzten Fehler verfällt und überall nur positive Leistungen sieht, auch wo sie gar nicht vorhanden sind; aber das war doch nur eine entschuldbare Reaktion gegen die bis dahin fast durchweg vorherrschende negative Beurteilung Schulenburgs. Seine spätere Tätigkeit, besonders die unter Friedrich Wilhelm III., hat Rosenmöller nur ganz kurz gestreift. Und doch verdient auch sie eine besondere Behandlung. Zwar entsprach seine Tätigkeit unter Friedrich dem Großen mehr seiner ganzen Veranlagung; aber auf der anderen Seite waren die sachlichen Möglichkeiten, die sich Schulenburg unter Friedrich Wilhelm III. boten, viel umfassender als unter Friedrich II., wo es Minister im heutigen Sinne nicht gegeben hat. Erst als die Macht des absoluten Königs infolge der Mittelmäßigkeit der Nachfolger des großen Friedrich immer mehr zurückging, stieg die Bedeutung der Minister in dem gleichen Maße an. Vor allem stellte die Ernennung Schulenburgs zum Chef der neugeschaffenen Generalkontrolle, die dem Wunsche Friedrich Wilhelms III. entsprechend einen festen Mittelpunkt der Verwaltung bilden sollte, etwas Neues dar, wenn sie auch formell auf das Jahr 1717 zurückging, wo ja auch ein Generalkontrollleur der Finanzen er-

2. W. Naudé, Denkwürdigkeiten des Ministers Grafen von der Schulenburg, F. B. P. G. (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte) XV. S. 385 ff.

3. Es steht sogar in der neuesten Auflage des Dahlmann-Waitz nicht verzeichnet!

nannt worden war. Schulenburg fand 1798 ein viel unbegrenzteres Betätigungsfeld vor als er es unter Friedrich dem Großen je gehabt hatte. Von hier aus gesehen sind wir also ohne Zweifel berechtigt zu sagen, daß dieser letzte Abschnitt der Minister-tätigkeit Schulenburgs ebenso eine Sonderbehandlung verdient wie die fünfzehn Jahre unter Friedrich dem Großen. Das darüber von mir im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin vorgefundene Material entsprach leider nicht den gehegten Erwartungen; dasselbe gilt auch von dem Nachlasse Schulenburgs im Archiv des Herzogs von Trachenberg, den übrigens schon Wilhelm Naudé⁴ zum größten Teil veröffentlicht hat.

4. Vgl. S. 8, Anm. 2.

Erstes Kapitel.

Schulenburg als Leiter der inneren Verwaltung.

I.

Die Generalkontrolle.

1.

Nach dem Tode Friedrichs des Großen zeigte es sich bald, was für einen großen Verlust Preußen erlitten hatte; denn es fehlte jetzt die überragende Persönlichkeit, die alle Fäden der Staatsverwaltung in ihrer Hand vereinigte.⁵ Hier stoßen wir auf den Hauptnachteil des friderizianischen Systems, daß es zu sehr auf eine einzige außergewöhnliche Persönlichkeit zugeschnitten war und unter einem schwächeren Herrscher wie Friedrich Wilhelm II. versagen mußte. Besonders das Behördenwesen war so eingerichtet, daß hier nur ein Mann mit überragenden Fähigkeiten -- und auch dieser nur mit großer Mühe -- alle Fäden zusammenhalten konnte, da sonst eine Zentralgewalt vollständig fehlte. Und wie notwendig sie war, zeigt ein Blick auf die Mannigfaltigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Departements. Da gab es einmal Behörden wie das auswärtige Departement und den Rest des alten Staatsrates, das Justiz- und Kultusdepartement, die ganz für sich standen. Auch die eigentliche Verwaltungsbehörde, das Generaldirektorium, stellte keine Einheit dar; es bestand aus Provinzial- und Fachdepartements, von denen besonders die letzteren eine ziemlich unabhängige Stellung erlangt hatten. Aber auch von den Provinzialdepartements war schließlich beinahe die Hälfte des

5. Für das Folgende vgl. L. Tümpel, Die Entstehung des brandenburgisch-preußischen Einheitsstaates im Zeitalter des Absolutismus, S. 240 ff.

preußischen Staatsgebietes der Leitung des Generaldirektoriums entzogen: Schlesien und Ansbach-Bayreuth, Süd- und Neuostpreußen wurden damals von besonderen Provinzialministern geleitet. Und da, wie gesagt, eine übergeordnete Instanz, wie die Regierung Friedrichs aus dem Kabinett heraus, die diese nebeneinander bestehenden und teilweise stark rivalisierenden Behörden zusammenhielt, fehlte, so ist es kein Wunder, daß nach 1786 von einer Zentralinstanz eigentlich nicht mehr die Rede sein kann. Dieser Mangel hatte auch zur Folge, daß nicht nur die einzelnen Fachdepartements ihre Ansichten viel einseitiger vertraten als früher, sondern auch den Provinzialministern immer mehr der Gedanke abhanden gekommen war, daß ja nicht die besonderen Interessen einer Provinz, mit denen sie oft noch ihre eigenen Anschauungen verwechselten, das Letzte waren, sondern über allem doch das Interesse des Staates stand. Und diesen besonderen Interessen der einzelnen Departements gegenüber fehlte ein Gegengewicht, eine Instanz wie das Kabinett Friedrichs, die die Einheit des Staates in den Vordergrund stellte. An dieses „Unzusammenhängende der verschiedenen Departements“ scheint auch Schulenburg gedacht zu haben, als er einmal zu Stein sagte, Preußen mache einen föderativen Staat aus.⁶

Als besonders nachteilig erwies sich unter Friedrich Wilhelm II. das Fehlen eines behördlichen Mittelpunktes auf dem Gebiete, das eine der wichtigsten Grundlagen jedes geordneten Staatswesens bildet, nämlich auf dem der Finanzen. Welch' ein Wandel vollzog sich nicht gerade hier in den elf Jahren der Regierung Friedrich Wilhelms II.! 1786 der größte Barbestand, über den der preußische Staat bis dahin verfügt hatte; 1797 ein leerer Staatsschatz und eine bedeutende Schuldenmasse, welche die außenpolitische Aktionsfähigkeit des Staates für lange Zeit lähmen sollte. Die Gründe für diesen Niedergang sind einmal in der Außenpolitik zu suchen: der Feldzug nach Holland 1787 zur Einsetzung des vertriebenen Thronfolgers in die Statthalterschaft, die vergebliche Ausrüstung und Zusammenziehung großer

6. Nassauer Denkschrift vom Juni 1807. Vgl. G. H. Pertz, Stein, I. S. 419 f.

Truppenmassen an den Grenzen Österreichs und Rußlands in den Jahren 1790 und 1791, der Krieg der ersten Koalition bis zum Frieden von Basel 1792—1795 und der Feldzug in Polen 1793 sowie die Unterdrückung des polnischen Aufstandes 1794 verschlangen große Summen. Hinzu kam die Mißernte des Jahres 1794, die nicht nur den Staatskassen einen erheblichen Ausfall brachte, sondern darüber hinaus außerordentliche Aufwendungen des Staates zur Unterstützung der betroffenen Landesteile nötig machte. Sie beruhen aber auch auf der leichtfertigen Art und Weise, mit der man die finanziellen Probleme behandelte. Die Sparsamkeit, Strenge und Gewissenhaftigkeit in Finanzfragen unter Friedrich dem Großen wurde abgelöst durch Nachgiebigkeit, Schwäche und Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl. Die einfachen Zahlen reden eine ganz unmißverständliche Sprache. Friedrich der Große hinterläßt seinem Neffen bei 12134324 Talern Schulden einen Staatsschatz von über 50 Millionen Talern, etwa das Dreifache des damaligen gesamten jährlichen Staatseinkommens.⁷ Friedrich Wilhelm II. dagegen vererbt auf seinen Sohn einen leeren Schatz und dazu noch eine Schuldenlast von 48213511 Talern,⁸ von der wir allerdings die oben erwähnten 12134324 Taler abziehen müssen; das ergibt auf den Kopf der damaligen Bevölkerung des Staates (8660000)

7. Vgl. A. Naudé, Der preußische Staatsschatz unter König Friedrich Wilhelm II. und seine Erschöpfung, F.B.P.G. V. S. 212 ff.

8. Die gesamte Schuld bestand aus folgenden Posten:

Aus der Zeit Friedrichs II.	12 134 324 Rtlr.
Durch Gebietsabtretungen waren dem Staate zugekommen	5 725 584 „
Rückstände von bewilligten Unterstützungen an Provinzen, Kommunen und Individuen	2 353 603 „
Im Inlande aufgenommene Kapitalien	9 500 000 „
Auswärtige Anleihen	9 500 000 „
Schwebende Forderungen für Lieferungen	9 000 000 „
Sa. 48 213 511 Rtlr.	

Vgl. O. Warschauer, Zur Geschichte und Entwicklung der Staatsanleihen in Preußen, S. 19. E. Richter (Das preußische Staatsschuldenwesen und die preußischen Staatspapiere, S. 17) kommt nur auf eine Summe von 48 054 903 Rtlr.; der Unterschied ergibt sich fast ganz aus der Tatsache, daß Warschauer für die schwebenden Forderungen für Lieferungen rund 9 000 000 ansetzt, Richter nur 8 848 222 Rtlr.

5½ Taler.⁹ Wenn wir hier noch berücksichtigen, daß Friedrich der Große in den 23 Jahren seit dem Hubertusburger Frieden allein für Meliorationen 24 Millionen Rtlr., also ungefähr 1050000 jährlich verwendet hat, sein Nachfolger dagegen 1787/88 nur 887905 Rtlr. und dann immer weniger,¹⁰ so tritt uns die ungeheure Veränderung evident vor Augen.

Friedrich Wilhelm III. erkannte bei seinem Regierungsantritte, daß hier unbedingt eine Reform nötig sei; die Frage war nur, welchen Weg er einschlagen würde, um die aufgetretenen Mängel in der Staatsverwaltung, besonders das Fehlen eines Zentrums, zu beheben. Von vornherein schied hier die Möglichkeit aus, daß er etwa selbst diesen fehlenden Mittelpunkt bilden könnte. Dazu besaß er von Natur aus nicht die geringste Veranlagung und — wie seine „Gedanken über die Regierungskunst“,¹¹ die er als Kronprinz 1796/97 niedergeschrieben hat, zeigen — er traute sich die Kraft zu einer solchen Aufgabe auch selbst gar nicht zu. Unter der Überschrift: „Was heißt selbst regieren? Zergliederung dieser Frage.“ schrieb er damals: „Unmöglich kann man darunter einen solchen Regenten verstehen, der einzig und allein ohne jemand anderes Zutun und Rat die Regierungsgeschäfte zu besorgen im Stande sein will. Erstens ist keiner — auch der weiseste, klügste und vollkommenste nicht — fähig, ein jedes gehörig zu übersehen, zu beurteilen und zu bescheiden. Zweitens, wäre ein solcher Regent nicht eins der vollkommensten menschlichen Geschöpfe, so würde eher Nachteil als Nutzen aus diesem sogenannten Selbstregieren entstehen. Es würde ein solcher Herr aus Caprice, aus Unerfahrenheit, Unüberlegtheit, bloß um des Ruhmes halber, selbst Regierer sein zu wollen, sein Land in Unglück und Gefahren stürzen, ohne nur im mindesten hierdurch nützlich zu sein“. Besonders hielt ihn das Gefühl seiner Unterlegenheit gegenüber Friedrich dem Großen, von dem er sagt, daß „er, wenn es einer gewesen, sicher derjenige war, von dem man sagen kann, er habe selbst regiert“ davon ab es diesem gleichzutun: es würde gefährlich sein, wenn

9. E. Richter a. a. O. S. 17.

10. M. Philippson, Geschichte des preußischen Staatswesens vom Tode Friedrichs des Großen bis zu den Freiheitskriegen, I. S. 113.

11. G. Küntzel, Die politischen Testamente der Hohenzollern, II. S. 99 ff

sich ein Regent unterfangen wollte, ihm in allen Stücken nachzufolgen, sobald er nicht seine großen Geistesgaben, die sich keiner auch mit dem mühseligsten Fleiß zu geben imstande sein wird, sobald ihm solche die Natur verweigert hat, besitzt.

Dagegen enthielt ein Vorschlag, den der Geheimrat Borgstede gerade damals machte, nämlich das Generaldirektorium in ein Kollegium von vier Fachministern umzuwandeln, eine durchaus glückliche Lösung. Statt hierauf einzugehen, zog es der König vor auf die bewährte alte Kollegialverfassung zurückzugreifen. Dabei muß es aber von Anfang an bezweifelt werden, ob sie jetzt noch die geeignetste Form war um den Staat zu regieren. Man vergaß ganz, daß sie nur in dem kleinen Preußen vor 1740 wirklich funktioniert hatte; schon unter Friedrich II. ging es nicht ohne Reibungen ab, die nur durch die Persönlichkeit dieses Monarchen überwunden wurden. Was sollte aber erst werden, wenn ein schwacher Herrscher die Stelle des großen Friedrich einnahm und dabei die Aufgaben, die an den Staat gestellt wurden, immer mehr anwuchsen?

Allerdings sah auch der König ein, daß eine einfache Rückkehr zur Kollegialverfassung nicht ausreichte. Er machte nämlich den Versuch einen neuen Verwaltungsmittelpunkt zu schaffen, indem er am 19. Februar 1798 neben der Bestellung der Immediatfinanzkommission¹² die Errichtung der Generalfinanzkontrolle befahl. In der an demselben Tage dem Generalkontrollleur der Finanzen erteilten Instruktion¹³ wurde als Zweck

12. H. Petzold, Die Verhandlungen der 1798 von König Friedrich Wilhelm III. eingesetzten Finanzkommission, Göttingen 1912. Schulenburg, der neben Hoym, Heinitz und Struensee zum Mitglied dieser Kommission ernannt worden war, trat nach einigen Monaten wieder aus (Schulenburg an den König, 21. Mai 1798. Rep. 89, 95), da ihn seine eigentlichen Geschäfte vollständig in Anspruch nahmen. Er hatte zwar die § 28: Meliorationsgelder; § 29: Landschaftliches Kreditsystem und § 30: Volksmenge zur Sonderbearbeitung übernommen, versprach auch bei seinem Austritt aus der Kommission das im § 30 geforderte Generaltableau zu Ende zu führen; diese Aufgabe übernahm aber bald der Geheime Finanzrat Borgstede, wie überhaupt eine eigentliche Mitarbeit Schulenburgs nicht festzustellen ist.

13. Hertel, Die preußische Oberrechnungskammer, S. 98 ff. Der Entwurf zu dieser Instruktion stammt von dem damaligen Generaladjutanten Oberst von Zastrow. Vgl. Friedrich von Gentz an den Konsistorialrat Böttiger in

der Generalkontrolle angegeben die Notwendigkeit, „einen Verbindungspunkt zu bestimmen, in welchem die Resultate der ganzen Staatsverwaltung sich konzentrieren und gründlich übersehen werden können, um dadurch allen etwa existierenden oder sich ereignenden Mängeln auf dem kürzesten Wege abzu- helfen“.¹⁴ An einer anderen Stelle erweiterte er noch den Zweck der Generalkontrolle, wenn er von ihr verlangt, „alle Bahnen des Staates mehr als bisher in Verbindung zu setzen und die Chefs sämtlicher Departements zu veranlassen, bei Bearbeitung der ihnen übertragenen einzelnen Partien des Staates das Ganze vor Augen zu haben und nach einem gemeinsamen Ziele zu streben“.

Zum Generalkontrollleur und gleichzeitig zum Chef der Oberrechnungskammer¹⁵ ernannte der König den Minister Schulen-

Weimar, 17. März 1798 in: M. Spieß, Friedrich von Gentz über den Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III., Zeitschrift für Geschichte und Politik, V. S. 304.

14. Durch Kab.Ord. vom 22. Februar 1798 wurden der Generalkontrolle zwei Geheime Finanzräte, von Weiher und Schlabrendorff, die Schulenburg als „zwei in jeder Rücksicht vorzügliche Diener“ bezeichnete (Rep. 89, 71 A.), sowie ein Geheimer expedierender Sekretär, der Assessor Wilckens, der schon im nächsten Jahre Kriegsrat und 1802 Geheimer Finanzrat wurde, zugeteilt. Rep. 89, 50 A.

15. Damit griff er auf die Verordnung vom 16. Juni 1717 zurück, in der ja auch an die Spitze der Oberrechnungskammer ein Etatsminister in der Eigenschaft eines Generalkontrolleurs der Finanzen gestellt worden war. Allerdings scheint auch das Vorbild des französischen Contrôleur général bei der Schaffung dieses neuen Amtes einen maßgebenden Einfluß ausgeübt zu haben. Vgl. C. Bornhak, Geschichte des preußischen Verwaltungsrechts, II. S. 352.

Er erweiterte auch die Befugnisse der Oberrechnungskammer, indem er sie nicht nur, wie es schon in der Verordnung vom 4. November 1796 geschehen war, als höchste Instanz in Rechnungssachen zu einem „für sich bestehenden, ganz unabhängigen Landeskollegium“ ernannte und im Range dem Generaldirektorium gleichsetzte, sondern ihrer Aufsicht auch die Hofstaats-, Dispositions- und Legationskasse, die noch in der Verordnung vom 4. November gesondert behandelt worden waren, unterwarf; letztere sollten allerdings nur von dem Generalkontrollleur in Person oder dessen vertrautesten Räten bei den Kassen selbst revidiert werden. Die Oberrechnungskammer erhielt auch die Befugnis, an alle Kammern und sonstigen Unterbehörden im Namen des Königs Befehle zu erlassen und Mitglieder der Kollegien sowie alle Rechnungsführer zu mündlicher Auskunft vorzuladen.

burg. Es erhebt sich nun hier gleich die Frage, ob dieser nach seiner Persönlichkeit und nach dem, was wir über seine bisherige Laufbahn unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. wissen, der für dieses Amt geeigneteste Mann war. Für seine Persönlichkeit ist es charakteristisch, was er in seinen Denkwürdigkeiten über sich selbst schreibt: „Ich liebe die Ordnung bis zum Lächerlichen und die Pünktlichkeit bis zur Pedanterie. Ich kann verdrießlich werden, wenn ich die Nachtmütze nicht genau da finde, wo sie liegen soll, und ungeduldig, wenn etwas um drei Uhr geschehen soll und es geschieht fünf Minuten später oder früher. Ich nenne mich selbst den Mann nach der Uhr“.¹⁶ Spricht ein solches Eingeständnis schon zumindest nicht für Schulenburg, so noch weniger seine bisherige Tätigkeit. Da er sich seine Sporen unter einem Könige verdient hatte, der wirklich im wahrsten Sinne des Wortes selbst regierte und seinen Ministern nur die Rolle von ausführenden Organen überließ, so war es von vornherein zweifelhaft, ob er sich auch dann bewähren würde, wenn der König infolge seiner eigenen Unzulänglichkeit von seinen Ministern mehr als bloße Handlangerdienste verlangen würde. Diese Zweifel verstärken sich noch, wenn wir die Tätigkeit Schulenburgs unter Friedrich Wilhelm II. in Betracht ziehen; denn unter diesem Herrscher hatte die Stellung eines Ministers gegenüber der Regierungszeit Friedrichs des Großen gewaltig an Bedeutung zugenommen. Hier konnte er wirklich zeigen, aus was für Holz er geschnitzt war; und das Ergebnis spricht eindeutig gegen Schulenburg, wenn auch zugegeben werden muß, daß sein Versagen hauptsächlich auf einem Gebiete erfolgte, mit dem er unter Friedrich dem Großen nichts zu tun gehabt hatte, nämlich auf dem der Auswärtigen Ange-

Die obige Bestimmung, nach der die Generalkontrolle nicht auf sich allein gestellt, sondern in der Person ihres Chefs mit einer älteren Behörde, der Oberrechnungskammer, vereinigt wurde, brachte es übrigens mit sich, daß sie nur, wie schon Clausewitz sagte (Preußen in seiner großen Katastrophe, S. 421), eine Erweiterung derselben darstellte. Es ist überhaupt unmöglich, die Wirksamkeit beider Behörden gesondert zu behandeln; so eng sind sie miteinander verschmolzen. Man hat durchaus den Eindruck, nur eine einzige Behörde vor sich zu haben.

16. Trachenberger Archiv. P. A. Schulenburg 19: Selbstschilderungen. Zum Teil gedruckt in W. Naudé a. a. O. S. 391.

legenheiten. Wenn der König trotzdem auf Schulenburg zurückgriff und nicht einen Stein oder Hardenberg, die schon damals weit geeigneter für dieses Amt gewesen wären, zum Generalkontrolleur ernannte, so ist es wohl daraus zu erklären, daß er ihn infolge seiner jahrzehntelangen Ministertätigkeit unter Friedrich dem Großen und der damit verbundenen Dienst Erfahrung anscheinend für besonders geeignet hielt dieses wichtige Amt zu bekleiden. Daneben wird auch die Verwandtschaft der beiden Charaktere eine bedeutende Rolle gespielt haben. Der schwunglose, pedantische, wenig originelle, dabei äußerst arbeitssame Schulenburg scheint auf den ebenso gearteten Friedrich Wilhelm III. eine besondere Anziehungskraft ausgeübt zu haben.¹⁷

Dazu kam die wenig glückliche Organisation der Generalkontrolle. Da sie kein Ministerpräsidium war und sein wollte, sondern in der Tat nur eine Kontrolle der anderen obersten Behörden, die naturgemäß überall den stärksten Widerstand auslösen mußte, so bedeutete ihre Errichtung höchstens einen Ansatz zur Stellung eines Ministerpräsidenten, aber nicht mehr. Immerhin bot sie Handhaben genug, um das Ziel des Königs zu erreichen, wenn wir bedenken, unter welchen Bedingungen Schulenburg dieses Amt übernahm. Neben der Vereinigung einer so großen Anzahl von Departements wie der Bank, der Witwenverpflegungsanstalt, der Lotterie, der Münze, des Medizinal-, Post- und Stempeldepartements sowie der Generalkassen beim Generaldirektorium, in seiner Hand verschaffte ihm vor allem die Tatsache, daß er alle Ressorts kontrollierte, eine einzigartige Stellung unter seinen Ministerkollegen. Berücksichtigen wir weiter, daß er als einziger Minister des Generaldirektoriums neben Haugwitz den unmittelbaren Vortrag beim Könige hatte, und daß wöchentlich einmal unter seinem Vorsitz eine gemeinsame Sitzung der Minister stattfand, in der alle die Angelegenheiten, welche zwei oder mehrere Departements angingen und die bisher in umständlicher Weise schriftlich erledigt worden waren, vorgetragen und von den Ministern nach Stimmen-

17. Ob irgendwelche einflußreiche Persönlichkeiten bei der Berufung Schulenburgs mitgewirkt haben, darüber gaben die Akten und die vorhandene Literatur leider keine Auskunft.

mehrheit entschieden wurden, so waren die Aussichten äußerst vielversprechend. Besonders bot die letztere Einrichtung, wenn man sie gehörig ausnutzte und ausbaute, die Möglichkeit nicht nur die Tätigkeit der verschiedenen Provinzial- und Fachminister mehr zusammenzufassen, sondern auch den Departements gegenüber einen einheitlichen Zentralwillen in die Wagschale zu werfen und damit die Errichtung eines Ministerpräsidiums in die Tat umzusetzen.

Daß der König auch durchaus gewillt war, Schulenburg freie Hand zu lassen, zeigt die Tatsache, daß er ihm darüber hinaus noch eine besondere Aufgabe übertrug, die sich mit der Verwertung der Ergebnisse der Finanzkontrolle beschäftigte. In einer Geheiminstruktion von demselben 19. Februar 1798 beauftragte er ihn nämlich, gegen Ablauf eines jeden Etatsjahres eine kurze Übersicht sämtlicher Kassen und deren Abschlüsse, ingleichen der dabei vorhandenen Bestände, sie mögen bar oder in Dokumenten sein, vorzulegen und dabei die Monita gegen die Haupt- und wichtigsten Rechnungen anzuzeigen.¹⁸ Die Anfertiigung eines solchen Tableaus hatte schon sein Vater dem Präsidenten der Oberrechnungskammer von Schultze zur Pflicht gemacht. Diese Übersicht sollte Schulenburg aber dem Könige vorlegen, bevor die Etats und Rechnungen von den einzelnen Departementschefs zur Genehmigung und Dechargierung an ihn gelangten. Auf diese Weise glaubte er sich die nötige Sachkenntnis verschaffen zu können, die zu ihrer Prüfung notwendig sei. Das Tableau sollte 1. sämtliche Einnahmen, 2. sämtliche Ausgaben und 3. sämtliche Geldbestände nach den Provinzen dergestalt enthalten, daß auch kein einziges Dorf fehle. Die Absichten, die der König dabei verfolgte, waren mannigfacher Art. Einmal wollte er den Finanzzustand des Staates im allgemeinen, dann aber auch jeder Provinz im einzelnen kennen lernen, um daraus die Kräfte, Mängel, Hilfsquellen und Bedürfnisse der einzelnen Provinzen und ihre Verhältnisse gegeneinander kennen zu lernen und um die Kräfte des ganzen Staatskörpers und jedes seiner einzelnen Glieder ermitteln zu können. Um nun dieses Ziel erreichen zu können, sollte bei jeder Provinz speziell berechnet

18. Hertel a. a. O. Ergänzungsheft S. 3 f.

werden, in welchem Verhältnisse die Administrationskosten derselben zu ihrem Ertrage stehen und die Ergebnisse nach Prozenten angegeben werden. Ebenso wollte der König die Ursachen erfahren, wenn etwa die Einnahmen einer Provinz zurückgingen. In diesem Zusammenhange erklärte er sich bereit, einer Provinz, welche ein schlechtes Jahr oder andere Unglücksfälle, wie Stockung des Gewerbes und dergleichen erduldet, wieder aufzuhelfen. Schließlich sollte Schulenburg die demnächst erfolgenden Vorschläge der Minister zur Verbesserung der Staatsverwaltung „nach der allgemeinen Balance“ prüfen und gutachtlich berichten, ob diese Vorschläge „das Gleichgewicht des Geldverkehrs“ herstellen, dessen Erhaltung er Schulenburgs besonderer Sorgfalt empfahl.

Ja, Beyme machte sogar den Versuch, Schulenburg offiziell das Amt eines Premierministers zu verschaffen.¹⁹ Letzterer berichtet uns selbst darüber ausführlich in seinen Denkwürdigkeiten.²⁰ Er gibt zwar zu, daß ein Premierminister der Kabinettsregierung wegen seiner Verantwortlichkeit vorzuziehen sei: „und weil er nicht hinter der Gardine, sondern öffentlich unter seinem Namen und Unterschrift handelt, auch weil er Einheit bewirkt“; aber er sei ebenso gefährlich, weil der Monarch ihm einen zu großen Teil der Gewalt übertrage und nur einseitige Vorträge in allen Zweigen der Staatsverwaltung ohne jeden Widerspruch eines anderen erhalte, „und wo ist der Mann, der in allen Teilen der Staatskunst- und Wirtschaft so unterrichtet ist, daß er sie mit Erfolg zu leiten vermag?“ Schulenburg hat hier wohl absichtlich die Nachteile eines Premierministers übertrieben; denn von Anfang an stand er der ganzen Sache mißtrauisch gegenüber. Ein solches Maß von Verantwortung zu übernehmen, davor mußte der daran nicht gewöhnte Minister Friedrichs des Großen zurückschrecken. Abgesehen davon, daß er selbst nicht ein Premierministerium, sondern ein aus wenigen Personen bestehendes Conseil, in welchem die Minister dem Herrn ihre Vorschläge machten und seine Entscheidung erbäten, für die beste Lösung

19. Daß man in der Tat damals in Schulenburg den eigentlichen Premierminister sah, zeigen u. a. die Erinnerungen Boyens. F. Nippold a. a. O. I. S. 266.

20. W. Naudé a. a. O. S. 415 ff.

hielt, die aber infolge der besonderen Mentalität des Königs nicht durchzuführen war, ist es letzten Endes doch nur die Erkenntnis des eigenen Unvermögens gewesen, die ihn den Plan Beymes ablehnen ließ.

Beyme ging von der Einrichtung aus, die der Großkanzler von Goldbeck bei der Justiz geschaffen hatte. Nicht nur alle Justizstellen wurden durch ihn selbst oder doch auf seinen Vorschlag besetzt, sondern er verfügte auch über die zur Unterhaltung der Richter ausgesetzten Fonds und über die Sportelkassen, aus welchen er, da für jede Provinz eine eigene Justiz-Salarienkasse bestand, eine General-Justiz-Salarienkasse gebildet hatte, aus der er Zulagen und Gratifikationen erteilen konnte. Auch in den Departements der Verwaltung und des Finanzwesens hatte ein jeder Minister einen Besoldungsfond und besetzte selbst oder durch Vorschlag die Stellen. Hieraus hatte sich nun unter Friedrich Wilhelm II. ein bedeutendes Übel entwickelt. Die mit der nahen Umgebung des Königs besonders vertrauten Minister ließen sich ihre Besoldungsfonds um mehr als das Doppelte erhöhen, die weniger einflußreichen blieben im ganzen, wie sie waren. Beyme glaubte nun durch Übertragung der Verfassung des Justizwesens auf das Finanzwesen und die Verwaltung diesem Übelstande abzuhelpen. Er schlug deshalb dem Könige vor, die Besoldungsetats und Fonds aller eben genannten Departements ohne Ausnahme zu vereinigen und eine Generalsalarienkasse nach Art der Generaljustizsalarienkasse einzurichten; außerdem den Generalkontrolleur zu beauftragen, allein sämtliche Stellen im Finanzwesen und in der Verwaltung zu besetzen oder Vorschläge zu ihrer Besetzung zu machen (alle Stellen bis zum Rat ausschließlich besetzten die Minister ohne Vorschlag; von diesem an mußte der König die Vorschläge genehmigen). Der König nahm den Vorschlag Beymes an, scheint sich aber über seine Tragweite nicht ganz klar gewesen zu sein. Dagegen erkannte Schulenburg, als er die betreffende Kabinettsordre erhielt, sofort, was sie zur Folge haben mußte und zweifelte keinen Augenblick, ob er sich auf diese ihm gefährlich scheinende Idee einlassen sollte. Anstatt, wie es seine Pflicht war, die Ordre unter sämtlichen Ministern zirkulieren zu lassen, behielt er sie zurück und machte den König in der nächsten

Audienz auf ihre Folgen aufmerksam, in der stillen Hoffnung, daß dieser doch noch seine Ansicht ändern würde: Wer die Bedienungen besetzt und die Mittel hat, die Offizianten zu befördern und zu belohnen, habe das Heft in den Händen und die übrigen Minister würden gewissermaßen von ihm abhängig; er würde, ohne es zu heißen, eine Art von Premierminister. „Für mich glaube ich stehen zu können, daß ich die mir anvertraute Gewalt nicht mißbrauchen werde; wird dies aber, vorausgesetzt, daß ich mir nicht selbst zu viel zutraue, mit allen meinen Nachfolgern der Fall sein?“ Friedrich Wilhelm III. scheint erst jetzt die große Bedeutung dieser Ordre zum Bewußtsein gekommen zu sein; denn er ließ sie sich mit den Worten zurückgeben: „Geben Sie nur her, ich will mir das noch recht überlegen“. Schulenburg hat nichts mehr davon gehört.

Man könnte hier vielleicht sagen, daß damit die letzte Möglichkeit verpaßt worden ist, der preußischen Geschichte vor 1806 eine entscheidende Wendung zu geben; aber Schulenburg selbst wäre, wenn er den Vorschlag Beymes angenommen hätte, dazu nicht imstande gewesen. Er, der erste noch lebende Vertreter des friderizianischen Staates, stand ganz auf dem Boden des 18. Jahrhunderts und lehnte die neuen Ideen ab. Von dem großen Wandel, der sich nach dem Tode Friedrichs des Großen vollzogen hatte, war er unberührt geblieben. Vor allem erkannte er nicht, daß der absolute Staat infolge der gewaltigen Umwälzungen auf politischem, wirtschaftlichen und sozialen Gebiete nicht mehr in der alten Form aufrechterhalten werden konnte, zumal auch Friedrich der Große keine ebenbürtigen Nachfolger gefunden hatte. Er ist der typische Minister Friedrichs, der zwar innerhalb seines Amtsbereiches die volle Verantwortung trug, aber jede seiner Handlungen sorgfältig in den Rahmen der Richtlinien und Instruktionen des Königs einfügen mußte. Als solcher hat sich Schulenburg bestimmt große Verdienste um den preußischen Staat erworben. Nicht ohne Grund stand er bei Friedrich dem Großen in so hohem Ansehen; er besaß eben jene „activité“ und „routine“, wie sie Friedrich in erster Linie von seinen Ministern verlangte; daneben eine ungeheure Arbeitskraft sowie eine geschmeidige Anpassungsfähigkeit an die oft

wechselnden Entschlüsse seines Herrn.²¹ Damit sind schon die Grenzen seines Könnens angedeutet. Er konnte wohl andere Befehle ausführen, aber er besaß keine eigenen großen Gedanken; ihm fehlte der geniale Zug des Staatsmannes. Das gibt er auch selbst zu, wenn er in seinen Denkwürdigkeiten schreibt: „Hieraus ergibt sich schon, daß ich kein Genie bin, und daß, wenn ich etwas geleistet habe, es durch ausdauernden Arbeitsfleiß und Berufstreue und nicht durch Erfindungsgeist geschehen ist“.²²

Nun ging aber gerade damals, da eine starke Persönlichkeit im Mittelpunkt des Staates fehlte, das politische Schwergewicht, wie wir schon oben gesehen haben,²³ immer mehr von dem Kabinett des Königs auf die Chefs der einzelnen Departements über. Daß aber damit, je weniger der König die alte Stellung eines Friedrich einzunehmen vermochte, die Aufgaben des Ministers anstiegen, erkannte Schulenburg bei der Übernahme des Generalkontrollleurpostens nicht. Er ist sich auch nicht einmal im Laufe seiner weiteren Ministerzeit darüber klar geworden, daß sich die Zeiten gründlich geändert hatten und mit ihnen auch die Anforderungen an einen preußischen Staatsmann gewaltig gewachsen waren. Das beweist schlagend einer seiner Briefe an Beyme vom 19. Juni 1803.²⁴ Es handelt sich um die Besetzung des niedersächsisch-westfälischen Departements im Generaldirektorium. Zwei Kandidaten standen im Vordergrund, Angern und Stein. Da der König nicht von sich aus entscheiden wollte, fragte er Schulenburg um Rat. „Ich will zugeben“, schrieb dieser darauf an Beyme, „daß der von Angern seinen Platz im Ministerium nicht ganz ausfüllen würde, wenn solches wie in England und anderen großen Staaten dazu bestimmt wäre,

21. Insofern hat der Berliner Literat Friedrich Buchholz, der in seiner berüchtigten „Galerie preußischer Charaktere“ gegen Schulenburg die gehässigsten Angriffe richtete, doch nicht ganz unrecht, wenn er ihn als ein Werkzeug Friedrichs des Großen bezeichnet, ohne eigene staatsmännische Gedanken. „Seine ungemeine Brauchbarkeit als Instrument erwarb ihm das Wohlwollen Friedrichs in einem so hohen Grade, daß er beinahe unter der Last des Vertrauens erlag, welches dieser König in ihn setzte.“ S. 289.

22. W. Naudé a. a. O. S. 388, Anm. 2.

23. Vgl. S. 11/12.

24. Rep. 89, 58 C.

die wichtigsten politischen Verhältnisse, die Ökonomie der Reiche im großen zu beurteilen, Resultate daraus zu ziehen und aufzustellen usw. Allein dies ist die Bestimmung unserer Minister en Corps überhaupt nicht. Zu einem solchen Minister wäre der von Stein eher geeignet, da er Lebhaftigkeit des Geistes, Kenntnis und Verstand genug besitzt. Kommt es aber, wie ich glaube, auf einen Mann an, welcher die gewöhnliche innere Administration nach richtigen Grundsätzen mit Erfahrung, Einsicht und gutem Willen leitet und die Königlichen Kassen schont, wie so wenige tun, so kenne ich keinen qualifizierteren zum Finanzminister unserer Art als den Herrn von Angern. Das ist eine Selbstbewertung eines preußischen Ministers, wie sie wohl unter Friedrich dem Großen am Platze gewesen sein mag, aber jetzt von den Ereignissen längst überholt war. Daraus ergibt sich folgerichtig ganz von selbst, daß Schulenburg seine Stellung nicht mehr voll ausfüllen konnte; er hätte jetzt vielleicht einen guten Oberpräsidenten abgegeben, aber nicht mehr.

Doch werden wir Schulenburg nicht gerecht, wenn wir ihn zu isoliert betrachten. Ein Vergleich mit anderen einflußreichen Ratgebern Friedrich Wilhelms III. wie Köckritz, Lombard oder Haugwitz kann nur vorteilhaft für ihn ausfallen, wobei wir allerdings berücksichtigen müssen, daß die preußischen Staatsmänner vor 1806, insgesamt genommen, nur bescheidenen Anforderungen entsprachen. In diesem Zusammenhange verdient die Instruktion, die man 1801 in Petersburg dem nach Berlin entsandten Baron Krüdener für den Abschluß eines Bündnisses mit Preußen mitgab, erwähnt zu werden.²⁵ Sie ist nicht nur von Interesse, weil man aus ihr erfährt, wie das Ausland über die damaligen Leiter des preußischen Staates urteilte, sondern sie bestätigt zugleich auch unsere obige Behauptung. Als der klügste unter den Ministern wird Schulenburg bezeichnet, der den Ehrgeiz habe, an Stelle von Haugwitz das Auswärtige zu leiten.²⁶ Haugwitz

25. Vgl. R. Krauel, Die Beteiligung Preußens an der zweiten bewaffneten Neutralität 1801, F.B.P.G. XXVII. S. 193.

26. Dafür finden sich aber sonst keine Anhaltspunkte, wenn auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, zumal er ja schon einmal 1792 bei Beginn des ersten Koalitionskrieges die Auswärtigen Angelegenheiten geleitet hatte.

selbst liebe kleine Kunstgriffe (*petites finesses*); wegen seiner Charakterschwäche sei kein Verlaß auf ihn. Empfohlen wurde dem Gesandten, mit dem einflußreichen Adjutanten Oberst Köckritz zu sprechen „trotz des Widerwillens, den seine Dummheit Ihnen einflößen wird“.²⁷ Wenn auch Schulenburg bei einer solchen Betrachtung nur gewinnt, so ändert das aber nichts an unseren vorhin gemachten Feststellungen.

War schon die unglückliche Organisation der Generalkontrolle sowie die Ernennung Schulenburgs und dessen Ablehnung der Vorschläge Beymes von vornherein kein günstiger Auftakt für die Reformpläne des Königs, so noch weniger die Stellung, die Schulenburg zum Generaldirektorium einnahm. Denn nach der Instruktion vom 19. Februar sollte er, um über die Veränderungen und Fortschritte in der inneren Staatsverwaltung stets auf dem laufenden zu bleiben, zugleich „Mitglied des Generaldirektoriums sein, ohne jedoch jemals ein besonderes Departement desselben erhalten zu können, als solcher den Generalvorträgen desselben beiwohnen, alle Etats mitzeichnen, und Gegenstände, die einer Erläuterung oder näheren Untersuchung bedürfen, zum Generalvortrag zu bringen die Befugnis haben“. Das Generaldirektorium sollte dagegen verpflichtet sein, „dem Generalkontrollleur von allen an dasselbe eingehenden Verordnungen Abschriften und von den bei selbigem vorkommenden erheblichen Veränderungen ausführliche Nachricht mitzuteilen“. Diese enge Verbindung der Generalkontrolle mit dem Generaldirektorium hatte zwar ganz natürlich verschiedene Vorteile, aber ihnen standen infolge der Schwächlichkeit Schulenburgs mindestens ebenso große Nachteile gegenüber. Denn es war selbstverständlich, daß die Errichtung der Generalkontrolle an und für sich und noch mehr ihr eventueller Ausbau zu einem Ministerpräsidium nur auf Kosten des Generaldirektoriums bzw. der einzelnen Minister vor sich gehen konnte; deshalb mußten solche Bestrebungen bei letzteren, worauf schon Bornhak hinge-

27. Boyen will sogar einmal aus dem Munde von Köckritz das Eingeständnis gehört haben: „Ich bin recht unglücklich, wenn zwei Parteien über eine Sache mit mir sprechen; denn sie wissen es immer so einzukleiden, daß ich gar nicht weiß, wer Recht hat“. Vgl. R. Koser, Zur preußischen Geschichte im 19. Jahrhundert, F.B.P.G. III. S. 228.

wiesen hat,²⁸ auf schärfsten Widerstand stoßen. Statt sich nun ihnen gegenüber mit der nötigen Tatkraft und Entschlossenheit durchzusetzen, behandelte sie Schulenburg vielmehr mit der größten Nachgiebigkeit.

Das ersehen wir deutlich aus dem Briefwechsel, der sich an den Erlaß der Instruktion vom 19. Februar anschloß. Das Generaldirektorium war von ihr aufs höchste überrascht worden, da diese Instruktion noch über die Verordnung vom 4. November 1796, die die Selbständigkeit der Oberrechnungskammer wiederhergestellt und die man schon heftig bekämpft hatte,²⁹ hinausging. Während aber damals der Präsident von Schultze jede Einmischung des Generaldirektoriums abgelehnt und sich auf keine Verhandlungen eingelassen hatte, war mit Schulenburg schon eher zu reden. Das Generaldirektorium muß seine Nachgiebigkeit wohl gekannt haben; denn es wendete sich nicht, wie vorher Heinitz, an den König, sondern direkt an ihn selbst. Schulenburg antwortete zwar auf ein Schreiben des Generaldirektoriums hin,³⁰ daß er sich auf keine Weise für befugt halte, Modifikationen der Instruktion und deren Materie mit dem Generaldirektorium zu verabreden und dem Könige vorzuschlagen, da dieser in einer an ihn auf ein Einzelgesuch erlassenen Kabinettsordre geäußert habe, daß die Instruktion vom 19. Februar auf keinen Fall durchlöchert werden dürfe; das war übrigens nur eine nochmalige Bestätigung des § 12 der Instruktion, daß Ausnahmen von der allgemeinen Regel auf keinen Fall stattfinden dürften.³¹ Wenn das Generaldirektorium Modifikationen der Instruktion wünsche, so möge es solche beim Könige beantragen.

28. Vgl. S. 16, Anm. 15.

29. Noch am 30. Dezember 1797 hatte Heinitz in einer groß angelegten Denkschrift an den neuen König (Gen.Dep. des Gen.Dir. Tit. VII. Oberrechnungskammer 11 und 12) einen Vorstoß gegen die Selbständigkeit der Oberrechnungskammer unternommen. Diese Denkschrift scheint dazu beigetragen zu haben, die Neuordnung der Kontrolle der Staatsfinanzen zu beschleunigen.

30. Das Gen.Dir. an Schulenburg, 5. März; Schulenburg an das Gen.Dir., 6. März 1798. Gen.Dep. des Gen.Dir. Tit. VII. 11 und 12.

31. So wurde auf eine Anfrage der kurmärkischen Kammer bestimmt, daß die Rechnungen derjenigen Kammereien, deren jährlicher Ertrag nicht über 2000 Rtlr. betrage, auch bei der Oberrechnungskammer eingereicht werden müßten, während sie bisher davon ausgenommen waren und von der

„Mir wird wahrlich Alles recht sein, da ich das mir aufgetragene Amt weder veranlaßt noch gesucht habe, und mein persönliches Glück gewiß dadurch nicht befördert wird.“ Ferner konnte Schulenburg das Generaldirektorium darauf hinweisen, daß das meiste von dem, was es abgeändert zu sehen wünschte, schon in der Verordnung für den Präsidenten von Schultze vom 4. November 1796 enthalten sei, gegen die das Generaldirektorium, mit Ausnahme des Ministers von Heinitz, nichts eingewendet habe; überhaupt sei die neue Instruktion zum großen Teil aus älteren Instruktionen der Oberrechnenkammer zusammengesetzt, was auch ein von mir vorgenommener Vergleich bestätigte.

Trotzdem kam Schulenburg dem Generaldirektorium auf jede nur mögliche Weise entgegen. Letzteres befürchtete vor allen Dingen, daß durch den § 2, nach dem die Oberrechnenkammer ohne jede Verbindung mit dem Generaldirektorium stehen und ohne Konkurrenz des letzteren Befehle an die Kammern und Unterbehörden erlassen sollte, die Minister jeden Überblick über das Kassen- und Rechnungswesen verlieren würden und dadurch das große Übel, daß früher unter dem Präsidenten von Schultze stattgefunden habe, weiter bestehen bleiben würde. Demgegenüber verwies Schulenburg auf das bei seiner Einführung auf der Oberrechnenkammer am 27. Februar abgehaltene Protokoll, in dem er bestimmt habe, daß die Etatsvorschläge für 1799 und fernerhin wieder wie ehemals von der Oberrechnenkammer geprüft und mit den Rechnungen verglichen, hiernächst aber von dem betreffenden Departementsminister und dem Generalkontrolleur revidiert würden. Er wäre sogar bereit gewesen, die in Rechnungssachen ergehenden Reskripte vom Generaldirektorium mitzeichnen zu lassen, wenn er das nicht für nutzlos gehalten hätte; dafür schlug er dem Generaldirektorium vor, daß die Minister und die Räte, um das Rechnungswesen in ihrem Departement zu übersehen, die Rechnungen und Akten ihres Departements bei der Oberrechnenkammer nach Gutdünken

kurmärkischen Kammer allein abgenommen und geprüft wurden. Die kurmärkische Kammer an die Oberrechnenkammer, 14. April; die Oberrechnenkammer an die kurmärkische Kammer, 8. Mai 1798. Gen.Dep. des Gen.Dir. Tit. VII. 11 und 12.

nachsehen könnten. Das Generaldirektorium stieß sich ferner an der weiteren Bestimmung des § 2, daß die Oberrechnungskammer berechtigt sein sollte, nicht allein die Rechnungsführer, sondern auch selbst ein oder das andere Mitglied aus den Kollegien, welchen die Direktion der Finanzen anvertraut sei, persönlich vorzufordern. Dies würde beim Generaldirektorium außer den Kassenbeamten nur die Minister treffen, da sie in allen Vortragssachen eine entscheidende Stimme ausüben. Schulenburg behauptete nun, daß diese Bestimmung schon in älteren Instruktionen enthalten sei, was jedoch in diesem Falle nicht zutrifft. Durch Nachsehen der Akten könne aber der Endzweck noch besser erreicht werden. Weiter kritisierte es die Bestimmung des § 9, daß ein Departementsminister nur 100 Rtlr. jährlich an Gratifikationen verteilen dürfe und, wenn er eine größere Menge dazu zu erhalten wünsche, die Erlaubnis des Königs unmittelbar nachsuchen müsse; darunter könne der Dienst, besonders der der Subalternen nur leiden, wenn sie wissen, daß sie für außergewöhnliche Arbeiten nicht belohnt, bei häuslichen Unglücksfällen nicht unterstützt würden.³² Ebenso wandte es sich dagegen, nicht eigenmächtig Zulagen, sie mögen unter 100 Rtlr. und noch so klein sein, bewilligen zu dürfen. Demgegenüber betonte Schulenburg, daß der eigentliche Sinn des Gesetzes nach seiner Ansicht der sei, daß die zum Salarienfond einmal bestimmten Summen in den Etats nicht ohne Genehmigung des Königs erhöht werden dürften, und wenn solches nötig sei, müsse dem König unbedingt davon Anzeige gemacht werden, „die Erhöhung des Salarienetats mag so klein sein wie sie wolle, und der Betrag möge aus welchem anderen Etatstitel oder Fond er wolle fließen“.³³ Die weitere Vorschrift, nach welcher alle Gratifikationen über 100 Rtlr. vom Könige genehmigt werden sollten, sei nichts neues, sondern vom Generaldirektorium selbst am 26. Mai 1790 Friedrich Wilhelm II. vorgeschlagen, aber bisher nicht befolgt worden. Gewiß sind das keine bedeutenden

32. Diese an sich geringfügige Angelegenheit zeigt übrigens blitzartig, wie sehr schon die höchste preußische Behörde dem Zeitgeist erlegen war und den altpreußischen Geist, der nur seine „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ kannte, vermissen ließ.

33. Das wurde durch die Kabinettsordre vom 29. März bestätigt.

Veränderungen, sie waren sogar durchweg dem Interesse des Dienstes förderlich, aber es soll damit nur gezeigt werden, wie Schulenburg bestrebt war, sich den Wünschen des Generaldirektoriums möglichst anzupassen. Die ihm vom Könige übertragene Aufgabe verlangte aber einen Mann, der, nur sein großes Ziel vor Augen, dem Generaldirektorium rücksichtslos seinen Willen aufzwang. Wenn Schulenburg schon in unwesentlicheren Dingen nachgab, so konnte er sich erst recht nicht, wenn er wirklich versucht hätte, die Generalkontrolle zum Mittelpunkt des Staates zu machen und eine Art Premierministerium zu bilden, dem Generaldirektorium gegenüber durchsetzen.

Dieses Entgegenkommen zeigte Schulenburg auch bei folgender Gelegenheit. Laut § 13 der Instruktion vom 19. Februar hatte ihm der König die Organisation des Geschäftsganges der Oberrechnungskammer überlassen. Um nun dem Generaldirektorium zu zeigen, daß er die Verhältnisse kenne und auf keinen Fall durch einseitige Verfügungen in die Geschäfte eines anderen Zweiges der Staatsverwaltung eingreifen wolle, hatte er, ohne dazu aufgefordert zu sein, in dem Protokoll vom 27. Februar die Oberrechnungskammer instruiert, nur diejenigen Monita, welche von dem Rendanten oder dem administrierenden Kollegium beseitigt werden könnten, in die Rechnungsrevisionsprotokolle aufzunehmen; diejenigen aber, welche die höchsten Behörden angehen und nur von ihnen abgemacht werden können, besonders zu lassen und bei ihm einzureichen, wo er alsdann mit dem betreffenden Departement das Weitere darüber erledigen, sofern solche aber auf diese Weise nicht zu erledigen seien, die Entscheidung des Königs einholen würde.

Einen bedeutsamen Punkt berührte das Generaldirektorium noch, auf den aber Schulenburg in seiner Erwiderung leider nicht einging. Es handelt sich um den äußerst wichtigen § 5, der fast wörtlich aus früheren Instruktionen übernommen ist. Danach dürfe bei der Prüfung der Rechnungen nicht bloß auf ihre formale Richtigkeit gesehen oder nur die gewöhnlichen Mängel und in die Augen fallenden Unrichtigkeiten gerügt werden, sondern man müsse in die Verwaltung selbst eindringen und bemüht sein, die Art und Weise, wie bei Bewilligung und Anweisung der Gelder verfahren worden, genau zu erforschen,

um beurteilen zu können, ob dabei zweckmäßig zu Werke gegangen, ob die vorhandenen Vorschriften beobachtet worden, und ob nicht auf eine andere Weise beträchtliche Ersparnisse gemacht und die Einnahmen hätten vermehrt werden können. So müsse der kontrollierende Rat z. B. bei Verwaltungsrechnungen von Ämtern beurteilen können, ob die zugehörigen Teile wirtschaftlich benutzt worden seien oder nicht; ob bei Bauten hätte etwas erspart werden können; ob die alten Materialien an den Meistbietenden verkauft und zur Einnahme gebracht worden seien; ob bei Servisrechnungen nicht mehr Servisgelder, als der Bedarf erfordert, erhoben worden seien; ob bei Lieferungen im Frieden und besonders im Kriege auch das Interesse des Staates wahrgenommen, und ob mit Lieferanten, welche die mindesten und dem wirklichen Werte der Sachen angemessenen, oder mit Personen, welche zu hohe oder gar ungeheure Preise gefordert, ob, wo es irgend möglich gewesen, mit Inländern, und nicht mit Ausländern, Kontrakte abgeschlossen worden seien oder nicht? usw. Kurz gesagt, „ein Rat muß also nicht allein calculum verstehen, sondern von allen in das Finanzfach einschlagenden Verfassungen und Vorschriften eine genaue Kenntnis haben, weil allein durch dergleichen Penetration dem Staate ein wesentlicher Vorteil gestiftet wird“. Er sollte nicht bloß auf die kalkulatorische Richtigkeit der Rechnungen, auf ihre Übereinstimmung mit den Etats und die gehörige Beibringung der Belege sehen, sondern auch die zweckmäßige Benutzung der Einnahmen und die Beobachtung der gebührenden Sparsamkeit bei den Ausgaben seiner Prüfung unterziehen. Mit Recht wies das Generaldirektorium darauf hin, daß die Oberrechnungskammer, wenn sie diesen Forderungen nachkommen sollte, ganz anders als bisher organisiert werden müßte; hierzu seien Sachverständige für das Wasser- und Landbauwesen, ebenso praktische Ökonomen nötig. Aber die Schwierigkeiten waren noch größer als das Generaldirektorium annahm; ganz abgesehen davon, daß die Zahl der Beamten hätte bedeutend erhöht werden müssen, war es teilweise überhaupt unmöglich in Berlin Rechnungen zu revidieren, deren Richtigkeit nur an Ort und Stelle hätte festgestellt werden können. Freilich suchte man diesem Übel abzu- helfen, indem der § 16 die Bestimmung früherer Instruktionen

übernahm, daß die Oberrechnungsräte nur aus den Kriegs- und Domänenkammern sämtlicher Provinzen ausgewählt werden dürften, damit jederzeit Sachverständige und mit den verschiedenen Verhältnissen der Provinzen bekannte Männer der Oberrechnungskammer angehören; aber damit konnten die Schwierigkeiten auch nicht ganz beseitigt werden. Die Tatsache, daß Schulenburg in seiner Antwort diese vom Generaldirektorium angeschnittene Frage nicht behandelte, scheint zu beweisen, daß er die Schwierigkeiten wohl sah, ihre Beseitigung aber für unmöglich hielt und deshalb einer Erörterung dieses Fragenkomplexes mit Absicht aus dem Wege ging. Und hier hat schon zu seinen Lebzeiten eine heftige Kritik gegen die Oberrechnungskammer eingesetzt, die ihren Höhepunkt fand in den „Vertrauten Briefen über die inneren Verhältnisse am preußischen Hofe seit dem Tode Friedrichs des Großen“.³⁴

Und doch mußte Schulenburg gerade beim Generaldirektorium einsetzen, wenn er seiner Aufgabe gerecht werden wollte. Denn dessen Einrichtung war es ja, die den Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprach. Aus diesem Grunde hatte auch schon der König bald nach seinem Regierungsantritt befohlen, eine interimistische Instruktion „wegen der Form der Geschäftsverwaltung für das Generaldirektorium und dessen einzelne Departements“ zu entwerfen, die am 19. März 1798 erlassen wurde,³⁵ von Anfang an aber nur als Vorläufer einer allgemeinen Instruktion gedacht war. Diese provisorische Instruktion bedeutete insofern einen Fortschritt, als sie die kollegialische Verfassung durchbrach und dem Departementsminister in allen sein Departement ganz allein angehenden Sachen volle Selbständigkeit und alleinige Verantwortlichkeit zuerkannte; auf der anderen Seite war es aber ein Rückschritt, wenn sie für die Ange-

34. S. 235/36. „Nicht Zahlen allein, sondern Sachen sollten kontrolliert werden. Jetzt kann ein Minister Tausende zwecklos verschleudern; hat er sie nur angewiesen, sind die Beläge der Ausgabe darüber da, so ist die Sache klar; ob sie aber wirklich zweckmäßig verwendet sind, das ist dem Revisor einerlei!“

35. Rep. 89, 41 C. Sie stammt aus der Feder von Heinitz oder Schröter. Vgl. E. v. Meier, Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg, S. 22 f. Derselbe, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert, II. S. 159 f.

legenheiten, die mehrere oder alle Departements angingen, wieder die wöchentlichen Plenarsitzungen einführte, welche infolge der nach Inhalt und Umfang gewachsenen Aufgaben der Verwaltung doch nicht mehr ausreichten, um die Einheit der höchsten Staatsbehörde sicherzustellen.

Aber es bestand noch die Hoffnung, daß die angekündigte allgemeine Instruktion hier grundsätzlich Wandel schaffen würde. Der Auftakt dazu war auch ganz verheißungsvoll. Es wurde nämlich dem Geheimen Oberfinanzrat Borgstede, der in der Finanzkommission durch seine ganz modernen Reformideen aufgefallen war,³⁶ der Auftrag erteilt, nähere Vorschläge zur Reorganisation der Verwaltung zu machen.³⁷ Diese Aufgabe gab Borgstede Gelegenheit seine Reformideen noch einmal und mit mehr Aussicht auf Erfolg darzulegen.³⁸ An die Spitze seines Programms stellte er die Forderung auf Beseitigung der Provinzialdepartements im Generaldirektorium;³⁹ an ihre Stelle sollten vier nach sachlichen Gesichtspunkten geordnete Fachministerien treten, nämlich ein Finanzministerium, ein Kriegsministerium, ein Ministerium der inneren Verwaltung und ein Ministerium des Ackerbaues, der Domänen und nutzbaren Regalien. Mit dieser Neuordnung der Zentrale sollte eine Reorganisation der Provinzialverwaltung Hand in Hand gehen. Und zwar sollten nicht nur die verschiedenen Verwaltungszweige, nach der ursprünglichen Einfachheit der preußischen Verfassung, wieder zusammengezogen werden, sondern vor allem der Verantwortlichkeit und Geschäftsführung der Kammer mehr als bisher überlassen werden. Bloß die Gesetzgebung, neue Einrichtungen, Fälle die über die Grenzen des Provinzialverhältnisses hinausgehen, jährliche Bewirtschaftungsetats, Gnadensachen und Ausnahmen von den Gesetzen, Kontrolle im Allgemeinen und eine dazu führende allgemeine Vorschrift und ein Plan, wie jedes Departement in einem Jahr oder einer anderen Epoche

36. O. Hintze, Preußische Reformbestrebungen vor 1806, H. Z. (Historische Zeitschrift) LXXVI. S. 434.

37. Kab. Ord. an Borgstede, 21. März 1800.

38. 10. Juni 1800. Rep. 89, 41 C.

39. „Die oberste verwaltende Behörde soll keine Provinzialinteressen kennen.“

verwaltet werden soll, besonders aber die Ausübung der großen und eigentlichen Bestimmung des Generaldirektoriums, das verschiedene Provinzialinteresse und das Interesse verschiedener Gegenstände der Staatswirtschaft unter einen allgemeinen Gesichtspunkt zu bringen — nur diese Gegenstände wollte Borgstede dem Generaldirektorium hinsichtlich der Provinzialverwaltung vorbehalten, da es damit so voll und ganz beschäftigt sei, daß es das kleinere Provinzialdetail den Kammern überlassen müsse. Allerdings sah er selbst ein, daß es sehr schwierig sein werde, seinen Plan gleich in dieser Gestalt auszuführen. Er legte deshalb noch einen zweiten Plan vor, der für eine Art Übergangsstadium gedacht war. Indem er an der größeren Selbstständigkeit der Provinzialbehörden gegenüber dem Generaldirektorium festhielt, wollte er zwei große Provinzialdepartements beibehalten, eines für sämtliche zum Reich gehörenden Provinzen Preußens mit Einschluß von Schlesien und Ansbach, das andere für das Königreich Preußen selbst einschließlich der neuen Erwerbungen, und daneben drei Fachministerien für die Finanzen, für die Accise-, Zoll- und Handelsangelegenheiten und für den Krieg. Mit der Stelle des Finanzministers wollte er noch das Amt des Generalkontrolleurs verbinden, die dadurch eine alle anderen Minister überragende Bedeutung gewonnen hätte. Den Vorsitz im Ministerrat sollte der älteste Minister führen.

Hardenberg, der Vorgesetzte Borgstedes beim fränkischen Departement, war zwar in der Hauptsache mit dessen Ideen einverstanden, — er faßte sogar die Aufgaben der obersten Behörden noch enger zusammen und wollte ihnen nur folgende Geschäfte zuweisen: 1. Anordnung der Grundsätze, nach welchen verfahren werden soll; 2. Abweichungen davon; 3. Fortgesetzte Übersicht der Resultate der Verwaltung — ging aber in seinen eigenen Vorschlägen⁴⁰ noch weiter. Außer den fünf Ministern, die Borgstede vorgeschlagen hatte, hielt er noch drei weitere für nötig: einen Justizminister, einen für die sogenannten inländischen Publika, auch für die Geistlichen- und Lehnsachen sowie die Angelegenheiten der königlichen Familie und schließlich

40. Ebenfalls vom 10. Juni 1800. Rep. 89, 41 C.

einen Minister für die Auswärtigen Angelegenheiten. Diese acht Minister sollten über das Generaldirektorium hinaus die Stelle des alten Staatsrates einnehmen.

Wir erkennen hier in den von Borgstede vorgeschlagenen Reformen die Gedanken, die nach der Katastrophe die Grundlage für die Umgestaltung des Generaldirektoriums bildeten. Jetzt dagegen war die Zeit für ihre Durchführung noch nicht reif. Dazu war der Widerstand des Generaldirektoriums zu groß; besonders war es der Minister von Voß, der den Plan Borgstedes scharf kritisierte. Einmal schien er ihm zu viel Macht in die Hände des Generalkontrolleurs, des ältesten Ministers oder der Räte⁴¹ zu legen;⁴² ferner bemängelte er, daß der Plan „oben anfangen“, statt die Vereinfachung der Geschäfte hauptsächlich von unten herauf vorzunehmen und in dem Detail der Geschäftsbehandlung selbst zu suchen. Erst wenn die Geschäfte selbst und deren Gang einfacher, leichter und zusammenhängender geworden seien, werde es sich von selbst zeigen, ob und wie in den höheren Ressorts am besten kombiniert werden könne. Demgemäß war in seinen Vorschlägen⁴³ von einer Reform der Zentrale überhaupt nicht die Rede; dagegen übernahm er aus dem Plane Borgstedes den Gedanken einer größeren Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Kammern, in denen auch er sämtliche Zweige der Provinzialverwaltung zusammengefaßt wissen wollte. Nur das Justizwesen sollte den Kammern abgenommen und den Regierungen beigelegt werden, die dafür das Kirchen-, Schul- und Armenwesen an die Kammern abgeben sollten. Auf diese Weise glaubte Voß das Generaldirektorium am besten von allen nebensächlichen Geschäften zu befreien und gleichzeitig damit einer Reform dieser obersten Behörde die Spitze abzubiegen.

41. Borgstede hatte nämlich in letzterer Hinsicht vorgesehen, daß ein Minister nicht ohne das Gutachten seiner Räte entscheiden dürfe; sei er nicht ihrer Meinung und ändere er ihre Vorschläge ab, so müsse das Gutachten bei den Akten bleiben. In wichtigen Dingen sollten die Räte befugt sein, die Entscheidung des Ministerrates und des Königs anzurufen.

42. Vgl. O. Hintze a. a. O. S. 436, Anm. 1 und 2.

43. Denkschrift vom 28. Juni 1800 Rep. 89, 41 C. Beilagen dazu vom 6. Juli 1800. Rep. 89, 41 A.

Schulenburg war bezeichnenderweise im wesentlichen mit den Vorschlägen von Voß, die auch bald die Genehmigung des Königs fanden, einverstanden. Sie sollten aber nicht sogleich in sämtlichen Departements zur Ausführung gebracht, sondern erst in einem Departement, und zwar in dem von Voß selbst, ausprobiert werden. Dieses vorsichtige Vorgehen fand ganz den Beifall Schulenburgs, da, „wenn die Erfahrung hin und wieder Lücken oder Mängel zeige, es sich leichter bei einem Departement als allgemein füllen oder bessern lasse“. Erst im nächsten Jahre, als sich die neuen Einrichtungen bewährt hatten, wurden sie auf die ganze Monarchie ausgedehnt.⁴⁴

Beim Lesen dieser Zeilen fällt sofort auf, daß Schulenburg an einer Arbeit, die ihm als Generalkontrolleur zuallererst zugekommen wäre, nur einen ganz unbedeutenden Anteil genommen hat. Er erkannte gar nicht, daß das ja gerade mit seine Hauptaufgabe war, den Verwaltungsapparat den Erfordernissen der Zeit anzupassen; er ließ es vielmehr zu, daß sie einem anderen übertragen wurde. Ja, er lehnte sogar den Vorschlag Borgstedes, das geplante Amt des Finanzministers mit dem des Generalkontrollieurs zu vereinigen, ab. Statt dessen erklärte er sich mit einem Plan einverstanden, der den wahren Grund des Übels nur streifte und der notwendigen Reform der höchsten Behörde aus dem Wege ging.

Daß Schulenburg seine Hauptaufgabe nicht begriffen hat, beweist auch die Tatsache, daß er immer neue Aufgaben übernahm, die ihn natürlich nur von der Hauptsache ablenken konnten. So erhielt er 1800 nach dem Tode des Ministers von Werder das Departement der Generalkassen beim Generaldirektorium, das Post- und Stempeldepartement.⁴⁵ Außerdem mußte er als ältester Minister des Generaldirektoriums die Generalien beim Generaldirektorium, die Heinitz wegen seines hohen Alters niedergelegt hatte, übernehmen;⁴⁶ ein Jahr später wurde ihm die Lotterie⁴⁷ und 1802 die Münze⁴⁸ übertragen. Dazu kamen

44. Vgl. O. Hintze a. a. O. S. 437 f.

45. Kab.Ord. an Schulenburg, 4. Juni 1800.

46. Kab.Ord. an Schulenburg, 30. Juni 1800.

47. Die Leitung der Lotterie hatte Schulenburg schon unter Friedrich Wilhelm II. innegehabt, mußte sie aber 1798 ebenso wie die der Hofapotheke

noch seine Spezialaufträge, die ihn von 1801 an öfters für längere Zeit von Berlin fernhielten. Hierhin gehören die Verhandlungen wegen der Besetzung Hannovers im April 1801, sowie eine Inspektionsreise nach Südpreußen im Oktober und November desselben Jahres;⁴⁹ 1802 wurde er mit der Besitzergreifung der Entschädigungslande für Preußen beauftragt und zum Vorsitzenden der Hauptorganisationskommission in Hildesheim ernannt, wo er ein ganzes Jahr blieb; 1806 ging er zum zweiten Male nach Hannover. Diese Sonderaufträge erforderten z. B. 1801 drei, 1802 sechs, 1803 sogar acht Monate; wenn wir dann noch jedes Jahr einen mehrmonatlichen Urlaub hinzurechnen sowie berücksichtigen, daß Schulenburg kränklich und über seine Jahre hinaus hinfällig war, so daß er schon vor 1806 den König mehrere Male um seine Entlassung bat, die ihm jedoch nicht bewilligt wurde, so ist es ganz offenkundig, daß er sich mit seiner Hauptaufgabe überhaupt nicht mehr befaßte. Wir verstehen es also, wenn die Tätigkeit der Generalkontrolle nach einem Anlauf in den ersten Jahren bald an Bedeutung verlor. Da gleichzeitig der Präsident der Oberrechnungskammer von Schultze in seinem Amte blieb, so stellte der Generalkontrollleur als Chef der Oberrechnungskammer nur eine Zwischeninstanz dar, die den Verkehr der Oberrechnungskammer mit dem Generaldirektorium und dem Könige vermittelte und außerdem die von der Oberrechnungskammer schon geprüften Rechnungen noch einmal kontrollierte, wobei der Einfluß Schulenburgs, wie es die Akten aus jener Zeit

niederlegen, da der § 14 der Instruktion vom 19. Februar anordnete, daß keiner der Räte der Oberrechnungskammer einen Nebenposten bei einem anderen Departement bekleiden dürfe, wobei Rechnungs- und Kassensachen vorkommen, da es mit dem Zwecke der Oberrechnungskammer und selbst mit dem Rufe eines Mitgliedes derselben ganz unverträglich sei, Richter über eine Rechnung zu sein, an der er selbst auch nur den entferntesten Anteil haben könnte. Im § 15 wurde ihnen übrigens auch verboten, von den Kassen oder Departements, deren Rechnungen sie revidieren, Pensionen anzunehmen.

48. Kab.Ord. an Schulenburg, 23. Mai 1802. Generalkontrolle Tit. LVIII. 68.

49. Vgl. A. Warschauer, Eine Denkschrift des Ministers Schulenburg-Kehnert über Südpreußen, Zeitschrift der historischen Gesellschaft für die Provinz Posen, IX.

erkennen lassen, äußerst gering blieb, was für uns auch nach den vorigen Erörterungen nicht mehr verwunderlich ist.

Das wurde auch nicht anders, als 1802 nach der Entlassung des Präsidenten von Schultze eine neue Organisation der Oberrechnenkammer vorgenommen wurde. Schulenburg hielt es für unmöglich, daß der Präsident und ein Direktor ferner imstande seien alles übersehen und revidieren zu können, da sich die Arbeiten der Oberrechnenkammer teils durch neue oder auch vermehrte Geschäftszweige in den alten Provinzen, teils durch Erwerbung von Franken, Süd- und Neuostpreußen bedeutend vermehrt hätten. Deshalb stellte er den Antrag die Stelle eines Präsidenten einzuziehen, die Oberrechnenkammer in vier Senate einzuteilen und jeden einem Direktor zu unterstellen, deren ältester zugleich die Generalien bearbeiten sollte. Daneben leitete ihn noch der Gedanke, das Präsidentengehalt von 8200 Rtlr. zur Verbesserung der Räte und Subalternen zu benutzen, ohne zu große Zuschüsse erbitten zu müssen.⁵⁰ Diese Vorschläge wurden am 27. Februar genehmigt und dabei noch festgesetzt, daß bei künftiger Besetzung der Direktorstellen nicht das Dienstalter, sondern allein die Eignung ausschlaggebend sein sollte. Die neue Einrichtung trat am 1. Juni des Jahres in Kraft, hielt sich aber nur bis zum Zusammenbruch von 1806. Diese wenigen Jahre genügten um die Nachteile der Reform aufzuzeigen. Die Dezentralisierung der Oberrechnenkammer führte nämlich zu einer Zersplitterung der Geschäfte; den vier Senaten entsprechend wurden ebenso viele Grundsätze bezüglich der Revision der Rechnungen aufgestellt. Gewiß gab es einheitliche Bestimmungen für die Rechnungskontrolle; daneben blieben aber immer noch Dinge übrig, die keine gesetzliche Unterlage hatten. Gerade bei dieser Einteilung in vier Senate wäre ein Präsident nötiger denn je gewesen, um das Ganze zusammenzuhalten und in strittigen Fragen eine einheitliche Entscheidung zu treffen; Schulenburg selbst, der diese Stelle jetzt eigentlich einnehmen sollte, konnte sich dieser Aufgabe infolge seiner Inanspruchnahme durch andere Geschäfte nur in höchst unvollkommener Weise widmen. Vor allen Dingen täuschte er sich, wenn er be-

50. Immediatbericht an den König, 23. Februar 1802. Generalkontrolle Tit. XLVII. 5.

hauptete, daß ein Präsident und ein Direktor das Ganze nicht übersehen könnten. Wenn zu seiner Zeit Mißstände bei der Oberrechnungskammer herrschten, so lag das nicht an der Einrichtung an sich, sondern an der Tatsache, daß, wie wir eben gesehen haben, die Geschäfte angewachsen waren, ohne daß gleichzeitig das Personal verstärkt worden wäre. Friedrich Wilhelm III. hatte überdies dem Präsidenten von Schultze einen Sonderauftrag übertragen und ihn zu diesem Zwecke von seinen Geschäften beurlaubt. Natürlich konnte jetzt der noch übrig bleibende Direktor nicht seine und des Präsidenten Geschäfte allein erledigen. Das waren zwar Mängel, aber noch lange keine Beweise für die Unhaltbarkeit dieser Einrichtung und keine Gründe zu einer Neuorganisation; die Grundlagen waren durchaus gesund, es fehlte nur ein Präsident, der durch keine anderen Geschäfte behindert, auf ihnen aufbaute.

Als Ergebnis dieses ersten Teiles der Arbeit ist festzustellen, daß Schulenburg auf dem weiten Gebiete der Reform der allgemeinen Staatsverwaltung versagt hat, da er seine Aufgabe nicht gelöst, ja überhaupt nicht angefaßt hat. Denn es blieb einmal bei dem alten Übelstande, daß die Departements sich nicht als untergeordnete Teile eines höheren Ganzen, sondern als selbständige und unabhängige Kollegien betrachteten. Es blieben vor allem neben den Fachdepartements die Provinzialdepartements erhalten, an denen Stein gerade in diesen Jahren beobachtete, daß nicht nur der „Provinzialminister zufolge seiner Stellung und der Natur seiner Geschäfte den örtlichen einseitigen Geist einer Provinzial- und nicht den allgemeinen das Ganze umfassenden Geist einer oberen Staatsbehörde annimmt, sondern auch die Einheit in der Verwaltung verschwindet, ganz entgegengesetzte Grundsätze zu derselben Zeit, in demselben Geschäftszweige und derselben Sache an verschiedenen Orten angewandt werden, und es wegen dieser fehlenden Einheit unmöglich ist allgemeine Maßregeln zu ergreifen und auszuführen“.⁵¹ Auch unter Friedrich Wilhelm III. ist es vor 1806 trotz der angestellten Reformversuche nicht gelungen, die Einheitlichkeit der höchsten Staatsbehörde herzustellen. Und

51. Vgl. S. 12, Anm. 6.

wie nötig wäre das gewesen, da eine Reihe von Aufgaben der Erledigung harreten, die nur zum Vorteile des Staates gelöst werden konnten, wenn die Behörde, die diese Aufgaben bewältigen sollte, eine Einheit darstellte.

Da es Schulenburg nicht gelang, die Generalkontrolle zum Mittelpunkt des Staates auszubauen, so erlangten die Kabinettsräte und Generaladjudanten einen immer größeren Einfluß auf die Leitung des Staates. Das hatte schon der preußische Kriegsrat Gentz im Jahre 1800, also nach einem nur zweijährigen Bestehen der Generalkontrolle, erkannt, als er schrieb, daß Schulenburg, den er „einen unserer angesehensten und wirklich zugleich besten Minister“ nennt, mit allen seinen Ämtern, Titeln und Würden nur der erste Untergeordnete des Kabinetts sei und daß er keine einzige Maßregel von einiger Erheblichkeit beschließen dürfe, ohne den vortragenden Kabinettsrat der inneren Angelegenheiten dafür gewonnen zu haben.⁵² Gerade diese Tatsache ist der beste Beweis dafür, daß die Generalkontrolle ihren großen Zweck nicht erfüllt hat. Eine starke Persönlichkeit hätte eine derartige Nebenregierung überhaupt nicht aufkommen lassen oder, wenn solche unverantwortlichen Elemente schon ihr Spiel hinter den Kulissen trieben, sie auf ihr eigentliches Gebiet beschränkt. Daß dieser überragende Staatsmann im Zentrum des Staates fehlte, ist die tiefste Ursache für die Fehler der Folgezeit geworden.

2.

Was leistete nun die Generalkontrolle auf dem engeren Gebiete der Finanzkontrolle? Hier setzte sich Schulenburg vor allem für die Zentralisierung des Finanzwesens ein; durch Verminderung der außerordentlichen Anzahl von Kassen und Etats versuchte man die Geschäfte zu vereinfachen und eine bessere Übersicht des Ganzen zu erlangen. Dies entsprach nicht nur dem § 12 der Hauptinstruktion vom 19. Februar, der es Schulenburg überließ hierzu die nötigen Verfügungen zu treffen, sondern auch einer Forderung der schon erwähnten Geheiminstruktion, das Kassen- und Rechnungswesen möglichst zu vereinfachen;

52. P. Wittichen, Das preußische Kabinett und Friedrich von Gentz, H. Z. LXXXIX, S. 250 und 264.

sie schlug vor, einen großen Teil der Kassen und Etats in wenige Hauptkassen und Hauptetats zusammenzuziehen. Aus einer Vereinfachung des Kassenwesens würde dann von selbst eine Vereinfachung der Rechnungen folgen. So vereinigte man z. B. die südpreußische Hauptkasse vom 1. Juni 1800 an mit der Generalkriegs- und Domänenkasse.⁵³ In der Neumark wurde das Kassenwesen durch das Regulativ vom 29. April 1805 dahin reformiert,⁵⁴ daß die Domänenkasse, die Kriegskasse, die Haupt-servissublevationskasse und die Landesbaukasse unter der Aufsicht der neumärkischen Kammer stehen sollten. Dabei nahm man sich das Regulativ für die ostpreußischen Domänen- und Provinzialforstkassen vom 11. Juni 1803 zum Vorbild; Abweichungen ergaben sich nur aus der Verschiedenheit der Provinzialverfassungen. Das Regulativ vom 29. April 1805 enthielt weiterhin bedeutsame Vorschriften für die Kassenrevisionen. Die Kammerkalkulatur sollte genau ausmitteln, welche Gelder bei den Kassenrevisionen in Einnahme nachzuweisen seien. Hierzu sollte sie die Etats aller etatsmäßigen Einnahmen benutzen, bezüglich der außerordentlichen Einnahmen die Anzeigen, welche eine Behörde von einer nicht etatsmäßigen Geldzahlung an eine zum Ressort der Kammer gehörende Kasse in der Zukunft machen sollte. Ebenso kam noch zu diesem Zwecke das auf der Kasse vorhandene Postbuch in Frage und die Korrespondenzbücher der Kassen und die an letztere eingegangenen Briefe. Danach hatte sich die Kammerkalkulatur vor Beginn der Kassenrevisionen zu überzeugen, daß sämtliche Geldposten, die die Kasse erhalten hat, auch wirklich eingenommen worden sind, bei der Kassenrevision selbst sollte sie nachweisen, wie sie zu dieser Überzeugung gekommen sei. Die Wirkung dieses Regulativs in der Praxis kann nicht sehr groß gewesen sein, da es erst 1805 erlassen wurde, als die Katastrophe nicht mehr lange auf sich warten ließ.

Auf der Linie der Zentralisierung des Finanzwesens lag auch ein Auftrag, den der König bald nach seiner Thronbesteigung dem Präsidenten der Oberrechnungskammer von Schultze er-

53. Generalkontrolle Tit. XIV. 1.

54. Generalkontrolle Tit. V. 1.

teilt hatte, nämlich einen Generalzivilsalarienetat anzufertigen, um eine allgemeine Übersicht sämtlicher Zivillisten des Staates zu erhalten und danach die eingerissenen Mißbräuche aller Art, insbesondere aber das auffallende Mißverhältnis in der Verteilung der Geschäfte und der Gehälter durch Einführung einer General- und der ihr unterstehenden Provinzialsalarienkassen allmählich abzustellen.⁵⁵ Es sollten darin sämtliche Ziviloffizianten aus allen Departements der Staatsverwaltung, aus allen Provinzen und aus jedem Orte derselben dergestalt enthalten sein, daß jeder Offiziant mit seiner ganzen jährlichen Einnahme, mit seinen Gehältern und Nebeneinnahmen, Pensionen usw. aufgeführt werden müsse. Sogar sämtliche Naturalien wie freies Licht, Wohnung, überhaupt alles, was nicht in barem Gelde bestände, sollte ebenfalls ohne Ausnahme angezeigt werden. Der Etat selbst sollte einmal nach den Provinzen im Allgemeinen, insofern sie unter einem Minister stehen, dann nach sämtlichen besonderen Zweigen der Staatsverwaltung, welche sich über das ganze Land erstrecken, aufgestellt und als Ergebnis eine übersichtliche Zusammenfassung darüber eingereicht werden, was die Kameral-, Justiz-, Accise-, Post- usw. Verwaltung jeder einzelnen Provinz in runden Summen koste, um mit einem Blick wie beim Militäretat übersehen zu können, wieviel die ganze Zivilverwaltung überhaupt koste. Zur Erleichterung seiner Aufgabe bevollmächtigte der König Schultze, durch sämtliche Departementschefs und Ressorts von jedem Beamten eine Angabe seiner sämtlichen jährlichen Einnahmen einzufordern. Schließlich machte er ihm noch zur Pflicht, den Generalzivilsalarienetat spätestens Anfang März 1798 vollständig einzusenden; diese Zeitspanne von nur etwas über zwei Monaten sollte sich aber, wie wir gleich sehen werden, als viel zu kurz herausstellen.

Erst ein ganzes Jahr später hören wir wieder von dem Etat. Es hatte sich inzwischen gezeigt, daß die meisten Ressorts die geforderten Nachrichten infolge ihrer Weitläufigkeit nicht zu der festgesetzten Zeit einreichen konnten; erst im Juni hatte Schultze alle Nachrichten zusammen, aber auch nachher mußten noch häufig nähere Auskünfte eingeholt werden, da viele Ge-

55. Kab.Ord. an Schultze, 28. Dezember 1797. Rep. 89, 59 6.

haltsangaben nicht vorschriftsmäßig angefertigt waren und besonders nicht das ganze Diensteinkommen eines jeden Beamten von allen seinen Ämtern an jeder Stelle, wo eines derselben vorkam, übersehen werden konnte. Zur Fertigstellung des Etats hielt er jetzt noch einige Monate für nötig, die ihm der König auch ohne weiteres bewilligte; ja, auf Schulenburgs Antrag beurlaubte er ihn sogar bis zur Beendigung seines Auftrages von den Geschäften der Oberrechnungskammer, ein Beweis dafür, daß er dieser Arbeit eine große Bedeutung beilegte.⁵⁶ Aber um den anderen Zweck zu erreichen, nämlich die anfangs erwähnten Mißbräuche abzuschaffen, befahl er, ohne die Fertigstellung des Generalzivilsalarienets abzuwarten, dem Generaldirektorium, für alle Minister, Räte und Subalternen des Generaldirektoriums und der Spezialdepartements eine Generalfinanzsalarienkasse bei der Generaldomänenkasse dergestalt einzurichten, daß von Trinitatis des Jahres an keiner der genannten Staatsbeamten aus einer anderen als aus dieser Kasse ein Einkommen erhalten, alle übrigen Kassen vielmehr dasjenige, was sie bisher an die Beamten einzeln ausgezahlt haben, im ganzen an jene Generalkasse abliefern sollten.⁵⁷ Leider hören wir nichts darüber, ob diese Kasse wirklich eingerichtet und ob dadurch jene Mißbräuche beseitigt worden sind.

Die Arbeiten am Generalzivilsalarienetat machten aber auch weiterhin nur geringe Fortschritte; aus den „einigen Monaten“, die sich Schultze ausbedungen hatte, wurden 2½ Jahre und dann war er immer noch nicht fertig. Inzwischen hatten aber viele Etats ein ganz anderes Aussehen gewonnen;⁵⁸ Schultze machte hier nun den großen Fehler, daß er, anstatt einen bestimmten terminum ad quem anzunehmen, sämtliche Veränderungen in den Stellen und Gehältern nachtrug und damit sehr viel Zeit verlor. Die Hauptsache war aber doch die Vollendung

56. Immediatbericht Schultzes, 25. Dezember 1798; Schulenburg an Beyme, 17. Januar 1799. Rep. 89,68 Q. Kab.Ord. an Schulenburg, 19. Januar 1799. Generalkontrolle Tit. IX. Etats. Generalia 2.

57. Kab.Ord. an das Generaldirektorium, 12. Januar 1799. Rep. 89,68 Q.

58. z. B. stieg der Generaldomänenkassenbesoldungsetat, der 1798/99 229213 Rtlr. betrug, 1799/00 auf 353074 Rtlr., im nächsten Jahre gleich auf 544617 Rtlr. und erreichte 1801/02 561018 Rtlr.

des Etats; Abänderungen konnten dann immer noch vorgenommen werden. Allerdings hatte er neben dieser Aufgabe noch, trotz seiner Befreiung von den Geschäften der Oberrechnungskammer, einige andere Sachen bearbeiten müssen, wie die ihm noch von Friedrich Wilhelm II. übertragene Revision der Feldkriegskassenrechnungen und verschiedene Angelegenheiten bei der Generalkontrolle. Schulenburg wies demgegenüber darauf hin, daß die letzteren sowohl der Anzahl als dem Inhalt nach ganz unbedeutend gewesen wären; denn im Jahre 1800 betrugen sie nur 15 Stück, in den ersten fünf Monaten des Jahres 1801 sogar nur drei. Aber auch den ersteren Grund wollte er nicht gelten lassen: wenn die Revision der Feldkriegskassenrechnungen ihn wirklich in dem Maße beschäftigt habe, daß er dadurch an der Vollendung des Zivilsalarienets auf mehrere Wochen oder Monate behindert worden sei, so wäre es bei der Wichtigkeit dieses Auftrages seine Schuldigkeit gewesen, hiervon Anzeige zu machen, da er dann von dieser Arbeit gewiß ebenfalls befreit worden wäre. Obwohl Schulenburg vielmehr der Ansicht war, daß die Verzögerung der Vollendung des Etats nicht nur in den beständigen Verbesserungen und Abänderungen, sondern auch darin ihren Grund habe, daß Schultze seine Zeit nicht gehörig benutzt und zu langsam gearbeitet habe, unterstützte er trotzdem dessen Antrag, ihm noch eine letzte Frist bis zum September 1801 zu geben, die dann noch einmal bis zum Dezember verlängert wurde; dann aber sollte er die Arbeit, „wie sie liegt“, abliefern.⁵⁹

Am 3. Januar 1802 zeigte auch Schultze dem Könige an, daß er den Generalzivilsalarienetat fertiggestellt und in zwölf Bände eingeteilt habe; aber er forderte weitere ein bis zwei Monate, da noch für jeden Band ein ausführliches und genaues Register angefertigt und verschiedene Abänderungen vorgenommen werden müßten. Aber die Geduld des Königs war jetzt zu Ende und er befahl die sofortige Ablieferung der Arbeit, „da nun alle

59. Kab.Ord. an Schulenburg, 2. Juni; Schulenburg an Schultze, 3. Juni; Kab.Ord. an Schulenburg, 16. Juni; Beyme ohne Adresse, bestimmt an Schulenburg, 13. Oktober 1801. Generalkontrolle Tit. IX. Etats. Generalia 2. Schultze an Schulenburg, 6. Juni; Immediatbericht Schulenburgs, 10. Juni 1801. Rep. 89, 68 Q.

fernere Nachsicht eine vergebliche Verschwendung sein würde". Er mußte auch bald die Feststellung machen, daß die Anzeige Schultzes von der Vollendung des Etats nicht auf Wahrheit beruhte, sondern daß letzterer größtenteils nur aus „unvollendeten, mangelhaften und unzuverlässigen Bruchstücken" bestand, von denen man keinen Gebrauch machen konnte, da in den vier Jahren seit der Erteilung des Auftrages an Schultze die von den verschiedenen Behörden damals eingesandten Nachweisungen der Stellen und Gehälter mancherlei Veränderungen erfahren hatten; also nicht einmal die Verbesserungen und Abänderungen waren in den fertigen Teilen des Etats überall vorgenommen worden. Schultze wurde deshalb aus seiner Stellung als Präsident der Oberrechnungskammer mit einer Pension von 1000 Rtlr. entlassen. Damit war auch das Schicksal des Generalzivilsalarienetsats entschieden; er ist vor 1806 nicht zustande gekommen.⁶⁰ Ein Vorschlag Schulenburgs, nur einen Salariensetat im engeren Umfange von den General- und Spezialdepartements und von den Speziallandeskollegien aus den bei der Generalkontrolle vorhandenen Spezialstats und ihrer Vergleichung mit den allerdings vorher zu revidierenden Arbeiten Schultzes anfertigen zu lassen, hatte ebenfalls keinen Erfolg, wohl deshalb, weil Schulenburg eine Verantwortlichkeit für diese Arbeit von vornherein ablehnte, da die ihm obliegenden mannigfaltigen und seine Kräfte schon übersteigenden Berufsgeschäfte keine Zeit zur eigenen Revision dieses Werkes (Schultzes) und dessen Vergleichung mit den Spezialstats übrig ließen, was der König auch durchaus anerkannte.⁶¹

Während die einzelnen Departements und Ressorts die, durch den Befehl des Königs an die Oberrechnungskammer vom 28. Dezember 1797 veranlaßten, von Schultze angeforderten An-

60. Immediatbericht Schultzes, 3. Januar 1802. Rep. 89, 68 Q. Kab.Ord. an Schulenburg, 25. und 30. Januar; Kab.Ord. an Schultze, 30. Januar 1802. Generalkontrolle Tit. IX. Etats. Generalia 2.

61. „Es würde eine wahre Verschwendung Eurer Talente sein, wenn ich Euch nur auf die entfernteste Weise mit der Berichtigung oder vielmehr gänzlichen Umarbeitung der Arbeiten Schultzes belästigen wollte. Der Staat bedarf Eurer erspriesslichen Dienste in wichtigeren Dingen.“ Immediatbericht Schulenburgs, 2. Februar 1802. Rep. 89, 68 Q. Kab.Ord. an Schulenburg, 5. Februar 1802. Generalkontrolle Tit. IX. Etats. Generalia 2.

gaben der sämtlichen jährlichen Einnahmen der Beamten, wie wir oben sahen,⁶² erst im Juni 1798 einreichten und damit kein besonderes Aufsehen erregten, schlug der Bericht Hardenbergs für Ansbach-Bayreuth, den dieser schon am 10. März des Jahres einsandte, — ohne zu ahnen, welche nachteiligen Folgen gerade diese an und für sich lobenswerte Pünktlichkeit für ihn haben sollte — in Berlin wie eine Bombe ein. Danach betrug die Gesamtsumme der Zivilbesoldungen mit Ausnahme sämtlicher Naturalien sowie der Gehälter der Geistlichen, der Kirchen- und Schuldiener, der Verwalter geistlicher Stiftungen und des Personals der Universität Erlangen rund 510877 Rtlr., wovon weit- aus der größte Teil, nämlich 412852 Rtlr., aus königlichen Kassen und nur 98024 Rtlr. aus Sporteln und anderen Fonds bezahlt wurden. Die Gehälter der Geistlichen, der Kirchen- und Schuldiener, der Verwalter geistlicher Stiftungen und des Personals der Universität Erlangen betrugen gesondert 59645 Rtlr., wovon aber nur ein kleiner Teil, nämlich 16440 Rtlr., aus königlichen Kassen, der bei weitem größere, nämlich 43205 Rtlr., aus den Fonds der geistlichen Stiftungen bezahlt wurde. Schulenburg bezeichnete dieses Resultat als „fürchterlich“ und schrieb darüber an Beyme: „Ich wußte wohl, daß die Administration in Franken durchaus nichts taugt und daß die Verschwendung dort zum hohen Grade gestiegen ist, so arg aber hatte ich es mir kaum vorgestellt“. Besonders betont er noch, daß unter diesen sehr großen Summen nur Geldbesoldungen enthalten seien, Naturalien an Gebäuden, Holz, Wein, welche in diesen Provinzen nach der im Reiche gewöhnlichen Art ganz ungemein weit gehen, so wenig als Wohnungen in herrschaftlichen Gebäuden darunter befindlich seien und wenn die Naturalien zu Gelde angeschlagen würden, die doch auch für den Landesherrn Geldeswert haben, die Summe sich gewiß noch um 100000 Rtlr. und darüber vergrößern würde.⁶³ Demgemäß sprach der König in einer Kabinettsordre vom 28. März⁶⁴ Hardenberg seine „höchste Verwunderung“ darüber aus, „daß die Ziviladministration so kleiner Provinzen, das Militär und die Geistlichkeit ungerechnet,

62. Vgl. S. 41.

63. Schulenburg an Beyme, 27. März 1798. Rep. 89, 126 A.

64. Rep. 92. Hardenberg J. 2.

bloß an barem Gelde, und ohne die dort sehr ins Große gehenden Naturalien, die ungeheure Summe von mehr als einer halben Million koste“.⁶⁵ Die Kosten der Verwaltung in Ansbach-Bayreuth waren auch gegenüber den anderen Provinzen des Staates unverhältnismäßig hoch; aber der Vergleich war nicht ganz gerecht, weil Ansbach-Bayreuth ein von den übrigen Provinzen abweichendes Verwaltungs- und Finanzsystem hatte. Aber gerade diese Tatsache scheint Schulenburg zu der Überzeugung gebracht zu haben, daß man dann eben auch in Ansbach-Bayreuth das offensichtlich billigere altpreußische System einführen müsse. Man könnte hier vielleicht auf den Gedanken kommen, daß dahinter ein größerer Plan gesteckt hätte, alle Sonderverwaltungen wie z. B. die süd- und neuostpreußischen aufzuheben und dem Generaldirektorium einzuverleiben. Aber davon ist gar keine Rede. Gewiß unterstützte er solche Pläne, aber ihm kam es hier vor allem auf sein eigentliches Gebiet, das Finanzwesen, an. Mag sein, daß auch sein persönlicher Gegensatz zu Hardenberg sein Vorgehen beeinflußt hat. Aber diese Abneigung war doch auch sachlich bedingt. Schulenburg mußte einem Manne wie Hardenberg, der nicht von der Pike auf im preußischen Dienste gestanden hatte, sondern gleich als Minister übernommen worden war, ganz naturgemäß mit tiefstem Mißtrauen gegenüberstehen, zumal da diesem Manne, obgleich er mit den Grundsätzen der preußischen Verwaltung höchstens ganz ungenügend vertraut sein konnte, gleich ein so wichtiges Geschäft wie die Vereinigung einer neuen Provinz mit dem Gesamtstaate übertragen worden war. Hardenbergs Vorgehen verstärkte dieses Mißtrauen noch; besonders war aber seine Sonderstellung, die er im Staate einnahm, Schulenburg schon lange ein Dorn im Auge und er sah jetzt eine günstige Gelegenheit, um in Ansbach-Bayreuth die Verfassung des Gesamtstaates, besonders auf dem Gebiete der Finanzen, mehr als bisher zur Geltung zu bringen.

65. Daß jener Brief Schulenburgs an Beyme sozusagen die Vorlage zu dieser Kabinettsordre bildete, ergibt sich aus dem Schlußsatze Schulenburgs, in dem er die Ansicht vertritt, daß jetzt weiter nichts zu tun sei „als Herrn von Hardenberg eine nachdrückliche Verwunderung zu bezeugen, daß die Administration solcher kleiner Provinzen solche ungeheure Summe koste und doch noch nicht einmal die Naturalien enthalte“.

Den ersehnten Ansatzpunkt fand Schulenburg bei der Vorlegung der neuen Etats für Ansbach-Bayreuth. Nach seiner Instruktion vom 19. Februar 1798 mußten sie von ihm als Generalkontrollleur mitgezeichnet sein.⁶⁶ Obwohl er Hardenberg erst kurz vorher mitgeteilt hatte, „daß es den meisten dieser Etats an den zur Revision derselben wesentlichsten Requisiten wie an Rechnungsbelegen, an Durchschnittsnachweisungen und an Vergleichen des Plus und Minus mangle und dadurch die Revision der Etats teils sehr erschwert, teils auch vollständig zu bewerkstelligen unmöglich gewesen sei“,⁶⁷ so unterzeichnete er sie dennoch. Aber noch ehe Hardenberg die Etats dem Könige vorgelegt hatte, berichtete Schulenburg an diesen, daß er die Mitzeichnung der Hauptetats bloß deshalb vorgenommen habe, „weil die Zeit schon weit verstrichen und das Etatsjahr bereits angefangen habe, eine jede Nachfrage also nachteiligen Aufenthalt verursachen müßte“; er sei aber außerstande, für die gänzliche Richtigkeit derselben einzustehen, weil Hardenberg die meisten Spezialetats, worauf sich die Hauptetats gründen, bereits vor Erlaß jener Instruktion allein vollzogen und den Behörden zugefertigt habe, die mithin von ihm nicht mehr revidiert werden könnten, und weil ihm Hardenberg viele andere Etats noch nicht zugeschiedt habe. Schließlich schlug er vor, eine aus redlichen und sachkundigen Männern bestehende Kommission nach Ansbach und Bayreuth zu senden, die an Ort und Stelle alle Einnahmen und Ausgaben auf das sorgfältigste prüfen sollte, weil nur dadurch beträchtliche Ersparnisse erzielt werden könnten.⁶⁸ Der König, der noch in einer Kabinettsordre vom 24. April eine von Hardenberg erbetene Untersuchung seiner ganzen Verwaltung durch eine Kommission abgelehnt hatte, weil sie nur eine Folge des Mißtrauens sein könnte, das er gar nicht in ihn setze, ging jetzt auf den Vorschlag Schulenburgs ein und beauftragte ihn am 10. Juli, persönlich sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Etats der fränkischen Fürstentümer an Ort und Stelle zu untersuchen. Hardenberg gegenüber begründete er seine

66. Vgl. oben S. 25.

67. Schulenburg an Hardenberg, 21. Juni 1798. Rep. 44 C. Finanzdepartement 218.

68. Immediatbericht Schulenburgs, 4. Juli 1798. Rep. 89, 126 B.

Sinnesänderung damit, daß die dortigen Kammern noch nicht vertraut genug mit dem preußischen Finanzsystem seien, um von ihnen überall die Einführung desselben erwarten zu können.⁶⁹ Hardenberg, dem der König in der eben angeführten Kabinettsordre vom 24. April versichert hatte, ihn nicht von der Prüfung der Verwaltung auszuschließen, beantragte deshalb, damit nicht die Ausführung des Auftrages den Anschein einer Untersuchungskommission erwecke, sie gemeinsam mit Schulenburg leiten zu dürfen, wozu dieser schon vorher seine Zustimmung gegeben hatte. Hardenbergs Antrag fand am 16. Juli die Genehmigung des Königs.⁷⁰

Demgemäß begab sich Schulenburg mit Hardenberg Ende August nach Ansbach-Bayreuth, nachdem die zu Mitgliedern der Kommission ernannten Geheimen Oberrechnungsräte Baumgarten und Zimmermann schon vorher dort eingetroffen waren. Da ihn aber seine Amtsgeschäfte bald wieder nach Berlin zurückriefen, konnte er höchstens einen allgemeinen Überblick erlangt, bestimmt keine gründliche Untersuchung vorgenommen haben. Die beiden Oberrechnungsräte blieben aber weiterhin in Franken, um „bei dem fränkischen Finanzwesen, soweit es das Locale und die Verfassung zuließen, völlig diejenigen Grundsätze und dieselbige Form in Anwendung zu bringen, welche bereits in den übrigen preußischen Staaten besteht“.⁷¹ Sie sollten damit beginnen von jedem Verwaltungszweige einen Spezialetat auszuarbeiten und dabei auf die etwa mögliche Vermehrung der Einnahme und Ersparung bei der Ausgabe Rücksicht nehmen. Ferner sollten sie wegen etwaiger Verbesserung des Kassen- und Rechnungswesens mit den Kammern in Verhandlung treten; darauf ließen sie sich jedoch nicht ein, da sie die unmögliche Ansicht vertraten, daß diese allgemeine Vorschrift

69. Kab.Ord. an Hardenberg, 24. April und 10. Juli 1798. Rep. 92. Hardenberg J. 2. Kab.Ord. an Schulenburg, 10. Juli 1798. Rep. 89. 59 9.

70. Immediatbericht Hardenbergs, 11. Juli 1798. Rep. 89. 126 A. Kabinettsordre an Hardenberg, 16. Juli 1798. Rep. 92. Hardenberg J. 2.

71. Kommissorium für die Geheimen Oberrechnungsräte Baumgarten und Zimmermann vom 13. Juli 1798. Generalfinanzkontrolle Tit. XXXVI. 10. Ersterer trat an die Stelle des im Kommissorium genannten Kriegsrates Grothe.

nur die der Kammer und ihnen vorgesetzten Behörden meine.⁷² Sicher werden sie dabei nicht ohne höheren Auftrag gehandelt haben; Schulenburg befürchtete wahrscheinlich, daß sonst der Endzweck nur in verwässerter Form erreicht werden würde. Sie gingen also ganz selbständig vor und nahmen zunächst einmal eine neue Verteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die zwei Hauptkassen, die Hauptdomänen- und Hauptkriegs- und steuerkasse vor.⁷³ Das Etatswesen selbst ordneten sie derart, daß sie die Hauptetats auflösten und alle Spezial-etats in Ämter-etats zusammenfaßten. Auf diese Weise gelang es ihnen die Zahl der Etats gewaltig zu vermindern; in Ansbach z. B. blieben von 480 nur 114 übrig.⁷⁴ Daß darunter die Übersichtlichkeit litt, spielte keine Rolle; ja, Schulenburg erklärte, Unübersichtlichkeit der Etats sei infolge der Gefahr, daß sie einem Unberufenen in die Hände fallen könnten, auch jetzt noch sehr nützlich und notwendig.⁷⁵ Für Hardenberg dagegen, der die Beseitigung der Haupt-etats, die er selbst eingeführt hatte, durchaus verhindern wollte, sprach die Unübersichtlichkeit am meisten gegen die neue Einrichtung; er erklärte, daß ihm die Form deshalb nicht gefalle, „weil sie keine richtige und schnelle Übersicht des Einkommens, des Aufwandes und des reinen Ertrages, so wenig des Ganzen wie eines jeden einzelnen Hauptzweiges zu gewähren scheint“. Eine richtige Rechnung könne aus den Etats entstehen, dazu brauche man aber gar kein System, es könne alles durcheinander geworfen werden.⁷⁶ Aber im Grunde genommen sind Fragen wie Übersichtlichkeit oder Unübersichtlichkeit, Vermehrung oder Verminderung der Etats, in diesem Falle nur von untergeordneter Bedeutung; es ist hier auch nebensächlich, ob nun die besondere Verfassung einer Provinz besser ist als die des Gesamt-

72. Baumgarten und Zimmermann an die Oberkriegs- und Domänenkammer zu Bayreuth, 6. März 1799. Generalfinanzkontrolle Tit. XXXVI. 10.

73. Vgl. F. Hartung, Hardenberg und die preußische Verwaltung in Ansbach-Bayreuth von 1792—1806, S. 178.

74. Baumgarten und Zimmermann an Schulenburg, 29. Januar 1799. Generalfinanzkontrolle Tit. XXXVI. 10.

75. Schulenburg an Hardenberg, 13. Februar 1799. Rep. 44 C. Finanzdepartement 231.

76. Hardenberg an Schulenburg, 9. Febr. 1799. Rep. 44 C. Bestellungsdepartement 96 m.

staates, sondern es kommt allein darauf an, daß Schulenburg gegenüber Hardenberg, dem es ja nur um seine Provinz zu tun war, den Gedanken des modernen Zentralstaates vertritt, — wenn auch vielleicht nur unbewußt — der es nicht zulassen kann, daß einzelne Landesteile von der Gesamtverfassung abweichende besondere Verfassungen haben. Diese müssen dann eben beseitigt werden, auch wenn die Zentralisierung für die betreffende Provinz im Augenblick Nachteile mit sich bringt. Denn das war ja überhaupt erst eine der Vorbedingungen für den modernen Nationalstaat des 19. Jahrhunderts.⁷⁷ Schulenburg ließ sich schon aus diesen Gründen auf keine Abänderungen ein, war aber auch gar nicht dazu in der Lage, da er den bestimmten Auftrag hatte, das Rechnungswesen in Ansbach-Bayreuth nach alt-preußischem Muster zu organisieren. Auf seinen Vorschlag wurden die Etats noch einmal durch je einen Rat der Generalkontrolle und des fränkischen Departements durchgesehen und die Spezialetats für Ansbach nochmals verlängert; denn er hielt es für unmöglich letztere, die erst im Entstehen begriffen waren, bis zur Abreise des Königs nach Ansbach-Bayreuth, die auf den 25. Mai festgesetzt war, zu vollenden, zu prüfen und zur Benutzung fertig zu machen.⁷⁸ Nur in einem Punkte gab Schulenburg nach. Die Bayreuther Kammer hatte auf die Folgen hingewiesen, die daraus entstehen könnten, daß die Kommissare die Einnahme zu hoch und die Ausgabe zu niedrig angesetzt hätten.⁷⁹ Das kam besonders daher, daß sie in den Spezialetats nur einen dreijährigen Durchschnitt statt eines sechsjährigen angenommen hatten. Schulenburg, der vor allem beim Handlohn und dem Zoll einen Einnahmeausfall für möglich hielt, setzte 41 000 fl. zur Deckung aus, davon allein für den Handlohn 13 000 und für den Zoll 16 000, während die übrigen 12 000 fl. zur Deckung

77. Es ist nur zu bedauern, daß Schulenburg nicht den Versuch gemacht hat, auch alle anderen Sonderverfassungen (z. B. Schlesien) zu beseitigen.

78. Schulenburg an Hardenberg, 4. März (Schreibfehler statt April); Hardenberg an Schulenburg, 6. April. Rep. 44 C. Bestellungsdepartement 96 m. Konferenzprotokoll vom 10. April 1799. Rep. 44 C. Finanzdepartement 215.

79. Heyde an einen ungenannten Freund in Berlin, 6. April 1799. Rep. 44 C. Bestellungsdepartement 96 m.

sonstiger etwa zu hoch gespannter Einnahmepositionen oder zu sehr beschnittener Ausgabetitel bestimmt wurden.⁸⁰

Im ganzen hatte sich also Schulenburg überall durchgesetzt. Die Bedeutung der Reform bestand nun einmal in der formalen Eingliederung der fränkischen Fürstentümer in die preußische Finanzverwaltung. Von Trinitatis 1801 an flossen die etatsmäßigen Überschüsse der fränkischen Hauptdomänen- und Hauptkriegs- und steuerkasse, die bisher zur Dispositionskasse abgeliefert worden waren, in die Generaldomänen- und die Generalkriegs- und steuerkasse und wurden auf deren Etats in Einnahme gebracht.⁸¹ Aber auch der materielle Zweck der Neuordnung: durch Verminderung der Ausgaben und Vermehrung der Einnahmen eine Erhöhung der Überschüsse zu erzielen, ist erreicht worden; denn die etatsmäßigen Überschüsse der fränkischen Hauptkassen, der Hauptdomänen- und Hauptkriegs- und steuerkasse, ergaben schon 1799/00 gegenüber dem vorhergehenden Jahre ein Plus von 122 789 fl. Und dieses Plus stieg im Etatsjahr 1800/01 um weitere 51 154 fl. auf 173 943 fl., besonders deshalb, weil die Resultate der Revision der Ansbacher Spezial Etats erst in diesem Jahre genau bestimmt werden konnten;⁸² dazu kamen 1801/02 nochmals 24 510 fl., so daß sich damit der etatsmäßige Überschuß in drei Jahren um 198 453 fl. vermehrt hatte.⁸³ Allerdings spiegelt sich auch die günstige wirtschaftliche Entwicklung der Jahre nach 1798 in diesen Zahlen wieder, wenn auch ihr Einfluß nicht sehr groß gewesen sein kann; denn die Überschüsse stiegen nur in den unmittelbaren Jahren nach der Neuordnung rapide an, dann aber im Gegen-

80. Konferenzprotokoll vom 10. April 1799. Rep. 44 C. Finanzdepartement 215. Immediatbericht Schulenburgs, 27. Mai 1799. Rep. 89, 126 B.

81. Immediatbericht des Generaldirektoriums, 23. April 1801. Rep. 89, 126 B.

82. Immediatberichte Schulenburgs, 27. Mai 1799 und 9. Juni 1800. Rep. 89, 126 B.

83. In den von Hardenberg für 1801/02 eingereichten Etats war aber trotz dieses neuen Überschusses von 24 510 fl. nur eine Steigerung des etatsmäßigen Überschusses in den letzten drei Jahren um 191 069 fl. ausgewiesen, also 7392 fl. weniger. Immediatbericht Hardenbergs, 23. April 1801. Rep. 89, 126 B.

satz zur wirtschaftlichen Entwicklung nur in bescheidenem Umfange.

Ferner setzte Schulenburg die Wiedereinführung der finanzmäßigen Rechnungsart statt der kaufmännischen bei der Generalsalzadministration durch.⁸⁴ Noch unter Friedrich Wilhelm II. hatte Struensee die Vereinigung der Generalsalzadministration mit der Seehandlung durchgesetzt,⁸⁵ nachdem sie vorher zwei Jahre dem Bergwerks- und Hüttendepartement unter Heinitz angegliedert war. Den König gewann er damit für seinen Plan, daß er auf diese Weise jährlich 500 000 Rtlr. zur Tilgung der Staatsschulden aufzubringen versprach, was ihm auch gelungen ist. Denn 1796 hat das Salzdepartement nach Berichtigung aller anderen Ausgaben 505 865 Rtlr. 7 Gr. 9 Pf. und 1797 517 754 Rtlr. 18 Gr. 7 Pf. zum Amortisationsfonds abgeliefert. Ihm selbst kam es aber dabei vor allen Dingen darauf an durch diese Vereinigung der Seehandlung zu helfen, die schon seit langer Zeit dem Bankerotte nahe war. Das ergibt sich allein daraus, daß der eigentliche Salzhandel 1797 einen Gewinn von 648 709 Rtlr. 19 Gr. 11 Pf. ergab, während infolge der Verbindung mit der Seehandlung nur die schon erwähnten 517 754 Rtlr. 18 Gr. 7 Pf. zum Amortisationsfonds abgeliefert werden konnten. Bei Gelegenheit der Vereinigung des Salzdepartements mit der Seehandlung wurde auch festgesetzt, daß die Salzgeschäfte wie die der Seehandlung auf kaufmännische Art betrieben werden sollten; während vorher jährliche Einnahme- und Ausgabe-etats angefertigt und bei der Oberrechnungskammer eingereicht wurden, fand jetzt jeden Monat eine Revision der Kassen statt, bei der die einzelnen Beläge ohne Zusammenhang des Ganzen von zwei Mitgliedern der Oberrechnungskammer nachgesehen wurden. Das hatte natürlich zur Folge, daß jede Übersicht verloren ging.

Deshalb setzte sich Schulenburg bald nach seinem Amtsantritt für die Wiedereinführung der finanzmäßigen Rechnungs-

84. Generalkontrolle Tit. XXII. 1. Es handelt sich hier übrigens um eine Ergänzung zu Petzold a. a. O. S. 75 ff.

85. Kab.Ord. an Struensee, 6. Mai 1796. Vgl. auch M. F. v. Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg, ihr Zustand und ihre Verwaltung unmittelbar vor dem Ausbruche des französischen Krieges im Oktober 1806, S. 114 ff

form ein;⁸⁶ der Verkauf des Salzes könne dadurch nicht gestört werden; im Gegenteil, denn das weit künstlichere Bergwerksdepartement, bei dem regelmäßige Etats angefertigt würden und eine finanzmäßige Rechnungsführung stattfinde, bewaise die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung. Vor allem aber sei die finanzielle Behandlung des Salzdepartements gegenüber der kaufmännischen der Seehandlung wegen des bankerotten Zustandes der letzteren notwendig; der von der Seehandlung für 1797 angegebene Gewinn von 70 000 Rtlr. sei nur imaginär, wenn man die Verbindung mit ihren Handlungshäusern und den dabei unvermeidlichen und vielleicht in die mehreren Hundert Tausend gehenden Verlust berücksichtige. Nur eine ordentliche und gehörig zu revidierende Rechnungsführung nach Koktur- und Debitetats könne das Salzdepartement vor einem unter solchen Umständen höchst empfindlichen Stoß bewahren; sonst würde es bei einem Fall der Seehandlung stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Die deutliche und beständige Übersicht, die zur Abwehr dieser Gefahr nötig sei, könne aber die kaufmännische Berechnungsart nicht gewähren, da sie keine sicheren Resultate liefere; das beste Beispiel dafür bieten die zuvor erwähnten Handlungshäuser, die mit ihrem Debit in den Büchern der Seehandlung stehen; bei Kontrolle dieser Posten in den Büchern könne man nicht sehen, ob sie nicht schon ganz oder zum Teil verloren seien.

Struensee suchte seine von vornherein schwache Position durch die Behauptung zu festigen, daß die Schwankungen in der Einnahme und Ausgabe die Aufstellung eines einigermaßen sicheren Etats unmöglich machten. Mit Recht konnte Schulenburg dagegen anführen, daß sich dieser Einwand auch auf alle übrigen Teile der Staatsverwaltung anwenden lasse und es würde daraus folgen, daß sie sämtlich ohne Etats verwaltet werden müßten; dies könne nur zu chaotischen Zuständen führen. Dagegen würde ein richtiger Etat nur den Dienstfeier der Beamten anspornen; von einer buchstäblichen Erfüllung könne natürlich bei keinem Departement die Rede sein. Man dürfe die Etats überhaupt nur als Richtlinien auffassen, die den Be-

86. An den König, 7. März 1798.

amten ihre Arbeit erleichtern sollten.⁸⁷ In dieser Frage erhielt Schulenburg eine unverhoffte Unterstützung durch den Minister von Schrötter, der die Ansichten Struensees als „handgreifliche Sophistereien“ abtat. Auch der König war dem Vorschlage Schulenburgs nicht abgeneigt, wollte aber vorher noch die Beratungen der Finanzkommission abwarten und dann erst eine Entscheidung treffen.⁸⁸ Das war aber gar nicht nötig; denn die Finanzkommission hatte ja gar nicht zu untersuchen, ob die kaufmännische oder finanzielle Behandlung des Salzdepartements den Vorzug verdiene, sondern sie sollte ihr Votum darüber abgeben, ob es vorteilhafter sei, das zuvor dem Bergwerks- und Hüttendepartement untergeordnete Salzdepartement wieder in der vorigen Art verwalten zu lassen und also wiederum diesem Departement zu übertragen, oder es in seiner jetzigen Verbindung mit der Seehandlung zu lassen. Dieses Versehen des Königs hatte aber zur Folge, daß die Frage, ob kaufmännische oder finanzielle Behandlung der Salzadministration einen Augenblick in den Hintergrund trat und dafür das Problem der Trennung beider Departements aufgeworfen wurde. Struensee, der bei einer Trennung des Salzdepartements und der Seehandlung für den Bestand der letzteren fürchten mußte, war diese Wendung gar nicht unangenehm, da er in dieser Angelegenheit eher auf die Unterstützung des Königs hoffen konnte; vielleicht glaubte er auch auf diese Weise am besten die von Schulenburg aufgeworfene Frage umgehen zu können. Deshalb suchte er den König durch drei Berichte sofort gegen die Trennung einzunehmen.⁸⁹ Schulenburg seinerseits ging darauf aus, den König davon zu überzeugen,⁹⁰ daß er nur den Nutzen einer, von dem eigentlichen seiner Natur nach allein auf kaufmännischer Berechnung beruhenden Seehandlungsdepartement, abgesonderten Rechnungsführung bei der Salzadministration, so wie solche vor der Verbindung mit der Seehandlung stattgefunden, dargelegt habe.

87. Struensee an den König, 12. März; Schulenburg an den König, 21. März 1798.

88. Schrötter an Schulenburg, 25. März; der König an Schulenburg, 8. März 1798.

89. Vom 17., 21. und 31. März 1798.

90. Schulenburg an den König, 16. April 1798.

Bisher sei immer die Geschäftsführung mit der Rechnungsführung verwechselt und daraus geschlossen worden, daß man, weil in ersterer eine Abänderung zu treffen nicht ratsam sei, Alles in seiner gegenwärtigen Lage belassen müsse. Da das Salzdepartement schon früher finanzmäßig behandelt worden war, die Möglichkeit dieser Behandlungsart also nicht mehr problematisch war, gelang es Schulenburg schließlich den König für seinen Plan zu gewinnen. Durch die Kabinettsordre vom 16. Mai 1798 wurde verordnet, daß vom 1. Januar 1799 an von dem Salzdepartement so, als wenn es mit der Seehandlung gar nicht kombiniert wäre, besondere Koktur- und Debitetats einzureichen seien; denn aus dem Generalabschluß der Seehandlung und des mit ihr vereinigten Salzdepartements könne man nicht den Zustand, in dem sich ein jedes dieser Departements für sich allein befinde, übersehen, weil beide vollständig miteinander vermischt seien. Es habe zwar den Anschein, daß die Aktiva und Passiva der Seehandlung, wenn sie mit dem kombinierten Salzdepartement verbunden seien, sich gänzlich ausbalanzieren; dagegen würde eine Trennung beider Posten bei der Seehandlung ein ungeheures Defizit ergeben. Wir sehen, der König hatte die Gedankengänge Schulenburgs fast wörtlich übernommen und sich ganz auf seine Seite gestellt.

Dagegen setzte es Struensee durch, daß die Seehandlung und das Salzdepartement weiter vereinigt blieben. Der König machte zwar die endgültige Entscheidung von dem Votum der Immediatfinanzkommission abhängig;⁹¹ diese kam aber auch hier wie in den meisten anderen Fragen zu keinem positiven Ergebnis, da ein Ausgleich der beiden schroff einander gegenüberstehenden Meinungen nicht möglich war (Struensee war, wie wir schon wissen, für die Beibehaltung des augenblicklichen Zustandes, Heinitz und Hoym dagegen für eine Trennung des Salzdepartements von der Seehandlung). Erst nach Struensees Tode traf dessen Nachfolger Stein 1805 eine Entscheidung dahin, daß die Generalsalzadministration überhaupt aufgehoben wurde. Der Ankauf des fremden Salzes sollte wie bisher von der Seehandlung besorgt werden; die Salzfabrikation wurde dem Bergwerks- und Hüttendepartement, der Transport und Verkauf des

91. Kab.Ord. vom 4. April 1798.

Salzes dem Akzise- und Zolldepartement übertragen. Damit legte man jeden Geschäftszweig demjenigen Departement bei, welches vermöge seiner Bestimmung mit den nötigen Kenntnissen und Mitteln versehen war, um die seiner Leitung anvertraute Partie am zweckmäßigsten zu verwalten.

Zu erwähnen wäre endlich noch, mit welcher Sorgfalt man jetzt bei der Neuverpachtung der Domänenämter vorging. Hier bestimmte schon der § 6 der Instruktion vom 19. Februar, daß bei der Durchsicht der Ämterrechnungen, wenn das Amt aufs Neue verpachtet wird, darauf Acht gegeben werden müsse, ob das aufgeführte Quantum nach allen Titeln mit den neuen Anschlägen übereinstimme, ferner, ob bei der neuen Verpachtung auch sonst überall vorschriftsmäßig zu Werke gegangen, auch auf die höheren Angebote anderer Pachtlustigen, wenn solche sich als tüchtige Ökonomen legitimieren und Sicherheit stellen können, Rücksicht genommen, und das Amt nicht etwa für ein Plus, welches nicht der Rede wert ist, und augenscheinlich mit dem ehemaligen und jetzigen Wert der Produkte in gar keinem Verhältnisse steht, unter der Hand dem alten Pächter überlassen worden sei. In dieser Richtung bewegte sich auch eine Verordnung der Generalkontrolle für die Provinz Westpreußen aus dem Jahre 1798, daß die Pachtanschläge unbedingt vor Eintritt des neuen Etatsjahres, in welchem der neue Ertrag auf den Etat kommen soll, fertiggestellt und genehmigt sein müssen. Das wurde aber schon im nächsten Jahre dahin abgeändert, daß die neuen Ämteranschläge schon zwei Jahre vor Ablauf der Pacht angefangen werden müssen, damit sie gleich nach Trinitatis des letzten Pachtjahres zur Revision eingehen könnten. Diejenigen Ämter also, welche mit Trinitatis 1801 pachtlos werden, seien in den Monaten Juli bis Oktober 1799 zu veranschlagen, die kommissarischen Anschläge seien dann von der westpreußischen Kammer bis Trinitatis 1800 zu revidieren und gleich nach Trinitatis bis spätestens zum 1. Juli zur Revision einzusenden.⁹² Diese Einrichtung versuchte man auch in Neuostpreußen einzuführen; hier mußte die Generalkontrolle aber sehr nachsichtig sein, da die Ämterveranschlagungen besonders in dem Bialystockschen

92. Generalkontrolle Tit. X. 1.

Kammerdepartement mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden waren, die sich daraus ergaben, daß gerade diese Gegenden in der Revolution von 1794 von den russischen Truppen am längsten besetzt und von ihnen und den revolutionären Polen am meisten verwüstet worden waren.⁹³

Der Leser dieser Zeilen gewinnt den Eindruck, daß die Generalkontrolle zwar in der ersten Zeit ihres Bestehens mit frischen Kräften an die Arbeit ging und daß das Ergebnis gegenüber dem Versagen Schulenburgs auf dem Gebiete der Reform der allgemeinen Staatsverwaltung einen Fortschritt bedeutet; aber im Grunde ist es doch auch sehr dürftig. Die Akten bestätigen eben nur die vorherrschende Ansicht, daß die Generalkontrolle nicht nur auf dem Gebiete der allgemeinen Staatsverwaltung, sondern auch auf dem der Finanzkontrolle nach einem Ansatz in den ersten Jahren bald rettungslos verkümmerte. Was wir hier vor uns sehen, sind doch nur einige für sich stehende Maßnahmen, die allein durch das Bestreben, die Einnahmen des Staates zu steigern, zusammengehalten werden. Man vermißt besonders jedes systematische Vorgehen; es sind Einzelaktionen, deren Wirkungen natürlich schon aus diesem Grunde, wenn nicht verpuffen, so doch bestimmt sehr klein bleiben mußten.

3.

Und trotzdem entwickelten sich die Finanzen in dem Zeitraum von 1797—1805 durchaus zufriedenstellend. Friedrich Wilhelm II. hatte seinem Sohn eine Schuldenlast von 48213511 Rtlr. sowie einen leeren Schatz hinterlassen;⁹⁴ unter seinem Nachfolger wurden in nur acht Jahren nicht nur sieben Millionen Rtlr. Staatsschulden zurückgezahlt,⁹⁵ sondern auch weitere

93. Generalkontrolle Tit. XIV. 2.

94. Vgl. oben S. 13.

95. Vgl. A. F. Riedel, Der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten, S. 236; O. Warschauer a. a. O. S. 20. Wenn O. Hintze in „Die Hohenzollern und ihr Werk“ S. 425 22 Millionen Taler an getilgten Schulden angibt, so meint er wohl die Summe, die zur Amortisation der Schulden überhaupt verwandt worden ist; davon ging aber der größte Teil auf Zinsen ab.

dreizehn Millionen in den Staatsschatz gelegt.⁹⁶ Die Wiederauffüllung des Schatzes hatte schon Friedrich Wilhelm II. in seinen beiden letzten Regierungsjahren mit 1650000 Rtlr. begonnen. Dazu wurden unter Friedrich Wilhelm III. noch 5800000 Rtlr., die die Dispositionskasse erübrigt hatte, hinzugefügt. Weiterhin erzielte man durch Ausgabe von ungefähr achtzehn Millionen Talern Scheidemünze einen Gewinn von nahezu sechs Millionen Rtlr. Diese günstige Entwicklung der Staatsfinanzen geht einmal auf die größere Sparsamkeit zurück, die jetzt im Gegensatz zu der Regierung Friedrich Wilhelms II. herrschte; ferner wirkte sich die wirtschaftliche Blüte infolge der Neutralisierung Norddeutschlands vorteilhaft auf die preußischen Finanzen aus. Aber von nicht minder Bedeutung ist doch die stärkere Zusammenfassung der Finanzverwaltung durch die Generalkontrolle und die Wiederherstellung einer Einfachheit im Rechnungswesen, wie man sie seit der Regierung Friedrichs des Großen vermißt hatte. Man war ganz auf dem rechten Wege und nach einer damals aufgestellten Berechnung glaubte man in zwanzig Jahren die gesamte Schuld abgetragen zu haben, was in friedlichen Zeiten ohne weiteres möglich gewesen wäre.

Trotzdem mußte Friedrich Wilhelm III. schon zu Beginn seiner Regierung und dann besonders in den folgenden Jahren zur Aufnahme neuer Anleihen schreiten, da sein Vorgänger fast nur solche von achtjähriger Dauer und mit kurzer Kündbarkeit aufgenommen hatte. Dabei gelang es der Seehandlung die Tilgung der ausländischen Anleihen durch Aufnahme inländischer Kapitalien zu ermöglichen;⁹⁷ durch diese Verwandlung der ausländischen Schuld in eine inländische wurde der Staat nicht nur

96. Vgl. A. F. Riedel a. a. O. S. 241; E. Richter a. a. O. S. 18. Mit 17 Millionen greift Hintze hier ebenfalls zu hoch. Diese Zahl beruht auf einer Angabe Steins, die aber schon M. Lehmann (Stein I. S. 382, Anm. 1) zurückgewiesen hatte. In Wahrheit enthielt der Tresor am 10. September 1805 nur 12 453 000 Taler. Stein rechnete wahrscheinlich die anderen Bestände, namentlich die der Dispositionskasse (für das Etatsjahr 1805/06 auf 3 248 330 Rtlr. angegeben) mit hinzu.

97. Ende 1805 hatte die Seehandlung schon an den Amortisationsfond Forderungen in Höhe von 13 139 395 Rtlr.; dagegen betrug die auswärtige Schuld nur noch 1 397 667 Rtlr.

der lästigen Terminzahlungen entledigt, sondern auch rücksichtlich der Verzinsung bedeutend günstiger gestellt.

Die günstigen finanziellen Ergebnisse der Jahre 1797—1805 gingen aber fast sämtlich schon vor Ausbruch des Krieges wieder verloren. Mit dem Erwerb der Entschädigungsprovinzen 1802/03 mußte, abgesehen von den zwei Millionen, die allein die Organisation kostete, eine Schuld in Höhe von ungefähr drei Millionen Talern übernommen werden, die die Schuldenlast des Staates wieder erhöhte und fast die Hälfte der getilgten Schulden aufzehrte. Hinzu kamen die unsicheren politischen Verhältnisse, die fast den gesamten Staatsschatz verschlangen. Zur Mobilmachung 1805 wurden außer einem Zuschusse von 1 262 502 Rtlr. aus der Dispositionskasse noch 5 150 000 Rtlr. Tresorgelder verwandt; weitere 5 420 435 Rtlr. gab man um die Mitte des Jahres 1806 für Rüstungen aus, sodaß bei Kriegsbeginn im Tresor nur noch etwas über zwei Millionen lagerten. Da die Möglichkeit eines Krieges immer mehr in den Vordergrund trat, so schritt man auch wieder zur Aufnahme neuer Anleihen im Auslande im Gesamtbetrage von 1 936 136 Rtlr., die am 1. Januar 1806 in Danzig und Kassel vorgenommen wurde; weiterhin glaubte man durch Ausgabe von fünf Millionen Tresorscheinen⁹⁸ eine Aushilfe zu finden. Nach dem Berichte der Hauptverwaltung der Staatsschulden betrug die gesamte Staatsschuld am 1. Januar 1807 53 494 914 Rtlr.⁹⁹ Die Staatsschuld war also seit 1797 ungefähr um die fünf Millionen Tresorscheine gewachsen. Auf den Kopf der Bevölkerung des Staates vom Februar 1806 (10 660 000) betrug sie aber nur noch 5 Taler.¹⁰⁰

98. Schulenburg hatte die vierfache Summe, also 20 Millionen, vorgeschlagen, war damit jedoch trotz der Zustimmung des Kabinetts infolge des Widerstandes des Generaldirektoriums, insbesondere Steins, nicht durchgedrungen. M. Lehmann a. a. O. S. 387 und 422.

99. O. Warschauer a. a. O. S. 22. E. Richter a. a. O. S. 18.

Darunter Anleihen im Auslande	3 430 600 Rtlr.
Inländische Schulden, darunter	17 861 641 „
Seehandlungsobligationen	40 656 745 „
Provinzielle Staatsschulden	4 407 569 „
Tresorscheine	5 000 000 „

Sa. 53 494 914 Rtlr.

100. Vgl. oben S. 13/14.

Diese ungünstige Entwicklung der Staatsfinanzen in den Jahren 1805/06 ändert aber nichts an der Tatsache, daß die finanzielle Gesundung des preußischen Staates vor 1806 mit den alten Methoden der damaligen Finanzverwaltung keine Utopie war, sondern durchaus auf realen Grundlagen beruhte.

II.

Die Münze.

Wenn in den Jahren 1797—1805 ein Staatsschatz von nahezu 13 Millionen Rtlr. angesammelt werden konnte, so war das, von den Überschüssen der Dispositionskasse abgesehen, nur durch eine Vermehrung der Scheidemünzprägung möglich; denn fast die Hälfte der 13 Millionen, nämlich ungefähr sechs Millionen, ist durch die hier erzielten Gewinne aufgebracht worden. Das war aber ein gefährliches Beginnen. Gewiß, für den Augenblick hatte man Geld; aber bei einem Umschlag, wie er dann 1806 eintrat, mußten sich die schweren volkswirtschaftlichen Schäden eines solchen Handelns infolge eines rapiden Falles des Kurses der Scheidemünze zeigen. Uns interessiert hier lediglich, welche Stellung Schulenburg, der zwar erst nach dem Tode des Ministers von Heinitz 1802 das Münzdepartement erhielt,¹⁰¹ aber schon unter Friedrich dem Großen und dann vor allen Dingen als Generalkontrollleur der Finanzen an den Münzgeschäften einen regen Anteil genommen hatte, zu diesem Problem einnahm. Von 1764, also dem Jahr, in dem die im siebenjährigen Kriege erfolgte Münzverschlechterung beseitigt wurde, bis zum Tode Friedrichs des Großen waren 26 Millionen Scheidemünze geschlagen worden;¹⁰² davon lagen über acht Millionen im Tresor, 5½ liefen in Polen um und nur die restlichen 12½ verkehrten im Inlande.¹⁰³ Diese Summe hielt man beim Regierungswechsel 1786 noch für zu hoch und zog weitere vier Millionen ein. In den nächsten Jahren wurde nur wenig Scheidemünze geprägt; doch dabei sollte es nicht bleiben. Denn mit der Er-

101. Vgl. oben S. 36, Anm. 48.

102. Heinitz gibt in einem Briefe an Struensee vom 28. Februar 1798 nur etwas über 22 Millionen an. Gen.Dir. Münzdepartement Tit. XLIII. 21.

103. Acta Bor. Münzwesen IV, S. 28 f.

schöpfung des preußischen Staatsschatzes 1795 waren zugleich die im Tresor befindlichen acht und die vorher dem Verkehr entzogenen vier Millionen Rtlr. an Scheidemünze wieder verausgabt worden. In Preußen und überall, wo preußische Heere standen, liefen gegen 26 Millionen Rtlr. Scheidemünze um, von denen die im Westen Deutschlands und in den Niederlanden verausgabten bald wieder nach Preußen zurückkehrten. Diese Summe wurde in den Nöten des Krieges noch durch den verhängnisvollen Entschluß, neue Scheidemünze in großen Mengen zu prägen, vermehrt. Man fertigte in den Jahren 1793—1806 für 25½ Millionen Scheidemünze an; davon entfielen allein auf die Zeit Friedrich Wilhelms II. über acht.¹⁰⁴ Damit hörte man auf die Scheidemünzprägung, wie es allein richtig war, als ein wirtschaftliches Problem zu betrachten; man fragte jetzt nicht mehr, ob ein wirkliches Bedürfnis dafür vorläge, sondern nur noch, wieviel der Staat bei dieser Operation verdienen könnte. Trotz der vermehrten Prägung herrschte aber bei der Armee fortwährend Mangel an Scheidemünze, während die Heimat zu viel davon hatte. Das lag daran, daß die von den Truppen verausgabte Scheidemünze zum größten Teile zurückkehrte. Die Regierungen am Rhein setzten nämlich den Münzwert der fremden Münzen herab; preußische, besonders Breslauer Kaufleute, kauften nun dort die Scheidemünzen billig auf und schafften sie in ihr Ursprungsland zurück, wo sie zwar auch nicht mehr den ursprünglichen Wert hatten, aber doch noch viel mehr galten als im Auslande. Deshalb mußte man der Armee wieder neue schicken. Statt daß die Regierung nun diese im Lande einzog,¹⁰⁵ schlug sie des Münzgewinnes wegen neue, aber auch wieder solche, die nicht im Auslande blieben. Als im April 1795 Frieden geschlossen wurde, ging die Scheidemünzprägung infolge der finanziellen Notlage des Staates doch weiter, da man Mittel zur Tilgung der Staatsschulden und zur Ergänzung der Kassenbestände brauchte. Im ganzen müssen beim Tode Friedrich Wilhelms II., wenn wir die bei seinem Regierungsantritt im Um-

104. Acta Bor. Münzwesen IV, S. 588.

105. Nur in Frankfurt am Main ließ Struensee große Summen preußischer Münzen mit Seehandlungsassignationen aufkaufen.

lauf gewesenen 26 Millionen und die im Verlaufe seiner Regierung geprägten acht Millionen zusammenziehen, 34 Millionen Scheidemünze vorhanden gewesen sein. Diese Summe wird aber in Wirklichkeit nicht mehr zirkuliert haben: Einmal verlor sich ein Teil der Scheidemünze, wenn sie eine geraume Zeit im Umlaufe gewesen war, und zerbrach;¹⁰⁶ dann sind die in die Rheingegenden zur Bezahlung der Armee und anderer Kriegsbedürfnisse ausgeführten Mengen nicht vollständig in die preußischen Staaten zurückgeflossen, da die preußischen Scheidemünzen in großen Massen durch kaiserliche Beauftragte aufgekauft, eingeschmolzen, zu einem weit geringeren Gehalt wiederum ausgeprägt und zur Besoldung der österreichischen- und Reichstruppen verwandt wurden; vielleicht werden noch 30 Millionen im Umlauf gewesen sein.

Schulenburg trat bald nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. für eine gänzliche Einstellung der Scheidemünzprägung ein, da die zu häufige Zirkulation der Scheidemünze und der bei dem geringen Silbergehalt derselben gegen Kurant unausbleibliche Verlust beim Auswechseln dieser Münzsorten dem Handelsverkehr nachteilig sei und besonders die ärmere Klasse der Bürger, Manufacturisten und Landleute bedrücke.¹⁰⁷ An Struensee, der 1787 noch eine neue Scheidemünzprägung abgelehnt hatte, dann aber im Verlaufe des ersten Koalitionskrieges aus finanziellen Gründen zu ihrem ersten Verteidiger geworden war, schrieb er, er könne zur Zeit nicht zu ihrer Fortsetzung raten, weil dem Staate die Mittel fehlten, sie auszugeben, die erst vorhanden sein würden, wenn ein Krieg ausbreche und die Armee an den Grenzen stehe. Und als Struensee darauf erwiderte, man könne Scheidemünze prägen, wenn man nur das Silber zu bezahlen vermöge und man es so einrichte, daß keine neue Scheidemünze in Umlauf komme, da wiederholte Schulenburg, Operationen mit der Scheidemünze in ganz großer Menge halte er nicht für richtig.¹⁰⁸ Er gehörte also zu den Gegnern der

106. Diese Einschränkung muß auch sonst bei allen Zahlenangaben der Scheidemünze gemacht werden.

107. An Heinitz, 19. März 1798. Gen.Dir. Münzdepartement Tit. XLIII. 21.

108. Schulenburg an Struensee, 17. u. 23. August; Struensee an Schulenburg, 20. August 1798. Rep. 109. I. 1.

finanziellen Behandlung der Scheidemünzprägung, allerdings, wie wir gleich sehen werden, nur vorübergehend. Gegen die übermäßige Scheidemünzprägung hatte sich übrigens vorher auch schon Heinitz gewendet. Er stellte dem Könige vor, daß man zwar durch die auf Struensees Vorschlag 1793 wieder begonnene übermäßige Scheidemünzprägung $1\frac{1}{2}$ Millionen Rtlr. gewonnen habe, gleichzeitig aber der Scheidemünzbestand auf $30\frac{1}{2}$ Millionen Rtlr.¹⁰⁹ gestiegen sei, eine Summe, die für acht Millionen Einwohner viel zu groß sei und daß auch gerade die Scheidemünze für die fremden Falschmünzer eine starke Versuchung darstelle.¹¹⁰

Schulenburg und Heinitz konnten sich aber gegen Struensee nicht durchsetzen, da der König hinter ihm stand. Wenn dieser auch gegen eine starke Scheidemünzprägung Bedenken hatte, so schienen sie ihm nicht wichtig genug; denn er entschied sich für Struensee, also für die Weiterprägung. So sind im ersten knappen Jahrzehnt unter Friedrich Wilhelm III. über 17 Millionen Taler Scheidemünze, also mehr als doppelt soviel wie unter Friedrich Wilhelm II., geprägt worden. Vorübergehend gewannen allerdings im nächsten Jahre die Bedenken noch einmal die Oberhand. Als Struensee 1799 beantragte, ebenso wie 1798 für 50 000 Mark Feinsilber Scheidemünze zu prägen, verweigerte der König seine Zustimmung, da er erst die Wirkung der neu in Umlauf gesetzten Mengen abwarten wollte; er befahl ferner Struensee zu berichten, ob die Handelsbilanz so stehe, daß der Wert des anzukaufenden Silbers gewonnen werde, oder ob nicht vielmehr ebenso viel grobes Kurant dafür ins Ausland gehe, der Zirkulation entzogen und vielleicht gar im Ausland mit Gewinn eingeschmolzen werde. Die Bedenken des Königs konnte Struensee nicht zerstreuen.¹¹¹ Wenn er behauptete, daß eine solche Operation keinen nachteiligen Einfluß auf die Handels-

109. Genau: 30 490 541 Rtlr. 8 Gr.

110. Heinitz an den König, 17. Februar 1798. Gen.Dir. Münzdepartement Tit. I. 1.

111. Kab.Ord. an Struensee, 3. September 1798; Struensee an den König, 7. Januar; Kab.Ord. an Struensee, 12. Januar; Struensee an den König, 14. Januar; Kab.Ord. an Struensee, 19. Januar 1799. Gen.Dir. Münzdepartement Tit. XLIII. 27.

bilanz habe, weil das metallische Vermögen des Staates dadurch nicht verringert werde, so war das nur teilweise richtig. Denn die 50000 Mark Feinsilber wurden doch den Hamburger Lieferanten nicht mit Scheidemünze, sondern mit gutem Gelde bezahlt, das im Lande mit Scheidemünze aufgekauft und wobei dem Volke dieses gegeben, jenes genommen wurde. In der Tat wurde die Bevölkerung um so viel Edelmetall ärmer, als der Gewinn des Staates und der Unternehmer betrug. Der König fragte schließlich Schulenburg um Rat und dieser setzte ihm auseinander, daß Struensee falsch schließe, wenn er der Ansicht sei eine solche Operation habe keinen Einfluß auf die Handelsbilanz. Das Silber müsse bezahlt werden; das geschehe entweder durch die Handelsbilanz oder, wenn diese nicht aktiv sei, durch Barsendungen von Kurant oder Gold. Der Wert komme zwar in Metall zurück; dieses werde aber in Scheidemünze verwandelt, die nur zur Ausgleichung im Staate, nicht aber auswärts verwandt werden könne. Wenn die Bilanz passiv sei, brächten die starken Scheidemünzprägungen Schaden; denn man müsse mit diesem Gelde das Silber äußerst teuer bezahlen. Und dann werde der Kurs der Scheidemünze nur künstlich hoch gehalten, indem die Seehandlung, sobald ihr negatives Agio über $1\frac{1}{2}\%$ zu steigen anfange, sie gleich zu diesem Preise einwechseln lasse. Man müsse eben eine Zeitlang keine prägen, um dem Silberpreis Zeit zu geben, sich wieder zu setzen.¹¹² Der König hörte diesmal auf Schulenburg und hielt es „in Ermangelung dringender Veranlassungen für zuträglicher, vor der Hand damit innezuhalten“.¹¹³

Es sollte aber nur ein Augenblickserfolg sein. Denn der König konnte seine an sich richtige Überzeugung bezeichnenderweise nicht durchsetzen. Nach kaum einem halben Jahre begann die Scheidemünzprägung von neuem und zwar gleich in bisher nicht gekannten Ausmaßen, wozu die fehlende Beschäftigung in den Münzstätten und verschiedene Klagen über Mangel an Scheidemünze, besonders in Schlesien, den ersten Anlaß gaben. Ein Mangel an Scheidemünze in Schlesien, wo immer

112. Schulenburg an den König, 16. Januar 1799. Rep. 89, 106 A.

113. Kab.Ord. an Heinitz, Dessau 5. Juli 1799. Gen.Dir. Münzdepartement Tit. XVII. 37.

viel nach Polen abfloß, oder auch in anderen Gegenden war durchaus möglich; aber eine solche zeitweilige und lokal begrenzte Nachfrage bot noch keinen genügenden Grund, um gleich ungeheure Massen neuer zu schlagen. Die Silberlieferung wich jetzt übrigens insofern von der früheren ab, als der Lieferant lediglich noch das Silber besorgte, während die Beschaffung des Kupfers und der Vertrieb der Münzen Sache der Münzverwaltung wurden.¹¹⁴

Da aber die Prägung der Scheidemünze mit der Lieferung des Silbers nicht Schritt halten konnte, traf Schulenburg, um Verwicklungen vorzubeugen, weiterhin die Einrichtung, daß, nachdem alle Bestände Trinitatis 1802 ausgemünzt worden waren, zwar weitere 100 000 Mark geliefert werden sollten, aber nur in bestimmten monatlichen Raten von 10 000 Mark;¹¹⁵ soviel konnten die Münzstätten bewältigen. Wir bemerken hier die auffallende Tatsache, daß Schulenburg, den wir bisher nur als Gegner der übermäßigen Scheidemünzprägung kennen gelernt haben, die verstärkte Münzprägung selbst beantragte und auch ihre Durchführung leitete. Dieser Umfall ist nicht schwer zu erklären. Schulenburg war nämlich inzwischen zu der, wie sich bald herausstellen sollte, irrigen Überzeugung gekommen, daß, solange die Handelsbilanz aktiv sei, eine stärkere Anhäufung

114. Kab.Ord. an Heinitz, 9. Dezember; Schulenburg an Heinitz, 18. Dezember 1799. Gen.Dir. Münzdepartement Tit. XLIII. 26.

Im ganzen wurden folgende Feinsilberlieferungen für die Scheidemünzprägung abgeschlossen:

Mark Feinsilber	Abgeschlossen		Die Lieferung wurde beendet	
100 000	Ende	1799	Trinitatis	1801
50 000	Trinitatis	1801	Trinitatis	1802
100 000	Trinitatis	1802	März	1803
100 000	April	1803	Februar	1804
100 000	Februar	1804	Dezember	1804
100 000	Dezember	1804	Oktober	1805
100 000	Oktober	1805	Juli	1806

115. Schulenburg an den König, 10. Januar 1802. Rep. 89, 106 A.

der Scheidemünze im Lande nichts schade, wenn er auch zugeben mußte, daß die Scheidemünzprägung als Finanzoperation nur eine versteckte, auf sämtliche Staatsbewohner sich erstreckende allgemeine Auflage bedeute.¹¹⁶ Damit gab er seinen ursprünglichen richtigen Standpunkt auf und stellte sich jetzt auf die Seite derer, die dieses Problem nicht lediglich wirtschaftlich, sondern vor allem finanziell betrachteten.

Ja, als im Herbst des Jahres 1805 infolge des Durchmarsches der Franzosen durch Ansbach Friedrich Wilhelm III. sich endlich der Koalition gegen Napoleon anzuschließen schien und man den Krieg für unvermeidlich hielt, beantragte Schulenburg die Scheidemünzprägung noch zu erweitern. Er wollte auf diese Weise den Staat wenigstens finanziell für die kommende Auseinandersetzung mit Frankreich sicherstellen. Während 1804/05 2½ Millionen Rtlr. Scheidemünze hergestellt wurden, stieg ihre Zahl 1805/06 auf über drei Millionen. Diese Steigerung erreichte Schulenburg dadurch, daß er den Lieferanten bewog, neben der noch kontraktmäßig fortlaufenden Silberlieferung von 10 000 Mark monatlich weitere 5000 Mark zu liefern. Dabei setzte er aber voraus, daß das damals geschaffene Papiergeld, die Tresorscheine, nur als Kurant, nicht als Scheidemünze in den Verkehr komme, weil sonst die Überschwemmung mit dieser zu groß werden würde.¹¹⁷ Wenn auch dann die Kriegsgefahr noch einmal vorüberging, so wurde doch die Scheidemünzprägung mit ungeschwächtem Eifer weitergeführt; noch im Juni, Juli und August 1806 entstanden allein für eine halbe Million Taler Groschen. Diese enormen Mengen wurden durch eine umfangreiche Falschmünzerei weiter vermehrt und dadurch der Überfluß noch größer. Der Krieg hat dann aber die Folgen dieser leichtsinnigen und verderblichen Münzpolitik, für die Schulenburg neben Struensee und dem Könige, der ersterem mehrere Male seine Anerkennung für seine „einsichtsvolle Leitung“ der Münzgeschäfte ausgesprochen hat, die Hauptverantwortung trägt, schonungslos aufgedeckt.

116. Schulenburg an Beyme, 2. Dezember 1801. Rep. 89, 106 A.

117. Schulenburg an den König, 1. November 1805. Rep. 89, 106 A.

III.

Die Bank.

Im engen Zusammenhange mit Schulenburgs eigentlichem Aufgabenkreise steht die Verwaltung der Bank. Sie ist das einzige seiner sonstigen Departements, in dem sich sein Einfluß noch greifen läßt. Sie ist auch dasjenige Departement, welches er am längsten verwaltet hat. Über 30 Jahre von 1771—1805, also vom Anfang bis ungefähr zum Ende seiner langen Ministerlaufbahn, mit Ausnahme der Zeit zwischen dem 3. Dezember 1786 und dem 16. Mai 1790, stand die Bank unter seiner Leitung. Uns interessieren hier nur die Jahre unmittelbar vor 1806, wenn wir auch gelegentlich auf die frühere Zeit zurückgreifen werden. Werfen wir zunächst einen Blick auf den Zweck der Bank. Sie sollte nach den Absichten ihres Gründers, Friedrichs des Großen, nicht nur den Handel durch kurzfristige Kredite unterstützen, sondern auch die Aufgaben einer gemeinnützigen Wohlfahrtsanstalt erfüllen. Als solche mußte sie alle ihr von den Gerichten, den Minderjährigen und den öffentlichen Anstalten zufließenden Gelder annehmen, und zwar gegen sofortige oder kurzfristige Rückzahlung. Dies ging aber teilweise so weit, daß der erstere Zweck von dem letzteren fast ganz verdrängt wurde. Die Bank übernahm immer mehr die Aufgaben einer Sparkasse, die es damals noch nicht gab. Damit veränderte sich auch ihr Charakter; aus einer Giro- und Notenbank entwickelte sie sich in steigendem Maße zu einer Depositenbank. War der Depositenverkehr zuerst nur Mittel, so wurde er später Zweck.

Dabei waren aber ihre Grundlagen sehr schwach. Ihr ursprüngliches Vermögen bestand überhaupt in 450 000 Rtlr. Geld und in 1 325 000 Rtlr. Banknoten, von denen sie aber wenig Gebrauch gemacht hat; denn 1806 zirkulierten nur 584 264 Rtlr. Dieses so einträgliche Geschäft wurde durch den Überfluß an Depositen lahmgelegt. Friedrich der Große hatte dann noch das Vermögen der Bank durch 8 880 000 Rtlr. Magdeburgische Furagegelder verstärkt;¹¹⁸ von diesem ursprünglichen Vermögen

118. Von letzterer Summe hatte die Bank Friedrich Wilhelm II. vier Millionen Rtlr. „zum selbsteigenen Bedarf“, gegen Verzinsung von 3% oder 120 000 Rtlr. jährlich aus der Dispositionskasse, zahlen müssen, von denen

der Bank waren 1806 noch 375946 Rtlr. 14 Gr. Geld und 4393883 Rtlr. Magdeburgische Furagegelder vorhanden.¹¹⁹

Da die Bank aus dem Gewinn kein Grundkapital ansammeln durfte, vielmehr sämtliche Überschüsse an die Dispositionskasse abgeliefert werden mußten, so war natürlich an eine Verstärkung ihres Vermögens gar nicht zu denken. Nur mit großer Mühe gelang es Schulenburg einen kleinen Reservefond für laufende Verluste einzurichten, der 1806 700000 Taler betrug. Der Hauptgrund dafür, daß Schulenburg nicht auf einer Verstärkung dieses Fonds bestand, lag in dem großen Überfluß an Geld, unter dem die Bank von Anfang an litt. Man hatte sowieso Millionen zinslos in den Bankgewölben liegen und wollte diese Summe auf keinen Fall vermehren; eine Einschränkung der Depositen wurde als undurchführbar verworfen, da man auf diese Weise viele kleinere Leute geschädigt hätte — es war nämlich damals sehr schwer, Kapitalien sicher anzulegen — und damit auch dem allgemeinen Wohlfahrtscharakter dieses Instituts zuwidergehandelt hätte. An der Verfassung der Bank selbst wagte Schulenburg nicht zu rütteln; dazu stand er noch zu sehr unter dem Banne Friedrichs des Großen, als daß er je daran gedacht hätte, die schon längst überholte Schöpfung dieses Königs den veränderten Zeitumständen anzupassen. Vor allen Dingen würde eine Einschränkung der Depositen auch die natürliche Folge gehabt haben, daß die Überschüsse zurückgegangen wären; das kam aber infolge der schlechten Finanzlage des Staates nicht in Frage. Daß auf der anderen Seite die Bank durch eine solche Politik in ihren Grundfesten erschüttert wurde, beachtete man nicht. Es ist hier Schulenburg nicht gelungen, zwischen den Ansprüchen des Staates und den eigenen Interessen der Bank einen beide Teile befriedigenden Ausgleich zu finden, vielmehr ist die Ablieferung hoher Überschüsse an den Staat nur auf Kosten der Solidität der Bank möglich gewesen. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß Schulenburg von seinen anderen Staatsgeschäften so sehr in Anspruch genommen wurde, daß er sich mit der Bank

ihr bis 1806 noch kein Pfennig zurückerstattet war. Denkschrift Steins vom 8. April 1806. Rep. 89, 11 B.

119. Vgl. oben S. 67, Anm. 118.

nicht intensiv genug beschäftigen konnte; er ließ vielmehr Alles beim Alten.

Die Depositen flossen sogar so reichlich, daß man die Zinsen von ursprünglich 3% erst auf 2½ und schließlich auf 2% herabsetzen konnte; nur Mündelgelder wurden nach wie vor mit 3%, Kapitalien von Kirchen, Schulen und Stiftungen mit 2½% verzinst. Trotzdem stiegen die Einlagen bei der Bank in der Zeit von 1769 bis 1806 von 704475 Rtlr. auf 29581791 Rtlr.,¹²⁰ hatten bereits 1804 32893204 Rtlr. betragen, eine Summe, die erst wieder um die Mitte des 19. Jahrhunderts erreicht worden ist.

Diese unbegrenzte Annahme von Geld war an und für sich noch nicht gefährlich; es kam nur darauf an, wie die Bank ihre Kapitalien verwertete. Sie unterstützte den Handel, indem sie kaufmännische Papiere diskontierte und auf gute Papiere und Waren lieh, und sie gab weiterhin Vorschüsse an Gutsbesitzer.¹²¹ Dabei sind nun die entscheidenden Fehler begangen worden. Einmal legte die Bank ihre Fonds durch Prolongationen und zu großen und auch zu langen Kredit, den sie einigen wenigen Häusern gab, fest. Und da weiter die der Bank zufließenden Fonds zu groß waren, um sie vollständig in bankmäßigen Geschäften anzulegen oder sie wenigstens darin mit Gewinn zu beschäftigen, der Staat aber hohe Dividenden von der Bank verlangte, kamen die Leiter der Bank auf den unglücklichen Gedanken, einen großen Teil der Gelder gegen hohe Zinsen auf Hypotheken, die gewiß ihre Vorteile hatten, aber in Zeiten der Not nicht schnell genug realisiert werden konnten, auszuleihen. Als die neuen polnischen Provinzen dem Staate angegliedert wurden und die süd- und neuostpreußischen Gutsbesitzer von der Regierung Vorschüsse verlangten, um ihre ausgesaugten Ländereien wiederherzustellen, war Schulenburg bereit mit den bisher brachliegenden Bankgeldern auszuhelfen. Sicher war es Aufgabe des Staates seinen neuen Untertanen zu Hilfe zu kommen. Aber das durfte nur mit allgemeinen Staatsmitteln ge-

120. Davon stammten von Privatpersonen: 16904472, von öffentlichen Anstalten: 5655087 und von Minderjährigen: 7022231 Rtlr.

121. Die Summe der von der Bank ausgeliehenen Kapitalien stieg in den Jahren 1766 bis 1806 von 38788 auf 33387516 Rtlr.

schehen, nicht mit den der Bank anvertrauten Depositen; letztere übernahm hier doch ein zu großes Risiko. Denn 1806 lagen fast zwei Fünftel der ausgeliehenen Kapitalien, nämlich 12 Millionen, in Hypotheken fest, davon allein 8807205 Rtlr. in den neuen polnischen Provinzen. Wenn Schulenburg helfen wollte, so durfte er noch lange nicht gleich fast neun Millionen, eine für die damalige Zeit gewaltige Summe, ein Drittel des jährlichen Etats, in diese unsicheren Gebiete hineinstecken.

Aber die Nachteile dieser Geschäftsgebarung machten sich nicht sogleich bemerkbar. Im Gegenteil, infolge der vermehrten Geschäfte und der gleichzeitigen wirtschaftlichen Hochkonjunktur erlebte die Bank eine gewaltige Scheinblüte, die besonders in dem Ansteigen der Gewinne zum Ausdruck kam. Während der Bankgewinn 1797/98 nur 288000 Rtlr. betrug, stieg er 1798/99 auf 361000 Rtlr. Die beiden folgenden Jahre brachten sogar je 422000 Rtlr.; ein kleiner Rückgang 1801/02 um 17000 Rtlr. hatte seinen Grund in der Natur der Geld- und Bankgeschäfte, die bei veränderten Konjunkturen nicht immer einen gleichen Gewinn abwerfen können. Dieser Ausfall wurde schon im nächsten Jahre nicht nur gut gemacht, sondern mit 475000 Rtlr. ein neuer Höchstgewinn erzielt. 1803/04 überschritt man mit 516000 Rtlr. zum ersten Male die halbe Million und das Jahr 1804/05 ergab einen Überschuß von 578000 Rtlr.¹²² Der gesamte Bankgewinn betrug also von 1797—1805 3467000 Rtlr.

Erst 1805 zeigten sich zum ersten Male die Folgen der Bankpolitik Schulenburgs. Infolge des großen Geldabflusses nach den neuen polnischen Provinzen setzte nämlich eine starke Geldknappheit ein; die Bank war jetzt nicht mehr imstande, die eigentliche Aufgabe einer Bank, kurzfristige Kredite zu geben, zu erfüllen. Sie mußte vielmehr diese für den Handel so wichtigen Geschäfte auf die absolut sicheren einschränken, da die

122. Nach Steins Berechnung betrug der Gewinn dieses Jahres von dem angeliehenen Kapital im Durchschnitt nicht ganz 2%, dem ausgeliehenen Kapital ungefähr 1¾%. Rechnet man die Zinsen, welche für das angeliehene Kapital bezahlt worden sind und die Unkosten zur Unterhaltung der ganzen Maschine hinzu, so hat die Bank ihre ausgeliehenen Kapitalien ungefähr zu 4¼% benutzt, wovon 2⅓ auf die Zinsen des angeliehenen Kapitals, ⅞ auf die Unkosten und 1¾ auf den reinen Gewinn zu rechnen sind.

Hypotheken nicht so ohne weiteres und so schnell aufgekündigt werden konnten; und das gerade in dem Augenblicke, wo die Bank hätte regulierend und beruhigend auf die Geschäftswelt einwirken müssen. Da sie sogar Schwierigkeiten machte, auf Dukaten — von anderen sicheren Effekten gar nicht zu sprechen — zu leihen, stieg der Diskont auf 12%; in Breslau stand er zeitweilig sogar auf 18%.¹²³

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß das Abwandern so vieler Kapitalien nach Südpreußen allein die große Geldknappheit des Jahres 1805 verschuldet hat. Daneben brauchten die Kaufleute gerade jetzt größere Summen, weil viele bedeutendere Geschäfte gemacht hatten, als sie nach ihrem Vermögen in der Lage waren, dann aber auch deshalb, weil der Kaufmann bei dem hohen Preise aller Gegenstände ein viel größeres Kapital zum Einkauf seiner Waren benötigte als vorher. Dazu vermehrte sich noch der Ausfluß des Geldes bedeutend durch die hohen Preise der Kolonialwaren und Weine, wogegen die wichtigsten Quellen des Geldzuflusses, Leinwand und Getreide, seit einiger Zeit letztere beinahe ganz und erstere zum großen Teil ausfielen. Da man ferner seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. das alte Tresorquantum wiederherzustellen suchte, wurden weitere Millionen dem Verkehr entzogen. Auf eine kurze Formel gebracht: die Geldbedürfnisse waren größer, der Geldzufluß geringer und dabei hatte der Geldausfluß noch zugenommen.

Dennoch hat die Bank diese Krise überstanden und zwar nur auf Grund des Kredites, den sie bei der Bevölkerung besaß. Wäre es jetzt zu einem Run des Publikums auf die Bank gekommen, sie hätte sofort ihre Schalter schließen müssen und damit großes Unheil angerichtet. Aber dieser Fall trat nicht ein. Und das ist eine der positiven Leistungen Schulenburgs, daß er in den dreißig Jahren, die dieses Institut unter seiner Leitung stand, das Publikum so ausgezeichnet erzogen hatte, daß es auch in Zeiten der Not unbedingt auf die Bank vertraute. Daß sie ein Jahr später infolge außergewöhnlicher Umstände doch zahlungsunfähig wurde, tut dieser Leistung keinen Abbruch.

123. H. v. Poschinger, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen, I. S. 135.

Der Geldmangel des Jahres 1805 hatte noch zur Folge, daß der König Stein aufforderte, die Ursachen dieses Übels festzustellen, zu seiner Abhilfe Vorschläge zu machen und sein Gutachten abzugeben, ob dies nicht dadurch bewirkt werden könne, daß die Bank und die Seehandlung keine südpreußischen Obligationen mehr beleihen, vielmehr die schon darauf ausgeliehenen Fonds allmählich zurückziehen; daß die gerichtlichen- und Pupillendepositenkassen, die, den Fall ausgenommen, wo die Interessenten und Vormünder selbst darauf antragen, ihre Gelder nicht außerhalb der Provinz und nur auf Unterpfänder innerhalb derselben austun dürften, die aber schon dagegen ausgeliehenen ebenfalls allmählich zurückziehen; und daß schließlich andere allgemeine Kassen wie z. B. die allgemeine Witwenkasse, die Generalinvalidenkasse usw. zu einem gleichen Verfahren angewiesen werden sollten.¹²⁴ Stein war dazu die geeignetste Persönlichkeit, da er jetzt an Stelle von Schulenburg selbst die Bank verwaltete. Nach dem Tode Struensees wurde er nämlich durch die Kabinettsordre vom 27. Oktober 1804 zum Minister ernannt und ihm das Akzise- und Zoll-, sowie Fabrik- und Kommerzdepartement beigelegt; eine weitere Kabinettsordre vom 10. November desselben Jahres übertrug ihm auch die Leitung der Bank und Seehandlungssozietät nebst der damit verbundenen Generalsalzadministration und des Staatsschuldenamortisationsfonds in der Art, daß er zwar alle Autorität und Verantwortlichkeit als Chef übernehmen, in wichtigen Dingen aber mit Schulenburg Rücksprache nehmen sollte, wie überhaupt letzterer infolge seiner „vieljährigen Erfahrung und gründlichen Personen- und Sachkenntnis“ die Oberleitung führen sollte,¹²⁵ die er indessen im Herbst 1805 auch Stein überließ, womit er einen auf die Dauer unhaltbaren Zustand beendigte.

124. Kab.Ord. an Stein, 12. Oktober 1805. Diese hier Stein zur gutachtlichen Äußerung vorgelegten Punkte gehen auf Beyme zurück, der sie in einem Schreiben an Schulenburg vom 9. August 1805 zum ersten Male aufgestellt hatte. Rep. 89, 11 B.

125. Diesem Verhältnis hat Stein ausdrücklich zugestimmt. „Gegen das in der Kab.Ord. angedeutete Verhältnis zu dem Grafen Schulenburg habe ich gar nichts einzuwenden.“ Stein an Beyme, Münster 3. November 1804. E. Botzenhart, Freiherr vom Stein I. S. 548 f.

In seinem Berichte,¹²⁶ den er erst am 8. April 1806 einreichte, kritisierte nun Stein die Bank in Grund und Boden. Allerdings ging er von ganz anderen Voraussetzungen aus als Schulenburg; er nahm sich die Banken von Paris und London zum Vorbild, mit denen die Berliner ja nur sehr wenig gemein hatte. Denn diese ausländischen Banken waren Privatbanken, besaßen eigenes durch Aktionäre aufgebracht Vermögen, das sie durch Zurückhaltung eines Teiles des Reingewinnes verstärkten. Sie vermieden es ihre Gelder auf Grund und Boden festzulegen, befaßten sich vielmehr nur mit Geschäften, die sich schnell und leicht abwickeln ließen, waren also in allem das Gegenteil zur Berliner Bank. Deshalb wollte Stein alle nicht eigentlich zu einer Bank gehörigen Geschäfte aufgeben. Vor allem wies er auf die gefährliche und auch für den Staat nachteilige Lage hin, in welche die Bank bei einer Krise kommen mußte, da sie nur einen geringen Fond habe, diesen nicht durch Einbehaltung eines Teiles ihrer Überschüsse verstärke, den größten Teil ihres arbeitenden Kapitals verzinse, und da sie ferner alles ihr angebotene Geld ohne Einschränkung und Rücksicht auf ihren Bedarf annehme, und zwar mit der Bedingung der sofortigen Rückzahlung. Deshalb könne sie bei großem Andrang den Forderungen der Gläubiger auf Rückzahlung nicht nachkommen, da sie nicht imstande sei, die Geschäfte mit ihren Schuldnern ebenso schnell abzuwickeln, wie die Forderungen um Geld an sie ergehen. Sie schwebe also in der dauernden Gefahr ihre Kasse schließen zu müssen. In diesem Falle würde der Wert der Bankobligationen fallen, das Vermögen der Bankgläubiger erschüttert und überhaupt in allen Geldgeschäften eine sehr große Verwirrung eintreten, da die Kassenbestände vieler großer Handlungshäuser der Bequemlichkeit und des Zinsertrages halber bei der Bank niedergelegt seien. Dieser Zustand hätte jetzt schon sehr leicht eintreten können. Für den Staat sei dagegen die gegenwärtige Verfassung der Bank deshalb nachteilig, weil sie alle seine Anleihen störe; denn jede inländische zu 4% eröffnete Anleihe habe zur Folge, daß die zu 2 bis 3%

126. Rep. 89, 11 B. Vgl. M. Lehmann, Stein I. S. 372 ff.; G. Ritter, Stein I. S. 207.

in der Bank befindlichen Fonds ihr zuerst entzogen würden. Um nun die Bank nicht in Verlegenheit zu bringen, müsse man diese Anleihen bezüglich ihrer Ausdehnung und ihres Zinsfußes begrenzen. Dadurch, daß sie ferner alles ihr angebotene Geld ohne Rücksicht auf ihren Bedarf annehme, sei die Notwendigkeit eingetreten, einen großen Teil ihres ihr auf unbestimmte Zeit gegebenen Geldes auf Hypotheken anzuleihen und damit die Aufgaben einer Anleiheanstalt zu übernehmen. Diese Verrichtungen seien aber für die Bank nachteilig, da auf diese Weise ein Geschäft, welches man zweckmäßiger und vorsichtiger den Privatgläubigern überlasse, die ihren Schuldner viel besser kennen, in die Hände einer öffentlichen durch Beamte geleiteten Anstalt, welche die Zahlungsfähigkeit der Schuldner nicht mit derselben Sachkenntnis und Strenge beurteilen könne, gerate. In diesem Zusammenhange tadelte Stein noch, daß die Bank nicht einmal für richtige Einkassierung der Zinsen gesorgt, ja, daß man den Schuldnern teilweise gestattet habe, die fälligen Zinsen mit neuen hypothekarischen Operationen zu decken. Nach der Ansicht Steins wäre es viel besser gewesen, wenn die Bank an Stelle von Hypothekenverpfändungen Staatspapiere angekauft hätte; denn in Zeiten der Not hätte man diese viel schneller in bares Geld umwandeln können als die hypothekarischen Forderungen. Das hatte aber Schulenburg absichtlich nicht getan, weil er nicht den Eindruck erwecken wollte, daß sich die Berliner Bank wie die Pariser und Londoner als staatliche Unterstützungsanstalt gebrauchen ließ. Doch damit erreichte er nur, daß die Seehandlung unter Struensees Leitung diese Geschäfte aufgriff und sich aus einer See- und Salzhandlung immer mehr in eine Bank umwandelte.

Nach dieser vortrefflichen und klaren Schilderung der gefährlichen Lage der Bank wandte sich Stein ihren nach seiner Ansicht wesentlichen Aufgaben zu, denen sie immer mehr entfremdet worden war. Für die erste Bestimmung der Bank hielt Stein, die ungenutzt und zerstreut liegenden Geldbestände zu sammeln und zu beschäftigen, auf leicht zu realisierende Gegenstände Vorschüsse zu geben, dem Kaufmann und dem Produzenten zu ermöglichen, ihre Geschäfte hauptsächlich durch Erspareung großer barer Kassenbestände auszudehnen. Die Bank

müsse überhaupt häufig Geschäfte machen und besonders solche, die sich in kurzen Terminen abwickeln, weil sie dadurch erst in die Lage komme, die Solidität ihrer Schuldner zu beurteilen. Vorher war es aber unbedingt nötig die Bank aus ihrer prekären Lage zu befreien. Zu diesem Zwecke forderte er vor allen Dingen die Einziehung der Hypotheken. Damit aber die Gutsbesitzer in Süd- und Neuostpreußen nicht in Verlegenheit kämen, sollte ein Kreditsystem eingerichtet werden. Dann wollte er aus den Überschüssen einen Bankfonds schaffen; außerdem dürfe die Bank nur soviel Geld annehmen, wie sie zur Erfüllung ihrer ursprünglichen Zwecke gebrauche. Da sie 29 Millionen schuldig sei, wenigstens 12 Millionen in hypothekarischen Geschäften stecken habe, so seien zum Betrieb ihrer eigentlichen Geschäfte ungefähr 17 Millionen fremdes Geld nötig. Das könne sie sehr leicht erhalten aus den Waisen- und Depositengeldern und den Fonds der milden Stiftungen, im ganzen 12677000 Rtlr., die Stein gegen Bankobligationen zu 3% mit achtzehnmonatlicher Kündigungsfrist annehmen wollte und worauf in allen Bankbureaus beständig eine Anleihe offengehalten werden sollte; dann durch Einbehaltung eines Teiles der bisher abgelieferten Überschüsse, auf Abschlag einer Forderung, die die Bank noch an die Dispositionskasse hatte,¹²⁷ und endlich durch eine gegen 3% Obligationen zu eröffnende Anleihe mit geräumigen Kündigungsterminen, wobei die Tresorscheine wie bares Kurantgeld angenommen werden sollten. Diese Anleihe könne man entweder zum Betrieb der ihrer Bestimmung angemessenen oder ihr vom Staate zugewiesenen Geschäfte, oder, wenn die Fonds verfügbar seien, zur Einlösung 4% Staatsobligationen benutzen; mit der Bedingung der sofortigen Rückzahlung wollte er überhaupt kein Geld mehr annehmen, von Privatpersonen nur noch unverzinslich auf laufende Rechnung. Dabei war es selbstverständlich, daß sich mit der Aufkündigung der Hypotheken und der Einschränkung ihrer Geschäfte der Gewinn der Bank erheblich verringern würde. Diesen Verlust glaubte Stein aber ausgleichen zu können durch die größere Lebhaftigkeit der von der Bank zu machenden Diskonto- und Lombardgeschäfte, durch

127. Vgl. oben S. 67, Anm. 118.

vorsichtigere Geschäftsführung, wobei er manchen bedeutenden Verlust vermeiden zu können hoffte, und durch Übernahme verschiedener sich jetzt in den Händen von Privatpersonen befindlicher ertragreicher Staatsgeschäfte durch die Bank, namentlich der Gold- und Silberlieferungen für die Münze, und der Lotterien. Denn wenn er die Genehmigung des Königs für seine Pläne erlangen wollte, so mußte er unbedingt dafür sorgen, daß sich die Überschüsse nicht wesentlich verringerten. Schließlich forderte Stein ein neues Bankreglement, ein gut organisiertes Direktorium und eine Verbindung, aber keine Verschmelzung mit der Seehandlung, welche ja damals schon als Diskontoanstalt, als Staatsschuldenbehörde erschien.

Wir müssen den Forderungen Steins im wesentlichen zustimmen, da sie den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trugen. Es war eine Reihe von Fehlern begangen worden, die sich nicht entschuldigen lassen. Schulenburg sah sie auch selbst ein, wie sich aus seinem Briefwechsel mit Beyme ergibt,¹²⁸ betonte aber, daß er persönlich ruhig sein könne, da er mehrere Male sein Unvermögen erklärt habe, alle die ihm zugeordneten Partien en detail übersehen zu können. Die Erfahrungen, die Stein als Minister bei der Bank und den anderen vorher von Schulenburg verwalteten Departements machte, hatten auch zur Folge, daß er sein Urteil über letzteren vollständig änderte. Hatte er noch 1804 Schulenburg als „einen Mann von einem seltenen Scharfblick, einer unermüdeten kraftvollen Tätigkeit und einer ausgebreiteten Geschäftserfahrung“ bezeichnet,¹²⁹ so schrieb er jetzt in den Mitteilungen vertraulichen Charakters: „Man würde seine Verwaltung loben, wenn man sie schlecht nannte; die Verwaltung der Lotterie, der Münze, der Bank — waren gegen alle richtigen Grundsätze und voll der größten Mißbräuche“. Dabei muß aber immer wieder betont werden, daß Stein von ganz anderen Voraussetzungen ausging als Schulenburg; aus ihm sprach der Geist des 19. Jahrhunderts, während Schulenburg noch die Anschauungen aus der Zeit

128. Rep. 89, 11 B.

129. Stein an Beyme, Münster 3. November 1804. Vgl. oben S. 72, Anm. 125.

Friedrichs des Großen vertrat, die aber durch den allgemeinen Fortschritt auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens längst überholt waren. Stein hat übrigens trotz des eben erwähnten ablehnenden Urteils noch in der Nassauer Denkschrift vom Juni 1807 von dem „einsichtsvollen und erfahrenen Schulenburg“ gesprochen,¹³⁰ wie er überhaupt in den auf die Reorganisation bezüglichen Denkschriften sich mehrfach auf Schulenburgs Urteil berief und ihm noch in einem späteren Schreiben an Beyme volle Gerechtigkeit widerfahren ließ.¹³¹

130. G. H. Pertz a. a. O. I. S. 419.

131. E. v. Meier, Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg, S. 114.

Zweites Kapitel.

Sonderaufträge.

I.

Die Verhandlungen mit dem hannoverschen Ministerium wegen der Besetzung des Landes 1801.

Schon mehrere Male hatte ich Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die eigentlichen Geschäfte Schulenburgs im Laufe der Jahre immer mehr durch Sonderaufträge ersetzt wurden. Seit 1801 betraute ihn der König mit verschiedenen wichtigen Missionen, die ihn wieder mit der Außenpolitik, die er unter Friedrich Wilhelm II. nicht gerade mit großem Erfolge einige Jahre selbst geleitet hatte, in nähere Berührung brachten. Diese Tätigkeit Schulenburgs im Rahmen der Arbeit näher zu untersuchen, ist deshalb notwendig, weil er ihr in den letzten Jahren vor 1806 den größeren Teil seiner Arbeitskraft gewidmet hat; dann aber auch interessant, da sie uns in entscheidende Tage der preußischen Monarchie führt, als man noch die Möglichkeit hatte, durch ein entschlossenes Vorgehen das Gesetz des Handelns an sich zu reißen und die Katastrophe zu verhindern. Zeitlich an erster Stelle stehen hier die Verhandlungen, die Schulenburg 1801 mit dem hannoverschen Ministerium wegen der Besetzung des Landes durch Preußen führte.

Wir erinnern uns, daß der seit 1792 tobende Krieg zwischen Frankreich und England auch nach dem Frieden von Lüneville weiterging und daß Frankreich nicht übel Lust hatte, die deutschen Lande Georgs III. zu besetzen, zumal ja auch in Lüneville die Demarkationslinie, d. h. die Neutralität Norddeutschlands, die bisher von Preußen garantiert wurde, völkerrechtlich beseitigt worden war. Da es aber trotzdem erstes preußisches Interesse bleiben mußte, eine feindliche Besetzung des Kurfürstentums zu

verhindern, beschloß man in Berlin am 26. März Hannover selbst zu besetzen. Zu diesem Zwecke erhielt Schulenburg den Auftrag, sich mit dem hannoverschen Ministerium in Verbindung zu setzen und den Einmarsch der preußischen Truppen vorzubereiten. Bald nach seiner Ankunft in Hannover am 2. April morgens übergab er dem Kammerpräsidenten Grafen Kielmansegge eine Deklaration und äußerte dabei, daß er sich gemäß seinen Befehlen nicht auf Bedingungen und Einschränkungen einlassen könne, da keine Unterhandlung, sondern nur eine Unterwerfung in Frage käme, weshalb er eine schriftliche, kategorische und einstimmige Annahme der in der Deklaration enthaltenen Anträge und Forderungen erwarte; im Falle der Ablehnung würde er Hannover binnen zwei Stunden verlassen. Die Deklaration faßte zunächst noch einmal die Gründe zusammen, warum sich Preußen, „Seinen eingegangenen Verpflichtungen gemäß, genötigt sähe, nicht allein die Mündungen der Elbe, Weser und Ems zu verschließen, sondern auch zugleich sämtliche in Deutschland gelegenen Staaten Sr. Majestät, des Königs von Großbritannien und Irland, in Besitz zu nehmen“. Zu diesem Zwecke forderte die Deklaration die Demobilisierung der hannoverschen Armee und die Beurlaubung eines „verhältnismäßigen Teiles“ der sonst vorhandenen Truppen, dazu einen Revers der Offiziere mit dem Gelöbniß „gegen den König von Preußen nicht zu dienen, sondern vielmehr Höchstdessen Vorschriften bis nach ausgemachter Sache pünktlich zu befolgen“. Die bei den Fahnen bleibenden Mannschaften sollten sich auf das rechte Ufer der Leine, auf das linke der Aller und hinter die Luhe bis an die Elbe zurückziehen, durften aber die Residenzstadt Hannover sowie Gifhorn, Ueltzen, Lüneburg und die dazwischen gelegenen kleineren Städte besetzen. Schließlich besagte die Deklaration, daß der bisherige „Administrationsnexus“ zwischen den kurfürstlichen Landeskollegien und dem Könige von Großbritannien und Irland für jetzt aufgehoben und sämtliche Behörden folglich dem Könige von Preußen in ihrer Verwaltung und mit ihren Kassenbeständen allein verantwortlich blieben. Da übrigens seit dem Frieden von Lüneville der Neutralitätsverein des nördlichen Deutschland und mit ihm auch die bisherigen ständigen Beiträge aufgehört haben, so müsse Hanno-

ver selbstverständlich die Verpflegung der preußischen Truppen vom 1. Mai des Jahres an auf eigene Kosten übernehmen.

Diese Bedingungen waren durchaus annehmbar. Das hannoversche Ministerium war sich auch bei der Beratung der Deklaration darüber klar, daß eine möglichste Nachgiebigkeit unter allen Umständen das einzige Mittel sei, ein größeres Unglück zu verhüten. Doch verursachte die Abfassung der Gegenerklärung Schwierigkeiten, weil man das Prinzip „salvieren“ wollte, daß die Okkupation keine feindliche Maßnahme gegen die königlichen Lande sei und keine „Zueignung derselben unter die preußische Botmäßigkeit“ enthalte. Demgemäß gab man der Annahme Ausdruck, daß die kurfürstliche Zivilverwaltung nicht geändert werde und daß die hiesigen Truppen, ohne sich zu etwas verbindlich zu machen, was ihrem Diensteide entgegen wäre, in ihrer „Konsistenz und Verfassung“ gelassen würden. Obwohl Schulenburg auch keine Eingriffe in die innere Landesverwaltung plante und man sich auch bald über verschiedene die hannoverschen Truppen betreffenden Fragen einigte, so ließ er sich doch darauf nicht ein, sondern forderte Gegenerklärung und Revers genau so, wie es die Deklaration und seine Instruktion vorschrieben; am zweckmäßigsten würde es sein, ein feierliches Versprechen abzugeben, sich ganz dem Inhalte der Deklaration gemäß den Verfügungen und Anordnungen des Königs von Preußen zu unterwerfen. Darauf nahm das Ministerium noch an demselben Tage die Deklaration bedingungslos an, wobei die Nachrichten von dem Einrücken der Dänen in Lauenburg und von einer angeblichen Katastrophe der englischen Flotte bei der Durchfahrt durch den Sund, die sich aber später als eine Falschmeldung herausstellte, eine bedeutende Rolle spielten. Das Ministerium sah jetzt die Besetzung eher als eine zwar sehr bittere, aber doch lindernde Arznei an, wie sich Schulenburg in einem Berichte an Friedrich Wilhelm III. ausdrückte.

Schulenburg hatte übrigens durchblicken lassen, daß er über gewisse, die hannoverschen Truppen betreffenden Punkte mit sich reden lassen wolle. Noch an demselben Tage (3. April) kam es zu einer Zusammenkunft mit Vertretern des Ministeriums, wobei er besonders die Besorgnisse zerstreute, daß von den Offizieren etwas gefordert werde, was mit ihren Pflichten

und ihrem Eide nicht zu vereinbaren sei, namentlich daß man von ihnen verlange, gegen ihren König auf irgendeine Art zu dienen; Schulenburg forderte nur, daß sie sich passiv verhielten und nichts gegen die preußischen Truppen unternähmen. Bezüglich der Kantonnementsgrenze zwischen Aller und Luhe erklärte er, daß die Gegend zunächst der Aller nicht mit preußischen Truppen belegt werde; er überließ den Hannoveranern auch die Linie vom Ausfluß der Aller bis Winsen an der Luhe selbst zu wählen. Weiter wünschte Hannover die Gegend zwischen Leine und Weser mit Truppen belegen zu dürfen, weil in diesem Gebiete der größte Teil von vier Kavallerieregimentern stationiert sei, die man nur mit großen Nachteilen in das zugestandene Gebiet würde verlegen können, da dort Mangel an Furage herrsche. Hier gestattete Schulenburg eine Denkschrift einzureichen, für die er sich auch mit Erfolg beim Könige verwendete. Dagegen war er hinsichtlich Hamelns unnachgiebig, zumal in seiner Instruktion gerade die Auslieferung dieser Festung besonders betont wurde; sie wurde auch am 9. April von preußischen Truppen besetzt. Wegen des Bataillons in Osnabrück, das von den Osnabrückschen Ständen bezahlt wurde, wobei es natürlich im Interesse Hannovers lag, dasselbe dort zu lassen, erlaubte Schulenburg, daß es bis auf weiteres dort bliebe und daß deswegen in der oben erwähnten Denkschrift angefragt werde. Der König erklärte zwar, daß es „in Ansehung der Infanterie bei dem einmal angewiesenen Quartierstande unabänderlich verbleiben müsse“; trotzdem blieb dieses Bataillon auch fernerhin in Osnabrück, ebenso zwei weitere nebst vier Eskadrons Kavallerie im Hildesheimschen. Bezüglich Lauenburgs erklärte Schulenburg, daß es wegen der Dänen von Preußen besetzt werden müsse; dies würde durch Truppen von Berlin aus geschehen. Schließlich versicherte Schulenburg noch, daß Kuriere und andere Personen — mit preußischen Pässen versehen — ungehindert nach England übergehen könnten.

Wir sehen also Schulenburg bemüht, den Wünschen Hannovers soweit als möglich entgegenzukommen; von einem „schroffen Auftreten“¹ kann gar keine Rede sein. Wenn er

1. W. v. Hassel, Das Kurfürstentum Hannover vom Baseler Frieden bis zur preußischen Okkupation 1806, S. 39.

trotzdem keine gute Aufnahme fand,² so lag das schon in der Natur seines Auftrages, dann aber vor allen Dingen in dem geringen Verständniß für die Zwangslage, in der sich die preußische Politik damals befand. Obwohl man darüber unterrichtet war, glaubten die maßgebenden Persönlichkeiten, besonders der Minister Lenthe in London, der Vorgänger Münsters, fest, daß Haugwitz eine Offensivallianz mit Rußland und Frankreich gegen England abgeschlossen habe, deren Preis der Besitz Hannovers sein sollte; Lenthe ließ sich einfach davon nicht überzeugen, daß allein die blasse Furcht vor Frankreich die Politik des Grafen Haugwitz bestimmte. An eine Gefahr von Seiten Frankreichs wollte man nicht glauben. Man hielt das nur für einen Vorwand Preußens, um sein Vorgehen zu rechtfertigen. Wenn schon die maßgebenden Persönlichkeiten die Lage Preußens nicht erkannten und der Zickzacklinie der preußischen Politik nicht zu folgen vermochten, so sah erst recht die Bevölkerung in der Besetzung nur die Einleitung zu einer Annexion. Dazu gesellte sich noch ein gewisses Mißtrauen gegen Schulenburg selbst, wie Ludwig Ompteda bemerkt, „obgleich Graf Schulenburg im Äußeren die Manieren eines feinen Hofmannes streng beobachtete, auch in die äußeren Formen seines tief kränkenden Auftrages jede Linderung zu legen bemüht war“.³

Durch zwei Ereignisse wurde aber die Einigung zwischen Schulenburg und dem hannoverschen Ministerium vorübergehend in Frage gestellt. Das eine war das Einrücken der Dänen unter dem Prinzen Friedrich von Hessen in das zu Hannover gehörige Lauenburg, — wir erinnern uns, daß Dänemark damals mit England im Kriege lag — nachdem sie vorher schon Lübeck und

2. Er wurde von der Gesellschaft so schlecht behandelt, wie es unter solchen Umständen irgend gehen wollte. Man mied ihn, soviel man nur konnte, und beschränkte sich, da einige Höflichkeitsbezeugungen unvermeidlich waren, auf wenige steife Dinners bei den ersten Personen der Stadt. Der Kriegsrat von Ompteda, der nachherige Gesandte am preußischen Hofe, hatte sogar viele Kränkungen zu erdulden, weil Schulenburg, den er von Berlin her kannte, öfter in seinem Hause verkehrte. Von Ompteda, Ein hannoversch-englischer Offizier vor 100 Jahren, S. 60 ff.

3. Von Ompteda a. a. O. S. 60.

Travemünde besetzt hatten. Das hannoversche Ministerium erklärte nämlich daraufhin die Demobilisierung und Beurlaubung der Truppen aufschieben zu müssen, um dem Einmarsche der Dänen solange Widerstand leisten zu können, bis die preußischen Truppen einrücken würden; man befürchtete nach der Besitznahme von Lauenburg ein immer weiteres Vordringen der Dänen und glaubte bei der weiten Entfernung der preußischen Truppen selbst gegen einen Übergang der Dänen über die Elbe nicht gesichert zu sein. Auf wiederholte Gegenvorstellungen Schulenburgs versicherte man zunächst nicht über die Elbe zu gehen, schließlich jede Gegenwehr aufzugeben. Inzwischen hatte aber Preußen in Kopenhagen die Entfernung der dänischen Truppen gefordert, da seine eigenen Truppen sämtliche hannoverschen Lande, namentlich auch Lauenburg, besetzen würden. Infolgedessen räumten die Dänen, die schon vor Ratzeburg angekommen waren und die Stadt auf friedlichem Wege zu gewinnen suchten,⁴ wieder das Lauenburgische.

Ernster war der zweite Zwischenfall, der sich bei der Demobilisierung der hannoverschen Truppen ereignete. Um den Übergang auf Friedensfuß möglichst bequem durchführen zu können, berief man die Beurlaubten in die Garnisonen; dieses Zusammenströmen der Mannschaften gab zu dem Gerücht Anlaß, daß die Hannoveraner sich konzentrierten, um den Preußen Widerstand zu leisten. Der Generalleutnant von Kleist, der Oberbefehlshaber der preußischen Truppen, die, 15000 Mann stark, am 7. April die Grenze überschritten hatten und nach den ihnen angewiesenen Standquartieren an den Mündungen der Ems, Weser und Elbe marschierten, machte deshalb vorläufig halt; an die Hannoveraner erließ er den kategorischen Befehl, die Demobilisierung und Beurlaubung der Truppen sofort vorzunehmen, ohne daß die Mannschaft, die sich nicht schon bei den Fahnen befände, wieder einberufen würde. Auch die Offiziere, deren Anwesenheit nicht mehr unbedingt nötig sei, sollten

4. Eine eigentümliche Rolle spielte dabei der dänische Kanzler von Eyben, der dem Kommandanten wahrheitswidrig versicherte, daß nach einer mit Schulenburg abgeschlossenen Konvention Lauenburg von den dänischen Truppen besetzt werden würde und er selbst zum Präsidenten des Landes bestimmt wäre, worauf sich aber die Hannoveraner nicht einließen.

sich „anderswohin“ begeben. Schulenburg, der von diesen Maßnahmen vollständig überrascht war, konnte nur wahrheitsgemäß versichern, daß von hannoverscher Seite nicht das geringste zu befürchten sei. Obwohl sich Kleist daraufhin beruhigte und zwischen dem 15. und 24. April seine Quartiere erreichte, hatte der einmal entfachte Argwohn zur Folge, daß das Gesuch der Hannoveraner, die kleinen Städte zwischen Leine und Weser mit Infanterie besetzen zu dürfen, abgelehnt wurde. Erst nach langen Verhandlungen erhielten sie die Erlaubnis, die Festungen Hameln, Nienburg, Harburg und Stade mit kleinen Abteilungen zu besetzen, um die Vorräte und die Gefangenen zu bewachen.

Schulenburg aber hatte schon am 14. April Hannover verlassen; er konnte es in dem Gefühl tun, seinen Auftrag mit möglichster Schnelligkeit und vornehmer Zurückhaltung ausgeführt zu haben. Das hannoversche Ministerium hielt sich sogar für verpflichtet, ihm schriftlich „für die bei der Ausrichtung seines mit vielen und erheblichen Schwierigkeiten verbundenen Auftrages auf so mannigfache Weise bewiesenen wohlwollenden Gesinnungen“ zu danken,⁵ zugleich damit, ohne daß wir den Wert solcher Höflichkeitsschreiben zu hoch einschätzen wollen, sämtliche Behauptungen über sein „schroffes Auftreten“ Lügen strafend.

II.

Die Okkupation und Organisation der Entschädigungsprovinzen 1802/03.

Viel wichtiger war der zweite Sonderauftrag, den der König Schulenburg erteilte, nämlich die Besitznahme und Organisation der Entschädigungsprovinzen. Preußen erhielt damals in dem am 23. Mai in Paris mit Frankreich abgeschlossenen Verträge als Entschädigung für die abgetretenen linksrheinischen Gebiete den östlichen Teil von Münster mit der Hauptstadt, das Bistum Paderborn und die Abteien Herford, Essen, Elten und Werden, ferner das Bistum Hildesheim, das kurmainzische Eichsfeld mit Erfurt, die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar

5. Das hannoversche Ministerium an Schulenburg, 19. April 1801. Vgl. v. Sichert, Geschichte der Königlich-Hannoverschen Armee, IV. S. 711 ff.

sowie die Abtei Quedlinburg, nachträglich noch Kappenberg, im ganzen 230 Quadratmeilen für die im Baseler Frieden aufgegebenen 48.

Am 6. Juni 1802 wurde Schulenburg mit der Ausführung des Vertrages vom 23. Mai beauftragt.⁶ Daß der König gerade seinem Generalkontrolleur diese Aufgabe übertrug, zeigt ganz klar, daß er die neuen Provinzen nach altpreußischem Muster organisiert wissen wollte. Schulenburg trat an die Spitze der „Hauptorganisationskommission“, die in Hildesheim eingerichtet werden sollte. Unter ihm sollten weiter eine Reihe von „Spezialorganisationskommissionen“, auch „Zivilorganisationskommissionen“ genannt, von den einzelnen Landschaften Besitz ergreifen. In die Hauptkommission berief Schulenburg vier Geheime, nämlich den Geheimen Oberfinanzrat Schulz, den Geheimen Oberfinanzrat Sack, den Freund Steins, den Geheimen Obertribunalsrat Fokke und den Geheimen Oberrevisionsrat Gøbler; an die Stelle des letzteren trat im Dezember der Regierungsrat Voß. Die Spezialkommissionen setzten sich aus zwei bis drei Räten zusammen. In der Wahl ihrer Mitglieder scheint Schulenburg keine ganz glückliche Hand gehabt zu haben. Stein, der auf Schulenburgs Antrag nach Vollendung der förmlichen Besitzergreifung „in Absicht der westfälischen Provinzen ebenso wie der Kammpäsident von Angern in Absicht der niedersächsischen oder angrenzenden, soweit es denselben ihre Berufsgeschäfte gestatten, bei der Organisation unter Leitung des Chefkommissars mitconcurrieren sollte“,⁷ war jedenfalls mit seinen Mitarbeitern höchst unzufrieden. Er klagt über ihren „barschen

6. Kab.Ord. an das gesamte Etatsministerium. Gen.Dep. des Gen.Dir. Tit. XLIIa. 1. Da man mit einer längeren Dauer des Auftrages rechnen mußte, übertrug der König zur interimistischen Verwaltung der Departements Schulenburgs die Generalkontrolle den beiden Geheimen Oberfinanzräten von Weiher und von Schlabrendorff, das Generalkassendepartement dem Geheimen Oberfinanzrat von Burghoff, das Stempeldepartement dem Geheimen Oberfinanzrat von Beyer dem Älteren; ähnliche Einrichtungen bei dem Post-, Münz-, Bank-, Medizinal- und Lotteriedepartement zu treffen, wurde Schulenburg selbst überlassen. Das Generaldepartement beim Generaldirektorium mußte der anwesende älteste Minister übernehmen.

7. Kab.Ord. an das gesamte Etatsministerium, Kalthoff bei Königsberg 6 Juni 1802. Gen.Dep. des Gen.Dir. Tit. XLIIa. 1. Von größter Bedeutung ist hier der Briefwechsel Steins mit seinem Freunde Sack, der als Mitglied

und herben Ton“ und fällt über einige geradezu vernichtende Urteile. „Denken sie sich doch einen selbstzufriedenen seichten Kompilator wie Ribbentrop,“ einen Schwachkopf wie Wolframsdorff, den guten Schlechtendahl mit seinem eingeschränkten Blick und den elenden, faulen, leeren Hüllesheim“, schrieb er an Sack;⁹ erstere gehörten der Spezialkommission in Münster, letztere der in Paderborn an. Sack bemängelte, daß überall an der Spitze der Organisationskommissionen Juristen ständen, die nur für Erledigung der einzelnen Beschwerden Sorge trügen, aber nicht das Ganze genügend ins Auge fassen und zu wenig nach einem allgemeinen Plane arbeiten würden und auch die Kommission nicht nach diesen Gesichtspunkten zu leiten verständen; ebenso beständen die Kommissariatsbedienten aus Kammeroffizianten, die gar nicht oder nur wenig bei den Kammern gearbeitet hätten und die Geschäfte praktisch wenig kennen.¹⁰

Neben Schulenburg, der ja nur die Zivilverwaltung der Entschädigungsprovinzen übernahm, traten die Befehlshaber der preußischen Truppen in den einzelnen Provinzen, von denen aber nur Blücher in Münster eine größere Bedeutung erlangte und sozusagen einen Gegenpol zu Schulenburg darstellte. Zwischen beiden herrschte von Anfang an ein gespanntes Verhältnis, hauptsächlich infolge der immediaten Berichterstattung Blüchers,

der Hauptorganisationskommission und Berater Schulenburgs eine wichtige Rolle spielte. Rep. 92. Pertz. H. 29. Zum größten Teil gedruckt bei Botzenhart a. a. O.

8. Dagegen B. Engler, Die Verwaltung der Stadt Münster von den letzten Zeiten der Fürstbischöflichen bis zum Ausgang der französischen Herrschaft 1802—1813, S. 12 f.; H. Hülsmann, Geschichte der Verfassung der Stadt Münster von den letzten Zeiten der Fürstbischöflichen bis zum Ende der französischen Herrschaft 1802—1813, S. 10 f. Auch nach E. v. Meier, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert, I. S. 253 waren die Mitglieder der Organisationskommissionen zu Münster und Paderborn „durchweg ausgezeichnete Männer“.

9. Wir müssen aber hier und auch sonst berücksichtigen, daß Stein, wie B. Harms (K. Ferdinand Friese, ein wackerer Staatsmann im Spiegel einer großen Zeit, S. 86) mit Recht sagt, gewohnt war, „seine Urteile nach Augenblicksstimmungen herauszupoltern“.

10. Sack an Hardenberg, Hildesheim 13. Oktober 1802.

die Schulenburg als Organisationschef auch in militärischen Dingen für sich allein in Anspruch nahm, zumal er noch im Range höher stand als Blücher.¹¹ Schulenburg beklagte sich darüber gegenüber Beyme am 14. September 1802 heftig: „... , wie es mir mit dem Herrn von Blücher überhaupt übel geht. Blücher berichtet über alle Gegenstände selbst an den König und erhält darauf immediate Resolutionen, ohne daß er mich davon unterrichtet und mir die erhaltenen Resolutionen mitteilt. Ich erfahre also kein Wort, sondern bleibe über Alles ungewiß und zweifelhaft; ... Um nicht, da er immediate beschieden wird, anmaßend zu scheinen, muß ich die Sache laufen lassen und will ich mich am allerwenigsten darüber beschweren“. Und am 24. des Monats schreibt er wiederum: „Meine Lage und die Verhältnisse in Absicht des Münsterschen lassen sich übrigens nicht so, sie verschlimmern sich und ich fürchte, daß sie mich bald nötigen werden, um meine Zurückberufung oder doch wenigstens Dispensation von diesem Teil unserer Acquisitionen zu bitten“,¹² Blücher hatte u. a. selbständig die Grenzpfähle hinausrücken lassen, um die Kirchspiele der Grenzorte mit zu umfassen, statt nur die Feldmark. In seiner Erbitterung schlug er Blücher mehrere kleine Gratifikationen ab, was diesen wieder aufbrachte. Außerdem weigerte sich Blücher zunächst Schulenburg, der von Anfang an eine Reise nach Münster plante, die er aber erst im Juli 1803 ausführte, als dem im Rang höheren bei dieser Gelegenheit die militärischen Ehren einzuräumen, Parole abzufordern usw., erklärte sich jedoch schließlich, wohl auf Vermittlung Steins, dazu bereit. Er muß sich auch in Briefen an Schulenburg nicht ganz passend ausgesprochen haben; hier verteidigte ihn Stein, er könne auf sein Ehrenwort versichern, daß Blücher nicht die Absicht gehabt habe, Schulenburg etwas unangenehmes zu sagen, sondern ihm seine Hochachtung zu bezeugen, „aber ein alter Husar drückt sich bisweilen uneigentlich aus“,¹³

11. Schulenburg war 1798 von Friedrich Wilhelm III. zum General der Kavallerie ernannt worden, während Blücher damals erst Generalleutnant war.

12. Trachenberger Archiv: I. 18. Tit. IX. 11.

13. Stein an Sack, Münster 2. März 1803. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 451 f.

Doch damit sind wir der Zeit schon vorausgeeilt. Die tatsächliche Besitzergreifung verzögerte sich aber noch etwas; erst am 3. August konnte Schulenburg an der Spitze der preußischen Truppen in Hildesheim einziehen,¹⁴ nachdem die Hannoveraner einige Tage vorher die Stadt verlassen hatten.¹⁵ Die Aufnahme durch die Einwohner war auf dem Lande sehr freundlich, weniger in der Stadt selbst. „Wenn man die Advokaten und die Geistlichen ausnimmt“, so berichtet Schulenburg noch an demselben Tage an den König, „so bleiben gewiß nicht viele, welche Ew. M. Truppen nicht mit Freude erwartet hätten“,¹⁶ und am 6. August an Haugwitz: „Gern wären die Hildesheimischen Vornehmen, besonders der Adel und die Geistlichkeit, in ihrer bisherigen Verfassung geblieben; wenn aber einmal eine Veränderung vorgehen sollte, so war der einstimmige allgemeine Wunsch, daß Hildesheim Preußen zufallen möchte.“ Wenn wir auch hier vielleicht eine etwas optimistische Färbung annehmen dürfen, so scheint mir die Schilderung des Hannoveraners Ompteda an seinen Bruder, den Gesandten in Berlin, wonach die Einwohner in „düsterem Schweigen“ dem Einzuge der Preußen zugesehen hätten,¹⁷ doch einseitig tendenziös gehalten, was auch nicht wunderzunehmen braucht, wenn wir berücksichtigen, daß Hannover sich dieses Gebiet selbst gern einverleibt hätte. Die freundliche Aufnahme hatte allerdings einen Hauptgrund in den bisherigen Spannungen zwischen dem Fürstbischof und seinen Untertanen, die besonders religiöser Natur waren. Denn der größte Teil der Bevölkerung war protestantisch, die Zahl der Katholiken mit Ausnahme des fürstbischöflichen Hofes und der Klöster nicht sehr groß. Jetzt empfand man es dagegen mit

14. Über den Einmarsch der Preußen vgl. den Brief des Kramnaders Im mendorf an seinen Sohn, Hildesheim 22. August 1802. R. Doebner, Studien zur Hildesheimischen Geschichte, S. 171 ff.

15. Hildesheim stand nämlich mit Hannover in einem Schutzverhältnis, das 1761 zum letzten Male auf 24 Jahre erneuert, also 1785 bereits erloschen war, aber stillschweigend fortgesetzt wurde. Hannover hielt auch in Hildesheim eine Besatzung, obwohl in dem Schutzbrief davon keine Rede war. Dohm an Schulenburg, Halberst. 22. 6. 1802. Rep. 70. Hauptkommission I. 1.

16. Rep. 70. Hildesheim und Goslar I. 1.

17. v. Ompteda a. a. O. S. 69 ff.

Genugtuung, wenigstens eines Glaubens mit dem neuen Herrscher zu sein.

An demselben 3. August besetzten die preußischen Truppen ohne Zwischenfälle auch die anderen Entschädigungslande.

Sofort nach der Besitzergreifung gingen die Hauptorganisationskommission sowie die Spezialorganisationskommissionen an die Arbeit. Man schritt aber nicht gleich zur Organisation selbst; vielmehr bestand die Hauptaufgabe der Kommissionen zunächst darin, alle Notizen zur Kenntnis des Landes, der Einwohner, der militärischen, politischen, Generalfinanz- und Justiz, auch Kirchen- und Schulverfassung einzusammeln. Denn Schulenburg sagte sich mit Recht, daß man das Land und seine Verhältnisse erst genau kennen müsse, ehe man zur Organisation schreiten könne. Dieser Ansicht huldigte auch Stein, der die Kenntnis der Örtlichkeit geradezu als „die Seele des Dienstes“ bezeichnete.¹⁸ Hinzu kam noch, daß der König die Grundsätze der Regensburger Reichsdeputation berücksichtigen wollte, die aber damals noch nicht fertig waren. Aus allen diesen Gründen führten die Kommissare die Verwaltung vorläufig interimistisch weiter; dabei sollte im Innern des Landes alles möglichst auf dem bisherigen Fuß verbleiben und alles vermieden werden, was Beschwerden über Eingriffe in Privilegien und Verfassungen und darauf begründete Gesuche um ausdrückliche Bestätigung veranlassen könnte, da der König allen bindenden Versicherungen solange ausweichen wollte, bis man alle Verhältnisse vollständig und genau übersehen könne. Auch sämtliche einheimischen Beamten wurden vorläufig beibehalten.

Von Anfang an wünschten die Entschädigungsprovinzen begreiflicherweise ihre alten Einrichtungen möglichst vollständig beizubehalten. Diesen Bemühungen stand aber das von den Kommissaren vertretene Interesse des Gesamtstaates entgegen, das gebieterisch eine Umformung nach altpreußischem Muster verlangte. Doch das war nicht so einfach; einmal war Preußen, wenn wir die neu erworbenen polnischen Provinzen unberücksichtigt lassen, ein fast ganz protestantischer und dazu ostdeut-

18. Stein an Sack, Münster 17. Oktober 1802. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 374 ff.

scher Staat, während es sich hier darum handelte, durchweg katholische und westdeutsche Gebiete zu organisieren. Außerdem waren auch die staatlichen Verhältnisse in Preußen selbst, ganz abgesehen davon, daß sie zu ausschließlich auf den Osten zugeschnitten waren, in mancher Hinsicht problematisch; u. a. waren es besonders das Accisewesen und die Heeresverfassung, das Kantonreglement, die allgemein als sehr reformbedürftig angesehen wurden. Deshalb waren schon in Ansbach-Bayreuth verschiedene Abänderungen vorgenommen worden; ja, die Erwerbung von Neuostpreußen hatte sogar 1797 zu einem neuen Ressortreglement geführt. Zum Wortführer dieser Richtung, die auf die Besonderheiten der neuen Landesteile möglichste Rücksicht nehmen und die altpreußische Verfassung nur in einer den neuen Verhältnissen angepaßten Form übernehmen wollte, machte sich Stein. Schon durch seine Herkunft und seine bisherige Dienstlaufbahn nicht so sehr mit den altpreußischen bzw. östlichen Verhältnissen verwachsen wie Schulenburg, sah er hier auch eine Möglichkeit, die neuen Reformideen, wenn auch nur an einem verhältnismäßig kleinen Objekt, in die Tat umzusetzen. Demgegenüber wollte Schulenburg, der den Staat Friedrichs des Großen und seine damals doch schon teilweise überholten Einrichtungen immer noch als der Weisheit letzten Schluß ansah, die alten preußischen Formen — was wir im folgenden auf Schritt und Tritt feststellen können — mit möglichst wenig Veränderungen auf die neuen Provinzen übertragen; für ihn war das Beharren auf der altpreußischen Tradition seiner ganzen Natur nach selbstverständlich. Diesen Geist atmen auch die „Grundsätze zur Organisation der Entschädigungsprovinzen“;¹⁹ denn als Schulenburg nach einigen Monaten einen ungefähren Überblick über den Zustand der neuen Provinzen erlangt hatte, hielt er dem Könige in Berlin persönlich Vortrag, wobei die „Grundsätze“, die wir im Laufe der Arbeit noch näher kennenlernen werden, festgelegt wurden. Von besonderer Bedeutung sind nur die Bestimmungen über die Einführung des fränkischen Ressortreglements und der Accise. Im ganzen genommen enthalten

19. „welche S.K.M. teils .. selbst bestimmt, teils ... genehmigt haben.“ Ohne Datum, sicher vor dem 26. Dez. 1802. Rep. 70. Hauptkommission I. 2.

die „Grundsätze“ keine neuen Gesichtspunkte; sie lehnen sich vielmehr eng an die altpreußischen Verhältnisse an, ohne auf die geographischen und konfessionellen Verschiedenheiten einzugehen. Es sind eigentlich nur technische Anweisungen für die Organisation, zu deren Schilderung wir jetzt übergehen.

Wenn wir berücksichtigen, daß die Organisation der Entschädigungslande allein zwei Millionen Taler kostete, wozu noch eine Schuld von ungefähr drei Millionen Talern kam,²⁰ die Preußen übernehmen mußte, so ist es zu verstehen, daß sich Schulenburg in erster Linie bemühte, die neuen Provinzen für die Finanzen des Staates nutzbar zu machen. Dahin gehörte vor allem die Einführung der Accise und so bestimmten die „Grundsätze“ (§ 7): „Das Accisesystem wird mit den erforderlichen Modifikationen, welche die Lokalität erfordert, ungefähr wie im Hohensteinschen aller Orten eingeführt“. Danach erkannte man also durchaus die Schwierigkeiten, die dieser Einrichtung im Wege standen. Denn da die Grafschaft Hohenstein, obwohl zu Halberstadt gehörig, von fremden Ländern vollständig umgeben war, hatte man hier das Accisesystem der östlichen Provinzen ebensowenig wie in der Grafschaft Mark streng durchführen können; man ermäßigte deshalb unter Friedrich Wilhelm II. den Tarif. Dafür hatte sie sich verpflichten müssen, jährlich ein bestimmtes Quantum inländischer Fabrikwaren abzunehmen, um nicht die wirtschaftliche Verbindung mit den übrigen Provinzen ganz zu verlieren. Schulenburg war mit dieser Bestimmung sehr zufrieden, da er die Vorteile des Hohensteinschen Tarifs wohl zu schätzen wußte. Danach war er vor allen Dingen auch berechtigt, die Fabrikwaren der Entschädigungslande gegen eine mäßige Ausgleichsabgabe in die alten Provinzen einführen zu dürfen. Darüber kam es nun zu einer heftigen Kontroverse zwischen Schulenburg und dem Chef des Accise-, Zoll- und Fabrikendepartements, Struensee. Dieser befürchtete durch eine derartige Wareneinfuhr eine schwere Schädigung der ostelbischen Fabriken und weigerte sich darauf einzugehen. Ihm waren die Ermäßigungen des Hohensteinschen Tarifs überhaupt schon seit langem ein Dorn im Auge und er

20. Vgl. oben S. 59.

bemühte sich gerade jetzt eifrig, da ja Hohenstein infolge der Neuerwerbungen nicht mehr Exklave war, die Ausnahmen ganz abzuschaffen. Der König entschied sich jedoch für Schulenburg, allerdings mit einer wesentlichen Ausnahme. Schulenburg hatte sich gegen eine Änderung der Steuerverfassung in den alten westfälischen Provinzen ausgesprochen. In Berlin verfügte man aber, da man die Schranken des Handelsverkehrs zwischen den verschiedenen Provinzen des Staates niederzulegen bemüht war, daß auch die alten westfälischen Provinzen dem für die Entschädigungslande ausgearbeiteten Tarife unterworfen werden sollten, was einer Erhöhung gleichkam. Schulenburg blieb aber auf seinen Bedenken stehen; da man in Berlin infolge der Wichtigkeit des Gegenstandes nicht ohne seine Zustimmung vorgehen wollte, nahm man diese Verfügung wieder zurück.

Stein hatte sich von vornherein gegen die Einführung einer Generalaccise ausgesprochen; denn darauf lief doch die obige Verfügung letzten Endes hinaus. Auch jetzt ging er nicht davon ab, wenn auch der für den Westen bestimmte Tarif niedriger war als die des Ostens. Vor allem hatte eine solche Steuer zur notwendigen Voraussetzung die Beschränkung der Gewerbe auf die Städte; davon wollte aber Stein auf keinen Fall etwas wissen.²¹ Er wollte die Accise, wie es schon seit 1791 in der Grafschaft Mark Brauch war, auf einige wenige ertragreiche Gegenstände beschränken: nämlich, wie er sich selbst ausdrückte, auf das Mehl zum Backen, das Getränk: Bier, Branntwein, Wein und endlich das Fleisch;²² das damit verbundene Sinken der Accise-einnahmen wollte er durch die Zölle ausgleichen, die er statt der Binnenzölle an den Grenzen des gesamten preußischen Westfalens einrichten wollte. Schulenburg war mit den Forderungen Steins durchaus einverstanden, allerdings nur, wenn die neuen Provinzen hinsichtlich der Accise anders behandelt würden als

21. Trotzdem kam in die neue Instruktion für die Münsterschen Landräte die Bestimmung, die Lehmann (a. a. O. I. S. 298) mit Recht als „ungeheuerlich“ bezeichnet hat, die Landräte müßten die Handwerker nach und nach vom Lande in die Städte bringen.

22. Promemoria Steins vom 6. März 1803: „Über die Bildung der Quellen des öffentlichen Einkommens im Fürstentum Münster“. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 453 ff.

die alten,²³ d. h. also, wenn man seine Bedenken als richtig anerkannte. Das geschah auch schließlich, wenigstens was den südlichen Teil der Grafschaft Mark betraf; man einigte sich dahin, daß die Hohensteinsche Verfassung jenseits der Weser eingeführt werden sollte, jedoch mit Ausnahme der Grafschaften Lingen und Tecklenburg sowie des südlichen Teiles der Grafschaft Mark.

Die Einführung der Accise bildete auch die Voraussetzung für die Neuordnung des Finanzwesens in Hildesheim (nur dafür lag mir Material vor). Bei der Übernahme des Fürstentums Hildesheim durch Preußen stand das Steuer- und Schuldenwesen unter der Verwaltung der Stände. Die Schulden betrugen allein 2393427 Rtlr. 4 Gr. 4 Pf.²⁴ Zu ihrer Verzinsung und Tilgung hatten im Jahre 1793 die kontributionsfreien Stände, die sogenannten Exemten, die aus der Ritterschaft und der Geistlichkeit bestanden, und die kontributionspflichtigen, die sogenannten Onerablen, zu welchen die Landstädte und der Bauernstand gehörten, einen Vergleich abgeschlossen, wonach die Exemten 30000 Rtlr. allein bezahlen und von den übrigen vorhandenen und künftig entstehenden Schulden $\frac{1}{3}$, die Onerablen $\frac{2}{3}$ aufbringen sollten.²⁵

Schulenburg hielt es zuerst für das wichtigste, die Steuern von den Schulden und die Schulden des kontributionsfreien Standes von denen des onerablen Standes zu trennen; nur so war es überhaupt möglich ein stetiges Finanzsystem einzuführen. Das Steuerwesen wurde dahin geregelt, daß Schulenburg die bisherigen Titel wie Kopfgeld, Schafschatz, Städtetaxe usw. beseitigte und nur die alte Abgabe des Landesschatzes und der sogenannten „Simplorum“ bestehen ließ. Hatten diese direkten Steuern bis jetzt jährlich insgesamt 136000 bis 144000 Rtlr. eingebracht, so setzte Schulenburg die übrigbleibenden mit 121000

23. Schulenburg an Stein, 13. März 1803. Rep. 70. Münster II. Sect. XII. 2.

24. Außerdem waren noch die ehemaligen Reichsstädte Mühlhausen mit 265257 Rtlr. 1 Gr. 3 Pf. und Nordhausen mit 89693 Rtlr. 1 Gr. 2 Pf., sowie die Fürstentümer Erfurt und das Eichsfeld mit 575855 Rtlr. 15 Gr. 10 Pf. Schulden belastet. A. F. Riedel a. a. O. S. 228.

25. R. Doebner a. a. O. S. 164.

Rtlr. fest, also 15000 bis 23000 Rtlr. jährlich weniger; diesen Ausfall ersetzte er aber mehr als dreifach durch die Einnahmen der Accise, des Salzregals und des Stempels. Die neuen Steuergesetze traten am 1. Juni 1803 in Kraft.

Dann regulierte er das Schuldenwesen, indem er den König veranlaßte, den Schuldenanteil des kontributionspflichtigen Standes selbst zu übernehmen, da die Untertanen durch die direkten und indirekten Steuern genug in Anspruch genommen würden und wohl kaum noch die Landesschulden bezahlen könnten; dadurch entzog man auch indirekt den Ständen die Verwaltung dieser Kasse.²⁶ Der mit $\frac{1}{3}$ auf die Exemten fallende Anteil der Schulden sollte fortan nicht mehr als eine Staats-, sondern als eine auf ihnen und ihrem Vermögen allein ruhende Privatschuld angesehen werden und ihnen überlassen bleiben, wie sie dieselbe verzinsen und amortisieren wollten. Schließlich zog man nicht nur sämtliche alten und neuen Domänen durch Bezahlung der auf sie fallenden Schuldenquote aus diesem Verbande heraus, sondern auch die Frauenklöster und Pfarr- und Schulgüter aller christlichen Konfessionen, so daß der Anteil der Exemten nur noch 507974 Rtlr. 24 mgr. 3 Pf. betrug, den sie ohne weiteres bezahlen konnten.²⁷ Den letzten Schritt zu tun und die Vorrechte der Exemten vollständig aufzuheben, an eine solche revolutionäre Tat dachte Schulenburg keinen Augenblick. Gewiß wurden sie durch die indirekten Steuern mehr belastet als früher, aber ihre Sonderstellung blieb bestehen.

Mit demselben Eifer, den wir eben bei der Übertragung des preußischen Accisesystems auf die Entschädigungslande kennengelernt haben, betrieb Schulenburg auch die Einführung der preußischen Heeresverfassung. Hier konnte es für einen Mann, der noch am siebenjährigen Kriege teilgenommen hatte und die alten militärischen Einrichtungen mit besonderer Pietät behandelte, nur ein Ziel geben, nämlich das Kantonwesen so zu übernehmen, wie es in den alten Provinzen war. Das mußte aber in den ehemaligen geistlichen Territorien als eine sehr harte Maß-

26. Kab.Ord. an Schulenburg, 28. August 1802. Rep. 89,58 E.

27. Schulenburg an den König, 2. Mai; Kab.Ord. an Schulenburg, 10. Mai 1803. Rep. 89,58 E.

nahme erscheinen; denn auf keinem Gebiete war der Unterschied zwischen Preußen und den geistlichen Ländern größer als auf dem des Heerwesens. In Paderborn und dem größten Teil der anderen Entschädigungsprovinzen hatte man fast gar keine Soldaten; in Münster gab es nur einige Regimenter, die sich durch freiwillige Werbung ergänzten. Von Anfang an war also hier eine Abneigung gegen den gezwungenen preußischen Waffendienst vorhanden. Sofort nach der Besetzung liefen auch bei Schulenburg zahlreiche Gesuche ein, die unter verschiedenen anderen unmöglichen Forderungen besonders die Accise- und Kantonfreiheit, letztere gegen Zahlung von Rekrutengeldern oder freiwillige Stellung einer verhältnismäßigen Anzahl von Rekruten, verlangten. Schulenburg lehnte natürlich ein solches Ansinnen rundweg ab; darüber hinaus ist aber seine besondere Antwort an den Magistrat der Altstadt Hildesheim von allgemeinem Interesse. Er erklärte darin, „daß eine weise und gerechte Regierung zuvor das Allgemeine Beste sichern müsse, ehe sie individuelle Wünsche berücksichtigen könne“. Man lege in Hildesheim immer noch einen großen Wert auf eigene Gesetzgebung und Selbstregierung, obgleich doch ihre traurigen Folgen in dem Verfall und der Wehrlosigkeit der Stadt sichtbar zutage träten. Am meisten aber empörte den Soldaten Friedrichs des Großen die Meinung der Hildesheimer über die Kantonpflicht; es sei „dem ehrenvollen Militärstande nicht angemessen, ja selbst für den rechtschaffenen Bürger kränkend, wenn man glaube, die ehrenvolle Pflicht das Vaterland zu schützen, gleich dem Juden mit Gold abkaufen zu können“. Im eigenen Interesse der Stadt, so schloß Schulenburg, trage er Bedenken, diese Vorstellung dem Könige vorzutragen, damit sie nicht die vorteilhafte Meinung des Monarchen über die Gesinnungen der Stadt Hildesheim schwäche.²⁸

Stein empfahl den Widerwillen der Entschädigungsprovinzen gegen die neue Heeresverfassung durch jede Erleichterung und Milderung, die sich nur irgend mit dem Wesentlichen des

28. Schulenburg an den Magistrat der Stadt Hildesheim, 11. August 1802. Vgl. K. Stuke, Geschichte der Verfassung der Stadt Hildesheim von den letzten Zeiten der Fürstbischöflichen bis zum Ende der preußischen Herrschaft 1802—1806, S. 18, Anm. 6; R. Doebner a. a. O. S. 156.

Standes selbst vereinigen lasse, zu vermindern. Zu diesen Erleichterungen rechnete er neben der Herabsetzung der Dienstzeit und der Aufhebung der Benachteiligung der langgewachsenen und zum Militär besonders brauchbaren Leute u. a. besonders die Nähe des Garnisonsortes: dann wäre der Hin- und Hermarsch nach der Garnison dem Kantonisten weniger lästig und kostbar, er bleibe mit seinen Angehörigen in besserer Verbindung, er könne leichter Urlaub bekommen, wenn er zu Hause augenblicklich nötig sei, dann finde er auch an dem Garnisonsorte Landsleute von derselben Religion, Sitte und Mundart; die Entbehrung solcher Vorteile würde nur die Abneigung gegen den Dienst vermehren. Er schlug deshalb für die westfälischen Entschädigungsprovinzen Münster zum Garnisonsort vor, nicht Wesel, wie man es plante. Gegenüber der Zentralverwaltung nahm er sich entschieden der Eigenart des Landes an; aber derartige Rücksichten kannte der preußische Militärstaat von damals nicht. Schulenburg stimmte zwar seinen Vorschlägen vollkommen bei; aber die Kantonseinteilung wäre anders bestimmt und er könne nichts daran ändern.²⁹ In den Privatbriefen an seinen Freund Sack in Hildesheim ging Stein noch weiter. Er bezeichnete es als ein lächerliches Vorurteil, daß bürgerliche Offiziere nicht in die schwere Infanterie aufgenommen würden, sondern nur zu den Füsilieren Zutritt hätten. Schulenburg ließ natürlich an einer so alten, wenn auch vollständig überlebten Einrichtung nicht rütteln. Bei der Bildung von zwei neuen Infanterie- und zwei neuen Kavallerieregimentern nahm er nur zehn einheimische Offiziere, alles Adlige, auf. Stein nennt sie „unbedeutende junge Leute, die man nach den Listen und dem von wählte“.³⁰ Aber er konnte seine an sich wertvollen Vorschläge nicht durchsetzen. Das Kantonwesen wurde ganz wie in den alten Provinzen eingeführt; nur einige Industriebezirke scheint man davon befreit zu haben.³¹

29. Denkschrift Steins über das Kantonwesen in Münster und Paderborn, 16. Februar 1803. Bemerkungen Schulenburgs am Rande. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 431 ff.

30. Stein an Sack, Münster 4. Dezember 1802 und 12. Februar 1803. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 404 f. und 430.

31. H. Bäsecke, Die Einrichtung der preußischen Herrschaft auf dem

Nächst der Einführung des preußischen Finanz- und Militärwesens bildete die Reform der Behörden die dringlichste Aufgabe Schulenburgs. Die so wichtige Vorfrage, wie die Ressortbegrenzung zwischen der Verwaltung und der Justiz, also zwischen Kammern und Regierungen, erfolgen sollte, regelten die „Grundsätze“ (§ 6) dahin, daß das fränkische Ressortreglement zugrunde gelegt werden sollte. Dieses führte im Gegensatz zu dem veralteten Ressortreglement von 1749 die Trennung von Justiz und Verwaltung durch und übertrug infolgedessen die geistlichen-, die Schul- und Armensachen, ebenso die Landeshoheits-, Huldigungs- und Lehnsangelegenheiten den Kammern.³² Weiter setzten die „Grundsätze“ fest, daß von den westfälischen Entschädigungsprovinzen Elten, Essen und Werden der Kammer und Regierung für Kleve-Mark beigelegt (§ 4c), Münster und Paderborn dagegen mit den alten Provinzen Tecklenburg und Lingen vereinigt werden sollten, wobei der Sitz der Landeskollegien Münster sein sollte (§ 4d); in den niedersächsischen Entschädigungsprovinzen sollten für das Eichsfeld mit Mühlhausen, Nordhausen und Erfurt, wozu demnächst noch die Grafschaft Hohenstein kommen sollte, die Landeskollegien in Heiligenstadt eingerichtet werden (§ 4b).³³ Schließlich sollte noch in Münster oder Essen ein Appellationskollegium für sämtliche westfälischen Provinzen gebildet werden. Diese auf mündlichen Vortrag Schulenburgs genehmigten Bestimmungen wurden dann aber auf ein Gesuch der Stadt Lingen hin, welches der Großkanzler von Goldbeck unterstützte, dahin abgeändert, daß zwar Lingen und Tecklenburg mit der Kammer in Münster vereinigt werden sollten, dafür aber die Regierung für Lingen und Tecklenburg in Lingen bestehen bleiben sollte, ferner den Landeskollegien in Münster noch Kleve, Mark, Elten, Essen und Werden beigelegt werden sollten. Mit östlichen Provinzen z. B.

Eichsfelde 1802—1806, S. 72; F. Körholz, Die Säkularisation und Organisation in den preußischen Entschädigungsländern Essen, Elten und Werden 1802—1806, S. 90 ff.

32. F. Hartung a. a. O. S. 99 ff.

33. Ein Versuch, den Sitz der Kammer nach Erfurt zu legen, scheiterte an dem Widerstande Schulenburgs. A. Overmann, Die ersten Jahre der preußischen Herrschaft in Erfurt 1802—1806, S. 57 f.

Schlesien verglichen,³⁴ war das gar nicht zu viel. Aber es bestanden hier tiefe Unterschiede und Schulenburg machte den König sogleich auf die Schwierigkeiten aufmerksam eine solche Kammer zu verwalten, da die einzelnen Teile voneinander entfernt lägen, eine ganz verschiedene Verfassung und die verschiedensten Gewerbe- und Geschäftszweige hätten. Stein führte dieses von Schulenburg skizzierte Bild noch weiter aus, indem er den heterogenen Charakter der einzelnen Bestandteile dieser geplanten Kammer betonte: in den Bistümern die katholische Religion die einzige, in Kleve-Mark die protestantische die herrschende; in den Bistümern Hörigkeit, in Kleve-Mark Pacht oder volles Eigentum; in den Bistümern nur Ackerbau und Leinenfabrikation, in Kleve-Mark jede Art der Industrie; in den Bistümern sei die Aufgabe Säkularisation oder Anwendung der preußischen Verfassung auf ein geistliches Land, Verwaltung des geistlichen Vermögens, Aufhebung der Gemeinheiten, Verwandlung der Hörigkeit, Erbpachtverbesserung der katholischen Erziehungsanstalten, in Kleve-Mark dagegen Vervollkommnung älterer Einrichtungen, Fabriken, Wasser-, Wegebau, Handelsverhältnisse, öffentliche protestantische Erziehung; endlich habe jede dieser Provinzen ihre eigentümliche, selbständige, ständische Verfassung und Steuereinrichtung.

Die Vorstellungen Schulenburgs verfehlten nicht ihren Zweck; es blieb endgültig bei der zuerst getroffenen Bestimmung, wonach für Münster, Paderborn, Tecklenburg und Lingen eine neue Kammer in Münster eingerichtet wurde, während Elten, Essen und Werden der Kammer für Kleve-Mark in Hamm zugeteilt wurden.³⁵ Dagegen traf man hinsichtlich der Oberprovinzialjustizverwaltung trotz der Bedenken Schulenburgs die Anordnung, sämtliche westfälischen Provinzen mit Ausnahme von Tecklenburg und Lingen zu einem Landesjustizkollegium in Münster zu vereinigen und nur für Paderborn eine einstweilige

34. Hier kam eine Kammer auf etwa 340 Quadratmeilen und 800 000 Einwohner, während die Kammer zu Münster nach dem abgeänderten Plane nur 169 Quadratmeilen mit 469 000 Einwohnern verwalten sollte.

35. Kab.Ord. an Schulenburg und Goldbeck, Potsdam 4. April; Schulenburg an Stein, 8. April; Antwort Münster 13. April; Kab.Ord. an Schulenburg, 21. April 1803. Rep. 70. Hauptkommission II. Sect. XXXI. 2.

Regierungsdeputation einzurichten. Dabei wurden aber auch in den alten Provinzen Kleve und Mark die Hoheits- und geistlichen Sachen, welche bisher zum Ressort der Regierung gehört hatten, nach dem Ressortreglement für die neuen Provinzen der dortigen Kriegs- und Domänenkammer beigelegt.

Dieselben Einrichtungen wurden dann auch in den niedersächsischen Provinzen getroffen, als die Verwaltung von Hildesheim der Kriegs- und Domänenkammer in Halberstadt übertragen wurde; in Hildesheim blieb nur anfänglich eine halberstädtische Regierungsdeputation.³⁶ Ein Gesuch Hildesheims,³⁷ selbst Hauptstadt einer Provinz zu werden, wurde nicht genehmigt. Ein dürftiger Ersatz dafür war es, wenn Hildesheim die Stellung einer Immediatstadt erhielt und unmittelbar der Kriegs- und Domänenkammer unterstellt wurde. Sämtliche Entschädigungsprovinzen wurden nämlich in Kreise geteilt und an die Spitze jedes Kreises ein Landrat gestellt. Nur einige größere Städte wie Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen und auch Hildesheim nahmen eine Sonderstellung ein.³⁸ Das bedeutete aber nicht viel; denn im Grunde genommen machten sie doch nur einen besonderen Kreis aus, dem eben statt eines Landrates ein Stadtdirektor vorstand. Die Wahl der Landräte erfolgte auf Antrag Schulenburgs durch die Stände aus dem angesessenen Adel mit Vorbehalt der Bestätigung des Königs, wie es in den alten Provinzen üblich war, jedoch mit einer Ausnahme. Nachdem festgesetzt war, daß die Landräte zugleich die Geschäfte der Steuerräte übernehmen sollten,³⁹ wurde auch den Städten ein gebührender Anteil an den Wahlen eingeräumt.⁴⁰ Im Bis-

36. „Grundsätze“ § 4a.

37. Die Bürgerschaft an Schulenburg, 22. November 1802. Rep. 70. Hildesheim II. Sect. XLI. 6.

38. A. Overmann a. a. O. S. 57 f.

39. „Wo keine großen Städte das Gegenteil nötig machen, werden keine besonderen Steuerräte angesetzt, sondern die Magistrate den Landräten untergeordnet.“ „Grundsätze“ § 8. Diese Vereinigung der Funktionen des Landrates und des Steuerrates in der Person des Landrates bzw. des Kreisdirektors hatte schon Hardenberg in Ansbach-Bayreuth durchgeführt. Vgl. F. Hartung a. a. O. S. 84 ff.

40. Schulenburg an den König, Hildesheim 17. Januar; Kab.Ord. an Schulenburg, 22. Januar und 4. April 1803. Rep. 89,58 F.

tum Paderborn ließ man aber nur die vier Hauptstädte an der Wahl teilnehmen, da die anderen zu klein und unselbständig waren.⁴¹ Für die Wahl selbst gab es, da Kreistage nach dem Muster der östlichen Provinzen nicht vorhanden waren, zwei Möglichkeiten: entweder erfolgte die Wahl, wie in Schlesien, durch Zirkulare, oder, wie in den westlichen Provinzen, auf dem Landtage. Die letztere ist auf dem Eichsfeld und in Paderborn, wo die Landstände fortbestanden, die erstere in Hildesheim und Münster, wo die Landtage aufgehoben wurden, angewendet worden; nur in Erfurt ernannte sie der König.⁴²

Ein geradezu klassisches Beispiel für die Art, mit der Schulenburg bei der Organisation der neuen Provinzen vorging und daneben auch ein Beweis dafür, wie sehr er von der Vortrefflichkeit der Einrichtungen der alten Monarchie überzeugt war, bildet sein Plan zur Reform der Städteverfassung. In einem Schreiben an die Mitglieder der Hauptkommission,⁴³ in dem er sie um ihre Ansichten über eine Reform der Verfassungen der Städte in den neuen Landesteilen ersuchte, äußerte er zugleich, daß es wünschenswert sei, wenn man sobald als möglich die Magistrate nach dem Muster der preußischen Städte neu bilde und die Ratswahlen baldigst aufhebe. Dem entsprachen auch die Gesichtspunkte, die er bei der Festlegung eines Planes für die Neuorganisation berücksichtigt wissen wollte. Er wünschte nur Vorschläge auf rein technische Fragen: aus wieviel und welchen Personen gemäß der preußischen Verfassung Magistrat und Gericht einschließlich der Unterbedienten bestehen sollten, wie hoch die Besoldungen anzuschlagen seien, wer von den jetzigen Angestellten noch Verwendung finden könne, und zu welchen Posten sie sich wohl eigneten, welches Gehalt sie jetzt bezögen, und wieviel sie bei der Annahme einer neuen Stelle zu verlieren oder zu gewinnen hätten, welche Posten durch alte preußische Beamte zu besetzen seien, wieviel von dem jetzt bestehenden Rate zur Verabschiedung oder Pen-

41. Th. Kraayvanger, Die Organisation der preußischen Justiz und Verwaltung im Fürstentum Paderborn, S. 45 f.

42. C. Bornhak a. a. O. II. S. 296 ff.

43. Schulenburg an die Hauptorganisationskommission, 23. Okt. 1802. Rep. 70. Hildesheim II. Sect. XLI. 6.

sionierung übrig blieben, wieviel Gehalt sie bisher bezogen hätten, und ob man ihnen eine Pension zubilligen oder sie kurzerhand entlassen könne. Die grundsätzliche Frage, ob man das, was von den alten Verfassungen der Städte lebens- und entwicklungsfähig wäre, bei der Neuordnung berücksichtigen solle, besonders welcher Anteil der Bürgerschaft an den städtischen Angelegenheiten einzuräumen sei, gab es für ihn einfach nicht. Die Organisation der Stadtverfassungen wurde dann aber vorläufig ausgesetzt und erst Anfang 1806 beendet.

Von besonderer Bedeutung war auch die Frage: Sollte die landständische Verfassung beibehalten werden oder nicht? Wenn wir uns die Rechte der Stände ansehen, z. B. hatten sie in allen Entschädigungsprovinzen mit Ausnahme von Erfurt das Recht der Steuerbewilligung und durch Abnahme der Rechnungen selbst einen bedeutenden Anteil an der Verwaltung der Steuer, so war es von vornherein selbstverständlich, daß ein derart der preußischen Verfassung entgegengesetzter Zustand nicht fortbestehen könne. Schon im September 1802 befahl Schulenburg der Speziale Kommission in Münster, den Landtag sofort zu schließen. Dabei war es aber nicht seine Absicht ihn vollständig zu beseitigen, nur im Augenblick konnte er ihn nicht gebrauchen. „Es ist zwar nicht die Absicht“, schrieb er am 9. September 1802 an Stein, „den Landtag aufzulösen, aber es war wohl höchst nötig, die Stände jetzt außer Activität zu setzen, um nicht überall mit Schwierigkeiten kämpfen zu müssen, besonders da bei ihnen nirgends guter Wille angenommen werden kann“. Daß dieses Vorgehen nicht geeignet war, die Münsterländer für die neue Herrschaft einzunehmen,⁴⁴ kümmerte Schulenburg weniger, wie überhaupt die Gewinnung der öffentlichen Meinung, worauf es Stein so unendlich viel ankam, bei ihm eine weit geringere Rolle spielte. Er tadelte es auch, daß sich die Kommission, namentlich der Kriegsrat Ribbentrop, mit den Ständen in Unterhandlungen eingelassen hatte, da man sich auf diese Weise nur

44. Stein schrieb darüber an Sack, Münster 2. Oktober 1802: „Die Aufhebung der Stände hat eine sehr üble Sensation gemacht, es herrscht allgemeine Niedergeschlagenheit, banges Ahnden der Zukunft und die absurdesten Meinungen, die man sich denken kann“. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 367.

die Hände binde;⁴⁵ dagegen entsprach dieses Vorgehen der Kommission den Ansichten Steins, wenn er auch sonst mit ihr nicht zufrieden war. Stein hielt die Mitarbeit der Stände gerade jetzt für wünschenswert, weil die Landesadministration durch sie an Zutrauen gewinne, ein gesetzliches Werkzeug des Unterrichts über Landesangelegenheiten und die Verbreitung ihrer Absichten erhält und weil endlich der konsequente, ernste, ruhige Geist des Deutschen ihn zu Verhandlungen in größeren Versammlungen geschickt macht. Dabei gab er ohne weiteres zu, daß sie infolge der Zerstückelung Münsters umgeformt werden müßten.⁴⁶ Deutlicher wurde er noch gegenüber Sack, wenn er an diesen schrieb: „Ich muß dringend bitten, die ständische Verfassung vorläufig zu lassen — sie hat in Westfalen das Zutrauen der Eingesessenen, und durch sie erhält die Landesverwaltung ein Mittel, den Eingesessenen mit dem Geist und den Absichten ihrer Maßregeln bekannt zu machen, . . . , ein Mittel, das Publikum immer in Verbindung mit der Landesadministration selbst zu erhalten“. Er sah auch in den Ständen ein Gegengewicht gegen „eine bloße Bürokratie, deren Unvollkommenheiten wir kennen“.⁴⁷ Wir müssen aber zugeben, daß in der gegenwärtigen Lage die Maßnahme Schulenburgs doch wohl richtiger war. Die Einmischung ständischer Organe hätte die Neuorganisation des Landes sicher erschwert; man denke nur an die Schwierigkeiten, die Preußen mit den kleve-märkischen Ständen wegen Veränderung der Behördenorganisation hatte.⁴⁸ Und zur Fühlung zwischen den Landeseingesessenen und der neuen Regierung genügten auch die beiden altmünsterischen Räte, die auf Vorschlag Steins in die Zivilkommission aufgenommen wurden. Dabei dachte aber Schulenburg keineswegs, wie wir schon betonten, an eine vollständige Aufhebung der ständischen Verfassung; dem standen auch außerdem verschiedene Beschlüsse der Reichsdeputation, nach welchen die gegenwärtige

45. Rep. 70. Münster II. Sect. XII. 2.

46. Stein an Schulenburg, Nassau 21. September 1802. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 366.

47. Stein an Sack, Nassau 19. August u. 11. September 1802. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 356 und 361.

48. M. Lehmann a. a. O. I. S. 265 f.

Verfassung der zu säkularisierenden Lande ungestört erhalten bleiben sollte, so weit sie auf gültigen Verträgen zwischen Regent und Land sowie auf anderen reichsgesetzlichen Normen beruhte, im Wege. Allerdings nur ein scheinbares Zugeständnis; denn in einem Zusatz wurde dem neuen Landesherrn in allem dem, was zur Zivil- und Militärverwaltung sowie deren Verbesserung und Vereinfachung gehörte, freie Hand gelassen. Daraufhin beschloß der König auf Vortrag Schulenburgs, die „Figur“ beizubehalten, ihnen aber nicht mehr Einfluß auf die Administration als den Halberstädter und Hohensteinschen Ständen einzuräumen;⁴⁹ diese hatten aber so gut wie nichts zu sagen.⁵⁰ Schulenburg hielt es auch für bedenklich, eine förmliche Einrichtung durch ein öffentliches Reglement zu treffen; besser sei es die ständische Verfassung „per indirectum“ der in den alten Provinzen gleich zu machen.

Diese ständefreundlichen Bestimmungen fielen aber für Münster weg; denn infolge der Teilung des Landes unter mehrere Besitzer hatte die Regensburger Reichsdeputation die bisherige ständische Verfassung förmlich aufgehoben.⁵¹ So weit wollte Schulenburg aber gar nicht gehen; denn seine Politik war ja nicht grundsätzlich ständefeindlich. Ihm kam es vor allen Dingen darauf an, die Stände von der Administration auszuschließen; dann seien sie nur nützlich, nie schädlich: „Sie sind eine Stimme der Wahrheit, welche zum Throne dringt, wohin die eines einzelnen selten kommt. Der gute einzelne Mann schweigt gewöhnlich und in der Regel sind die bösen, welche eine ungerechte Sache haben, diejenigen, die da schreien“. Ja, er betrachtete die Stände als eine Art Gegengewicht gegen die „Minister und Dikasterien“, welche mit zunehmendem Umfang der Monarchie desto mehr Gewalt erhielten. Diese grundsätzliche Stellung Schulenburgs ist eigentlich nicht mehr altpreußisch, sondern läßt schon die Umbildung des preußischen Beamtengeistes erkennen. Diese Sätze könnten übrigens den Anschein erwecken, als ob seine Anschauungen von denen Steins gar

49. „Grundsätze“ § 2.

50. Acta Bor. Behördenorganisation VI. 1. S. 432 ff.

51. M. Lehmann a. a. O. I. S. 249.

nicht so verschieden seien, zumal wenn wir noch berücksichtigen, daß Stein einmal gegenüber Sack äußerte, „Stände müssen nicht Administratoren sein, sondern die Kontrolle und Informationsmittel der Administration“.⁵² In Wirklichkeit ist aber ein fundamentaler Unterschied vorhanden. Schulenburg nahm sich nicht wie Stein die klevisch-märkischen Landtage des Westens, sondern die rein ritterschaftlichen Kreisstände des Ostens zum Vorbild; aber auch damit hatte man es nicht eilig. Auf ein Gesuch der Münsterschen Ritterschaft um Bestätigung ihrer Standerschaft und der mit ihr verbundenen Rechte riet Schulenburg ausweichend zu antworten: der König könne vor völlig beendigter Auseinandersetzung mit den übrigen im Münsterschen entschädigten Fürsten darüber nicht bestimmen; die Ritterschaft möge sich aber versichert halten, daß der König sie gegen seine übrigen Provinzen nicht zurücksetzen werde. Friedrich Wilhelm III. genehmigte auch diese Erklärung;⁵³ Schulenburg hatte sich auf der ganzen Linie durchgesetzt.⁵⁴ Eine ständische Verfassung ist vor 1806 in keiner der Entschädigungsprovinzen zustande gekommen.⁵⁵ Gegenüber denjenigen, die das bedauern mögen, darf man doch berechnete Zweifel aussprechen, ob die Erneuerung der alten Landstände wirklich die Reibungen verkleinert oder gar beseitigt hätte. Bei der Preußen nicht sehr günstigen Gesinnung, besonders des Adels und der Geistlichkeit, ist eher das Gegenteil mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen.

Von Anfang an stand es fest, daß die Klöster in den Entschädigungsprovinzen aufgehoben werden würden. Durch den vorläufigen Hauptschluß der Reichsdeputation in Regensburg vom 26. November 1802 erhielt Preußen dafür die reichsrechtlichen Grundlagen, nachdem schon vorher die Aufnahme von Novizen ohne ausdrückliche Zustimmung Schulenburgs verboten

52. E. Botzenhart a. a. O. I. S. 372.

53. Kab.Ord. an Schulenburg, Charlottenburg 11. Juli; Antwort Schulenburgs, Marienfelde 14. Juli; Kab.Ord. an Schulenburg, 25. Juli 1803. Rep. 89,58 C.

54. Den Vorwurf M. Lehmanns (a. a. O. I. S. 257), der das Vorgehen Schulenburgs „unehrlich“ findet und von „krummen Wegen“ spricht, hat schon G. Ritter (a. a. O. I. S. 130, Anm. 11) zurückgewiesen.

55. M. Lehmann a. a. O. S. 259, Anm. 1.

worden war. Und so bestimmten die „Grundsätze“ (§ 10), daß die weiblichen Klöster bestehen bleiben, aber im Verhältnis zu ihrem Vermögen einer Steuer von 5—25 %, in der Praxis durchschnittlich 10 %, unterworfen werden sollten. Als Unterrichts-, Erziehungs- und Krankenanstalten, sowie für die Ausbildung von Erzieherinnen und Krankenpflegerinnen hielt man sie für sehr nützlich; nur in einigen wenigen Fällen, wo sie sich wegen ihrer geringen Einnahmen und ihrer Dürftigkeit nicht zu diesen Zwecken eigneten, erfolgte die Auflösung.

Über die männlichen Klöster sollte Schulenburg einzelne Berichte einreichen, nach denen der König über ihre Aufhebung oder Beibehaltung entscheiden wollte („Grundsätze“ § 11). Friedrich Wilhelm III. hatte hier zunächst einen generellen Bericht über sämtliche Klöster von Schulenburg verlangt. Aber es gelang diesem ihn zu überzeugen, daß die Umstände und Verhältnisse der einzelnen Klöster zu verschieden seien, als daß man darüber allgemeine Vorschläge machen könne.⁵⁶ Dieses Vorgehen Schulenburgs fand auch den vollen Beifall Steins. „Der gewählte Weg, ein Kloster nach dem anderen aufzulösen und bei dieser Auflösung die Verhältnisse individuell und örtlich zu bestimmen, ist gewiß der beste Weg, um Härte und Unbilligkeit zu vermeiden“, schrieb er damals.⁵⁷ Im Laufe der nächsten Monate genehmigte nun der König auf Antrag Schulenburgs die Aufhebung sämtlicher Mannsklöster mit Ausnahme der Mendikantenklöster, die zur Unterstützung des Weltklerus in der Seelsorge nötig waren.⁵⁸ Das nicht unbeträchtliche Vermögen der Klöster fiel an den Staat, der dafür an die Mönche Pensionen zahlen mußte.⁵⁹ Bei der Festsetzung der Pensionen ging Schulenburg sehr großzügig vor, wie er auch sonst bemüht war, den Mönchen den Übergang in die neue Lebensweise zu erleichtern.⁶⁰ Es wurde ihnen sogar freigestellt, im Kloster wei-

56. Kab.Ord. an Schulenburg, 11. Dezember 1802. Rep. 70. Hauptkommission II. Sect. XIV. 4.

57. M. Lehmann a. a. O. I. S. 279.

58. Rep. 89, 58 L.

59. § 35 und § 64 des Hauptschlusses.

60. E. Konsek, Die Klöster und Stifter des Bistums Hildesheim unter preußischer Herrschaft, S. 36 f. 44. 85 f.

ter zu wohnen und die Gärten zu benutzen, ein Angebot, von dem auch eine Anzahl Gebrauch machte. Sein großzügiges Verhalten zeigte sich auch bei der Entschädigung des Fürstbischofs. Auf seinen Antrag erhielt dieser eine Pension von 50 000 Rtlr.; der König übernahm sogar 6000 Gulden, welche der Fürstbischof von den 50 000 Rtlr. zur Unterstützung des Bischofs von Lüttich abgeben sollte, auf seine eigenen Kassen. Allerdings versäumte es Schulenburg, die durch die Säkularisation der Klöster freigewordenen Mittel gleich, wie es eigentlich beabsichtigt war, zur Verbesserung des Schul- und ähnlicher Volksbildungsfonds zu verwenden. Erst später wurde ein Fond „zur sukzessiven Verbesserung der Kirchen, Schulen und anderer ähnlicher gemeinnütziger Institute“ begründet, der freilich nicht sehr groß war.⁶¹

Die Durchführung der Organisation der Entschädigungsprovinzen im Einzelnen war nicht mehr Sache Schulenburgs. Er nahm nur noch im Auftrage des Königs am 10. Juli 1803 die Erbhuldigung vor, zu der sämtliche neuerworbenen Provinzen ihre Vertreter nach Hildesheim entsandten. In seinem Bericht an den König⁶² rühmt er die „Herzlichkeit und Zufriedenheit“, mit der sie vor sich gegangen sei. Damit war auch formell die Einverleibung der Entschädigungsprovinzen vollzogen. Bald darauf wurde die Hauptorganisationskommission nach Berlin verlegt und der zum Staatsminister ernannte Oberkammerpräsident von Angern an ihre Spitze gestellt.⁶³

Schon vorher hatte der König Schulenburg zur Belohnung für seine Tätigkeit in den Entschädigungsprovinzen das ehemalige Klostergut Ringelheim geschenkt,⁶⁴ wie er auch sonst seinen „Scharfblick“ anerkannt und ihn seines unerschütterlichen Vertrauens versichert hat.⁶⁵ Aber das darf uns nicht dar-

61. M. Lehmann a. a. O. I. S. 279.

62. Hildesheim 11. Juli 1803. Rep. 89,58 C.

63. Kab.Ord. an Angern, 23. Juli 1803.

64. Kab.Ord. an Schulenburg, 18. April 1803. Rep. 89,95.

65. „Ich habe zu oft erfahren, daß Euer Scharfblick tief und gründlich in die verwickeltesten Verhältnisse eindringt.“ Kab.Ord. an Schulenburg, 19. März. Oder: „Ich werde Euer Urteil mit unumschränkten Vertrauen bestätigen“. Kab.Ord. an Schulenburg, 21. April 1803. Rep. 70 Münster II. Sect. XVII. 6.

über hinwegtäuschen, daß Schulenburg seiner Aufgabe nur zum Teil gerecht geworden ist. Er war zwar infolge seiner dreißigjährigen Ministertätigkeit und seiner bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden und leider sich auch oft darin verlierenden Kenntnis der preußischen Verwaltung besonders befähigt, die Organisation der neuen Provinzen vorzunehmen, aber — und das beweist am deutlichsten, daß er seinen Auftrag nur unvollkommen durchführen konnte — es fehlte ihm, durch seine Überschätzung der Formen auf Kosten des inneren Wesens der Dinge bedingt, an dem nötigen Verständnis für die Besonderheiten der neuen Lande; er kannte nur das eine Ziel Alles nach preußischem Muster einzurichten und so die alten und die neuen Provinzen auf einen Nenner zu bringen. Dieser Mangel an Verständnis für die Eigentümlichkeiten der neuen Provinzen wirkte sich besonders dadurch ungünstig aus, daß Schulenburg es unterließ, wenigstens durch Aufnahme moderner Ideen die veralteten altpreußischen Formen mit neuem Leben zu erfüllen. Was z. B. Hardenberg in Ansbach-Bayreuth mit Erfolg versucht hatte, die Neuordnung der Verwaltung mit Berücksichtigung dieser modernen Ideen durchzuführen, das versäumte man hier, weil Schulenburg eben allen Neuerungen feindlich gegenüberstand. Er hielt es nach seinen eigenen Worten für ausreichend, wenn sich die preußische Regierung vorzüglich bemühte, „durch Anwendung der Grundsätze der preußischen Staatsverwaltung in den älteren Provinzen, durch Milde, Güte und Achtung für Religion und Eigentum die Vorurteile bei dem Volke zu zerstreuen“.⁶⁶ Im ganzen gab die preußische Regierung — nach dem Zeugnis des Hannoveraners Rehberg, der später Hildesheim für Hannover besetzte — ein Beispiel, „wie man die unvermeidliche Unzufriedenheit mit großen Veränderungen hie und da heben, allemal wenigstens mildern, sie durchaus lähmen und einen bedeutenden Teil des Volkes für sich gewinnen kann, wenn man nur einfache politische Zwecke verfolgt, sich dabei über alles kleinliche erhebt und vor allen Dingen das Geld nicht achtet“.⁶⁷

66. Schulenburg an Stein, Hildesheim 6. Oktober 1802. Rep. 70. Münster II. Sect. XII. 2.

67. Schulenburg habe das Privatinteresse so sehr geschont und alle

III.

Die Besetzung und Verwaltung von Hannover 1806.

Im Oktober 1801, als der Friede zwischen England und Frankreich nahe bevorstand, hatten die preußischen Truppen Hannover wieder verlassen. Aber dieses Land sollte auch weiterhin einen gewichtigen Gegenstand der europäischen Politik bilden.

Der Friede von Amiens dauerte nämlich nicht lange; im Mai 1803 brach der Krieg von neuem aus. Damit war auch die Frage nach dem Schicksal Hannovers wieder aufgerollt. Denn Frankreich hatte schon vorher ganz unzweideutig erklärt, daß es in diesem Falle sofort Hannover besetzen würde. Es fragte sich nur, ob nicht dem wieder Preußen wie 1801 zuvorkommen würde. Doch in Berlin dachte man diesmal anders. War der König schon 1801 nur mit innerem Widerstreben an die Besetzung herangegangen, so hatten die damit verbundenen Verdrießlichkeiten und Verdächtigungen Preußens ihn darin noch bestärkt und er konnte sich jetzt nicht mehr zur Wiederholung dieses Schrittes entschließen. Er sah vielmehr ruhig zu, wie die Franzosen das Land besetzten und damit an den Grenzen der preußischen Kernlande standen. Napoleon aber hatte in Hannover ein Pfand in den Händen, mit dem er nun in den nächsten Jahren seine politischen Geschäfte zu machen versuchte. In den Verhandlungen mit Preußen spielte dieses Land 1805/06 eine Hauptrolle. Im August 1805 bot es Napoleon Friedrich Wilhelm III. an, wenn er dafür den status quo in Italien garantiere. In Berlin war man gar nicht so abgeneigt darauf einzugehen, da die Vorteile einer Vereinigung Hannovers mit Preußen in geographischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht klar auf der Hand lagen; besonders Hardenberg trat für die Annahme des Angebotes ein. Doch trat diese Frage dann infolge

persönlichen Forderungen an die Regierung mit so großer Freigebigkeit behandelt, daß es jetzt, in dem seit jener Zeit sehr gesunkenen Zustande der öffentlichen Einkünfte, schwer würde, Alles zu leisten, was damals versprochen worden sei. Rehberg, Zur Geschichte des Königreichs Hannover in den ersten Jahren nach der Befreiung von der westfälischen und französischen Herrschaft, S. 84 f.

des Durchmarsches der Franzosen durch Ansbach und des Ausbruches des dritten Koalitionskrieges einen Augenblick in den Hintergrund.

An den nun folgenden politischen Ereignissen nahm Schulenburg einen hervorragenden Anteil. Er trat entschieden für den Anschluß Preußens an die Koalition ein; sah er doch hierin die letzte Möglichkeit den Übergriffen Napoleons ein Ende zu bereiten. Der Vertrag von Potsdam vom 3. November schien ihn seinem Ziele nahe zu bringen. Doch diese Hoffnungen wurden durch die Sendung des Grafen Haugwitz zunichte gemacht. Trotzdem forderte er noch nach der Schlacht bei Austerlitz das Festhalten an dem Traktat. Bei einer Beratung am 9. Dezember erklärte er in einer Rede, die er dann auch in einem Memorial niederlegte,⁶⁸ daß am 11. Dezember der Kriegszustand zwischen Preußen und Napoleon einträte und der König verpflichtet sei, unverzüglich mit 180 000 Mann seinen Verbündeten zu helfen. Man müsse so handeln, als ob Österreich, Mähren und Böhmen preußische Provinzen seien, die vereinigten Armeen ein Teil der preußischen Macht wären; ein entgegengesetztes Verhalten, ein „nager entre deux eaux“, würde für den Staat unausbleiblich die nachteiligsten Folgen haben; das Mißtrauen der Verbündeten würde bald geweckt werden und in Haß umschlagen. Napoleon selbst würde keineswegs gewonnen werden; da er den Traktat bestimmt kenne, werde er das Benehmen Preußens nicht für Freundschaft, sondern für Schwäche halten, den Traktat selbst dem preußischen Staate nicht vergeben und, sobald er nur hinreichende Streitkräfte frei habe, gegen Preußen marschieren. Wollte er aber auch das Land mit einem Krieg verschonen, so würde es doch einer unbedingten Abhängigkeit verfallen, da sich alle Nachbarn Frankreich anschließen würden; und wenn endlich die Arroganz nicht mehr auszustehen sei, würde Preußen es allein mit Frankreich zu tun haben.

Es ist vielleicht das Beste, was damals hier mit geradezu prophetischen Worten über die gefährliche außenpolitische Lage

68. L. v. Ranke, Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg, V. S. 210 ff.

des preußischen Staates gesagt wurde; und die Folgezeit hat Schulenburgs Befürchtungen nur allzu schnell recht gegeben. Der Einwand, daß seine Vorschläge nicht mehr ausführbar waren, ist nicht stichhaltig. Im Gegenteil, Preußen war mit seinen 200 000 Mann durchaus auch jetzt noch in der Lage dem Kriege eine entscheidende Wendung zu geben, zumal wenn man berücksichtigt, daß nicht nur Erzherzog Karl noch über ein ungeschlagenes Heer verfügte und ein russisches Ersatzheer unter Bennigsen schon Schlesien erreicht hatte, sondern auch die Position Napoleons trotz seines Sieges infolge seiner geringen Truppenzahl und der weiten Entfernung von seiner Operationsbasis nicht gerade sehr stark war. Aber ein solcher kühner Entschluß war natürlich unmöglich von Männern zu erwarten, die nicht einmal in weit günstigeren Situationen den Mut besessen hatten, sich zu einem entscheidenden Schritt aufzuraffen, sondern vielmehr für die schwankende Außenpolitik der letzten Jahre verantwortlich zeichneten. Im Augenblick hatten zwar Schulenburgs mannhafte und energische Worte einen großen Eindruck auf die Versammelten gemacht; der König teilte dem Zaren mit, daß er an dem Verträge festhalte und auf den Rat des Herzogs von Braunschweig beschloß man, durch Böhmen nach Schlesien zu marschieren, um einen weiteren Vormarsch Napoleons zu verhindern. Als aber neue Nachrichten erst die ganze Schwere der Niederlage der Verbündeten erkennen ließen und man noch erfuhr, daß Österreich bereits einen Waffenstillstand abgeschlossen habe, da war es auch mit dieser letzten Selbstbesinnung vorbei. Schulenburgs Vorschläge sind ohne jede nachhaltige Wirkung geblieben und haben den Staat auf seiner abschüssigen Bahn nicht mehr aufhalten können.

Haugwitz schloß schon am 15. Dezember in Schönbrunn mit Napoleon einen Bündnisvertrag ab, in dem Preußen alle Eroberungen Napoleons garantierte und dafür Hannover erhielt. Schulenburg erklärte sich sofort gegen diesen Vertrag; er machte darauf aufmerksam, daß jede Besitzergreifung von Hannover ohne die ausdrückliche Bezeichnung desselben als eines geheiligten Depositums (*dépôt sacré*) eine Feindseligkeit gegen England darstelle; ja, man könne sogar so weit gehen und sagen, daß seine Annahme den König verpflichten würde, an dem Kriege

Napoleons gegen England und Rußland teilzunehmen.⁶⁹ Seine Vorstellungen wirkten insofern, als man beschloß den Vertrag nur mit verschiedenen Modifikationen anzunehmen; darunter war die wichtigste die, daß Preußen Hannover zwar dauernd besetzen, aber erst nach dem Frieden zwischen Frankreich und England mit dessen Genehmigung eigentlich übernehmen wollte. Während nun Haugwitz auf dem Wege nach Paris war, um diese Modifikationen durchzusetzen, glaubte man in Berlin aus einem Schreiben Talleyrands an den Gesandten Laforest, in welchem es hieß, daß der Kaiser sich leicht mit Haugwitz über alles, was die gemeinsamen Interessen Frankreichs und Preußens angehe, verständigen werde, und daß er jeden Schritt, der die Freundschaft zwischen beiden Kronen verstärke, mit Genugtuung begrüße,⁷⁰ schließen zu dürfen, daß sie schon von Napoleon angenommen seien. Da auch Laforest selbst diese Ansicht teilte, so beschloß man allzu voreilig am 24. Januar 1806 die Armee zu demobilisieren.⁷¹ Wenn man sich den Text dieses Briefes durchliest, kann man es einfach nicht begreifen, wie auch Schulenburg, der doch alle Ränke und Schliche der französischen Politik kannte, sich durch derart unbestimmte Äußerungen täuschen lassen konnte. Aber für ihn spielten in diesem Augenblicke finanzpolitische Erwägungen die Hauptrolle, die ihn sogar veranlaßten sogleich die Absendung der schon vorher geschriebenen Befehle zu beantragen, da man dadurch täglich 100 000 Rtlr. spare. Als ob man sich in derartig weltbewegenden Zeiten von solchen Erwägungen leiten lassen dürfte! Die Folgen dieses verhängnisvollen Beschlusses sollten sich gleich zeigen. In dem Verträge von Paris mußte Preußen sogar noch über den von Schönbrunn hinaus Hannover sofort mit dem Titel der Souveränität in Besitz nehmen⁷² und die Nordseehäfen gegen England

69. L. v. Ranke a. a. O. V. S. 256 ff.

70. L. v. Ranke a. a. O. II. S. 435.

71. An der entscheidenden Konferenz nahmen außer Schulenburg noch Beyme und Lombard, der Herzog von Braunschweig und die Adjutanten Köckritz und Kleist teil.

72. „en toute souveraineté“; Vgl. A. Wahl, Geschichte des europäischen Staatensystems im Zeitalter der französischen Revolution und der Freiheitskriege, S. 164.

schließen. Bedenkt man, daß die Rücksicht auf England Preußen hauptsächlich zu jenen Modifikationen veranlaßt hatte, so kann man sehen, wieviel sich seitdem verändert hatte und wie ungünstig die Lage Preußens durch jenen verhängnisvollen Demobilisierungsbeschluß geworden war, wenn sich jetzt Preußen entschließen mußte, diese Rücksichten vollständig fallen zu lassen und an ihre Stelle offene Feindseligkeiten zu setzen.

Inzwischen war aber in Schulenburgs politischer Haltung eine entscheidende Veränderung eingetreten.⁷³ Anscheinend haben die glänzenden Erfolge Napoleons schließlich auch auf ihn ihren Eindruck nicht verfehlt; wie viele andere sah er jetzt nach der Niederlage Österreichs und Rußlands keine andere Möglichkeit mehr als sich fest an Frankreich anzuschließen. In seinem Memorial vom 9. Dezember hatte er es schon ausgesprochen, wie die ungünstige politische Lage Preußens nur daher resultierte, daß man gleichzeitig mit Rußland und Frankreich in Freundschaft leben wollte, anstatt entschieden auf eine Seite zu treten. Damals hatte man noch die Wahl zwischen beiden Ländern, jetzt blieb nur noch der Anschluß an Frankreich übrig. Diese Feststellung wird Schulenburg sicher sehr unangenehm gewesen sein, da sie seiner prinzipiellen antifranzösischen Haltung vollkommen widersprach; eine derartige grundsätzliche Einstellung mußte aber jetzt hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurücktreten. Aber auch jetzt zog Schulenburg noch nicht die letzten Konsequenzen aus diesem politischen Stellungswechsel; noch immer gab er sich der trügerischen Hoffnung hin, die andere maßgebende Männer mit ihm teilten, daß Preußen trotz des Pariser Vertrages zwischen Frankreich und Rußland vermitteln könne. Damit wäre eigentlich nur, wenn diese Vermittlerrolle Preußens noch möglich gewesen wäre, das alte Spiel von neuem angefangen worden, welches Schulenburg selbst als die Ursache aller Verdrießlichkeiten bezeichnet hatte: daß Preußen in der Mitte es mit niemandem verderben wolle, deshalb von niemandem als Freund betrachtet werde und um so mehr der Gefahr ausgesetzt sei, bei dem einen oder dem anderen Teil anzustoßen. Wenn er übrigens im Gegensatz zu seiner besseren

73. Schulenburg an Beyme, Hildesheim 14. Febr. 1806. Rep. 89,9 B. b. 4.

Überzeugung eine Änderung seiner politischen Haltung vornehmen mußte, so spiegelt das nur recht die Unselbständigkeit der damaligen preußischen Politik wieder. Gezwungen hatte man den Pariser Vertrag unterschrieben, unter entwürdigenden Bedingungen besetzte man jetzt Hannover.

Schon am 24. Januar, also dem Tage der Demobilisierung, war Schulenburg vom Könige mit der Zivilverwaltung von Hannover beauftragt worden.⁷⁴ Nach dem Ernennungsschreiben sollte er die Landesverwaltung auf dem bisherigen Fuße und mit den vorhandenen Behörden fortführen, „doch so, daß alle direkte oder indirekte Verbindung mit dem Könige von England zu suspendieren, die Geschäfte nicht in dessen Namen, sondern im Namen des Landes zu führen und vor allen Dingen dahin zu sehen sei, daß die Neutralität des Landes bei dem Kriege zwischen Frankreich und England nicht auf die entfernteste Weise verletzt, mithin auch weder Geld noch Geldeswert dem Könige von England zugeführt, viel weniger noch irgendeine Aushebung von Mannschaften oder Werbung gestattet werde“. Um die Wohlfahrt des Landes zu fördern und die Lasten zu vermindern, erklärte der König weiter, daß er den Friedensetat der zu der Besetzung erforderlichen Truppen aus seinen eigenen Kassen fortzahlen lassen werde, während das Kurfürstentum nur die Verpflegung und die Zuschüsse nach dem Feldetat aufbringen sollte, wie überhaupt die Einkünfte nach Abzug der Verwaltungskosten allein zu dessen Nutzen verwendet werden sollten.

Als Schulenburg am 15. Februar in Hannover eintraf, waren noch nicht fünf Jahre vergangen, seitdem er 1801 die Verhandlungen mit dem hannoverschen Ministerium geführt und die Bahn für die erste Besetzung durch Preußen frei gemacht hatte. Aber wie hatten sich die Verhältnisse seitdem geändert! Damals besaß Preußen noch die unbestrittene Vormachtstellung in Norddeutschland, wenn auch die Schwächen seiner Politik schon zu erkennen waren; jetzt war es faktisch aus der Reihe der Großmächte ausgeschieden und zu einem Vasallenstaat Napoleons degradiert. 1801 kam Schulenburg in ein unter dem Schutze der Demarkationslinie wirtschaftlich blühendes Land; jetzt fand er

74. Kab.Ord. an Schulenburg. Gen.Dir. Hannover. Sect. I. 1.

eine durch mehrjährige französische Besetzung ausgeplünderte Provinz vor. Und was noch viel schwerer wiegt, damals hatte Preußen mit indirekter Zustimmung Englands die Besetzung vorgenommen, während es jetzt dagegen Napoleon nur darauf ankam, auf diese Weise Preußen in einen Krieg mit England zu verwickeln, was er besonders durch die Schließung der Flußmündungen erhoffte. Den vollkommenen Umschwung der Lage sollte Schulenburg gleich in höchst unangenehmer Weise zu spüren bekommen.

Machte es schon Schwierigkeiten die Engländer, Russen und Schweden, welche seit dem September 1805 nach dem Abzuge Bernadottes das Land besetzt hielten, zum Abmarsch zu bewegen, so waren diese gar nicht zu vergleichen mit dem Ärger, den die Franzosen Schulenburg bereiteten. Gemäß den Bestimmungen des Pariser Vertrages vom 15. Februar sollten die französischen Truppen, die noch die Festung Hameln besetzt hielten, sofort nach dessen Ratifikation, die am 8. März in Paris vorgenommen wurde, das Kurfürstentum räumen. Darüber hatten Haugwitz und der General Duroc am 8. März eine besondere Konvention abgeschlossen, die Hardenberg in seinen Denkwürdigkeiten treffend als „ein höchst seichtes, unbestimmtes und nachteiliges Machwerk“ bezeichnet hat.⁷⁵ Danach sollten zwar die französischen Truppen Hameln am 18. März räumen und den Preußen übergeben; ein weiterer Artikel bestimmte aber, daß die hannoverschen Stände den französischen Truppen den Sold bis zum ersten April auszahlen und ihnen außerdem die nötigen Transportmittel bis zur französischen Grenze liefern sollten. Schulenburg stellte dem Könige sogleich vor, daß dieser so überaus unbestimmt gefaßte Artikel den Franzosen zu ungeheuren Reklamationen Veranlassung geben und daß die Räumung der Festung nicht eher erfolgen werde, als bis man ihre Forderungen befriedigt hätte.⁷⁶ Seine Befürchtungen sollten sich sogleich bestätigen. Als ein preußischer Kommissar, der Oberst von Elsner, in Hameln erschien, um die Festung von den Franzosen zu übernehmen, erklärte der dort kommandierende General Barbou nicht eher zu räumen,

75. L. v. Ranke a. a. O. II. S. 518.

76. Schulenburg an den König, Hannover 16. März 1806. Rep. 89,127.

als bis die Stände den seit September rückständigen Sold bezahlt hätten. Da diese aber nicht in der Lage waren auch nur einen Pfennig zu bezahlen, weil die Franzosen das Land systematisch ausgeplündert hatten,⁷⁷ auch keinen Kredit besaßen und, selbst wenn Geld zu bekommen gewesen wäre, die Zeit zum Aufnehmen zu kurz war, so schoß der König auf Antrag Schulenburgs die verlangten Summen vor.⁷⁸ Im ganzen betrugen die Forderungen der Franzosen eine Million Francs oder 242013 Rtlr., den Friedrichsdor zu 20 Francs und 66 Centimes gerechnet,⁷⁹ wovon die Garnison 800 000 Francs erhielt. Die übrigen 200 000 Francs teilten sich der General Barbou und der General Rapp, welcher den Befehl zur Räumung Hamelns überbracht hatte, so daß auf jeden 100 000 Francs kamen.⁸⁰ Unter diesen Verhandlungen war der 18. März, an dem die Übergabe der Festung an Preußen erfolgen sollte, vorübergegangen, ohne daß die Franzosen irgendwelche Anstalten dazu getroffen hatten; erst am 30. März verließen die letzten französischen Truppen Hameln. Das Benehmen der Franzosen bei den Verhandlungen und der Räumung war für Preußen eine einzige große Demütigung. Schulenburg schrieb darüber an den General Knessebeck in Hameln: „Noch nie ist wohl ein König, mit welchem eine andere Macht ein Allianztractat geschlossen hat, so ohne alle Scham mißhandelt worden als wir es werden. Ich habe viel dergleichen prophezeit, aber was geschieht übersteigt meine Erwartung“.⁸¹ Wie tief Schulenburg auch selbst dadurch ver-

77. Sogar die Domänengefälle hatten sie sich größtenteils vorausbezahlen lassen. Infolgedessen konnten die Invaliden nicht einmal den monatlichen Taler bekommen. Vgl. oben S. 114, Anm. 76.

78. Schulenburg an den König, 16. und 19. März; Kab.Ord. an Schulenburg, 18. März 1806. Gen.Dir. Hannover. Sect. III. 12.

79. Schulenburg hatte anfangs befürchtet, daß die Forderungen 300 000 Rtlr. bedeutend übersteigen würden. Vgl. oben S. 114, Anm. 76.

80. Elsner an Schulenburg, Hameln 20. März 1806. Gen.Dir. Hannover. Sect. III. 12. Die Angabe von Hardenberg (L. v. Ranke a. a. O. II. S. 519), daß Schulenburg den beiden Generälen 100 000 Rtlr. geschenkt habe, hat schon M. Lehmann (Scharnhorst I. S. 367 f.) berichtigt, allerdings nur indirekt durch Angabe der oben genannten richtigen Summen; dann u. a. F. Thimme, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der französisch-westfälischen Herrschaft 1806—1813, I. S. 141, Anm. 4.

81. Hannover 22. März 1806. Gen.Dir. Hannover. Sect. III. 12.

letzt wurde, zeigt ein Schreiben an Lucchesini: „Alles, was sich zu Hameln zugetragen hat, ist so bitter für einen alten preußischen Staatsdiener, daß ich es nicht beschreiben kann“.⁸²

Inzwischen hatte Schulenburg noch weitere Kränkungen hinnehmen müssen. Der General Rapp begab sich nämlich von Hameln sofort nach Hannover und erklärte ihm, sein Auftrag gehe dahin die Anstalten zu beaufsichtigen, welche Preußen gegen den englischen Handel getroffen hätte. Als Schulenburg ihm erwiderte, daß diese erst noch vorgenommen werden müßten, eröffnete ihm Rapp, daß der General Barbou den Befehl hätte, in Hannover als Minister zu residieren und die Ausführung des Vertrages vom 15. Februar zu überwachen. Das Auftreten des Generals Rapp war bei seiner ersten Zusammenkunft mit Schulenburg derartig ungeschliffen und arrogant,⁸³ daß Schulenburg noch an demselben Tage (19. März) den König bat, ihn so schleunigst als nur irgend möglich ablösen zu lassen, da er nach seinem Charakter auf keine Weise dazu passe, Demütigungen hinzunehmen, und er nicht dafür bürgen könne, daß er Herr seiner Empfindlichkeit bleibe. Am 22. März wiederholte er die Bitte um Ablösung. „Ich wünsche“, schrieb er dem Könige, „daß meine Gesundheit noch einige Zeit vorhalte, glaube es aber nicht, da alle meine Gefühle so empört sind, daß ich mich nicht wundern würde, wenn mich der Schlag rühren sollte.“ Die Antwort des Königs auf das erste Ablösungsgesuch ist zu interessant als daß ich sie hier übergehen möchte. „Eure Empfindung“, schrieb er an Schulenburg, „ist sehr begreiflich, obgleich sie nicht dazu geeignet ist, der meinigen von ihrer Bitterkeit etwas zu benehmen. Steht es mit der gemeinen Sache so, daß manches, was nicht hätte möglich sein sollen, doch möglich geworden ist, so folgt zuerst daraus, daß ich der Liebe, des

82. „Tout ce qui s'est passé à Hameln, est si amer pour un ancien serviteur Prussien, que je ne peux le décrire.“ Schulenburg an Lucchesini, 25. März 1806. Gen.Dir. Hannover. Sect. III. 12.

83. In dem eben erwähnten Schreiben an Lucchesini vom 25. März spricht Schulenburg von „Beleidigungen, die mir der General Rapp in einem Ton und in einer Weise zugefügt hat, denen ich niemals ausgesetzt gewesen war“ („des insinuations, que le Général Rapp m'a faites d'un ton et avec des manières, auxquelles jamais je n'avais été exposé“).

Eifers und der Beharrlichkeit meiner getreuen Diener noch mehr als unter gewöhnlichen Umständen bedürftig bin. Euer Selbstgefühl wird Euch sagen, daß Ihr mir jetzt unersetzlich seid, und daß auf dem Fleck, wo Ihr gegenwärtig steht, nur die Vereinigung Eurer vielfältigen Erfahrungen dem schweren Beruf genügt. Ihr kennt mich zu sehr, um einen anderen Zwang zu besorgen als den, welchen Euer so oft bewährter Patriotismus sich selbst mit frohem Bewußtsein auflegt.“⁸⁴ Ja, Schulenburg erhielt die Weisung, dem Franzosen artig zu begegnen und ihm, da viel auf seinen Bericht über die Besichtigung der preußischen Vorkehrungen ankommen werde, „nach Befinden der Umstände besonders wichtige Motive dazu zu geben“. ⁸⁵ Der General Rapp besichtigte dann auch die Anstalten, welche Preußen zur Sperrung der Elbe und Weser traf. Er muß mit ihnen sehr zufrieden gewesen sein; denn er erklärte Schulenburg nach seiner Rückkehr: „Eure Anstalten sind so vollkommen, daß ich glaube, wir würden hinter Euch zurückgeblieben sein“, ⁸⁶ ein Beweis dafür, daß Preußen den Pariser Erpressungsvertrag auch loyal durchführte. Gemäß der Ankündigung Rapps kam auch der General Barbou Anfang April nach Hannover. Schulenburg verlangte in Berlin, sofort dessen Abberufung zu fordern, indem er auf die Folgen seiner Anwesenheit hinwies: das Publikum könne, solange er hier bleibe, nicht an die Endgültigkeit der augenblicklichen Zustände glauben und halte Preußen nur für den französischen Geschäftsträger. ⁸⁷ Auf die dringenden Vorstellungen Preußens in Paris hin wurde Barbou endlich Anfang Mai zurückberufen, nachdem der General Rapp schon vorher Hannover verlassen hatte.

Wir können es durchaus verstehen, daß Schulenburg unter all diesen Ereignissen schwer gelitten haben muß; denn derartigen Zumutungen war er in seiner langen Ministerlaufbahn noch nicht

84. Schulenburg an den König, 19., 20. und 22. März; der König an Schulenburg, 22. März 1806. Gen.Dir. Hannover. Sect. III. 12.

85. Beyme an Hardenberg, 24. März 1806. Vgl. M. Lehmann, Scharnhorst I. S. 368 f.

86. „Vous faites les choses si parfaitement, que je crois que nous n'en aurions pas faits autant.“ Schulenburg an den König, 28. März 1806. Gen.-Dir. Hannover. Sect. III. 21.

87. Schulenburg an Beyme, 2. April 1806.

ausgesetzt gewesen. Er bekam es eben selbst zu spüren, wohin eine schwächliche Politik führt und wie wenig auf Staaten Rücksicht genommen wird, die es an einem entschlossenen und zielbewußten Auftreten fehlen lassen. Ein solcher politischer Anschauungsunterricht traf allerdings in Schulenburg den für diese Politik nicht verantwortlichen; viel nötiger wäre er einigen anderen preußischen Staatsmännern gewesen, die auf diese Weise an Ort und Stelle die „Erfolge“ ihrer Politik kennengelernt hätten. Schließlich wußte auch Schulenburg aus dem Dilemma, an dem er, wie nicht oft genug betont werden kann, den geringsten Anteil hatte, keinen anderen Ausweg, als „ruhig und geduldig zu ertragen, was wir durch Unentschlossenheit und Schwanken verschuldet“.⁸⁸

Was nun die preußischen Maßregeln gegen den englischen Handel selbst angeht, so machte der König Schulenburg zur besonderen Pflicht alles sorgfältig zu vermeiden, was England noch mehr als die Sache selbst reizen könnte, zur Erreichung des Zweckes aber nicht wesentlich und unumgänglich erforderlich sei.⁸⁹ Danach bestimmte das am 28. März von Schulenburg erlassene Publikandum, daß die Häfen an der Nordsee, sowie die Ströme, welche sich in dieselbe ergössen, der englischen Schifffahrt und Handlung ebenso wie zu den Zeiten der französischen Besetzung gesperrt werden sollten.⁹⁰ Am 14. April berichtete Schulenburg, daß die Sperrung der Nordseehäfen sowie der Weser und Elbe vollzogen sei. Es komme nun aber noch auf die Maßregeln an, die zu ergreifen seien, um den Eingang und das Ausladen englischer Waren, worunter er jedoch nur englische Manufaktur- und Fabrikwaren, nicht aber Kolonialwaren verstehe, zu verhüten. Auch hier ging er nicht den kleinsten Schritt weiter als vorher die Franzosen. Ebenso nahm er auch keine Konfiskationen schon vorhandener englischer Waren im Lande

88. Schulenburg an Beyme, 1. Mai 1806. Rep. 89,9 B. b. 4.

89. Kab.Ord. an Schulenburg, 24. März 1806. Gen.Dir. Hannover. Sect. III. 21.

90. Diese Bestimmung fußte auf dem Artikel 4 des Pariser Vertrages, wonach die Sperrung „de la même manière que l'on fait les troupes françaises occupant l'Electorat de Hanovre“. L. v. Ranke a. a. O. II. S. 484. Rep. 89,127.

selbst vor.⁹¹ Wenn sich Schulenburg so auch eifrig bemühte, England durch möglichste Schonung zurückzuhalten, die letzten Konsequenzen aus dem Verhalten Preußens zu ziehen, so mußte das verlorene Liebesmüh' bleiben. Der Pariser Vertrag ließ eben Preußen nur eine einzige Möglichkeit, die zum Bruch mit England führen mußte; man konnte nicht einerseits den Vertrag vom 15. Februar loyal durchführen und gleichzeitig sich mit England günstig stellen. So war es nur die natürliche Folge dieses Vertrages, wenn England den Blockadezustand über die betreffenden Küstengebiete verhängte und später sogar an Preußen den Krieg erklärte.

Eine Folge des Pariser Vertrages war es auch, wenn Friedrich Wilhelm III. Anfang April feierlich von dem Kurfürstentum Besitz ergriff. Das hielt man schon aus Rücksicht auf Napoleon für nötig; außerdem wollte man damit jeden Zweifel der Hannoveraner über ihre Zukunft beseitigen. Denn das war es ja gerade in erster Linie, was diese mit der Einverleibung in Preußen nicht zufrieden sein ließ, daß sie nicht die Überzeugung hatten, daß dies nun ihr wirkliches und endliches Schicksal wäre; vielmehr befürchteten sie noch weitere Veränderungen.⁹² Hier hat auch die feierliche Besitzergreifung keinen Wandel schaffen können; denn auch nachher mußte Schulenburg zugeben, daß nur ein kleiner Teil des Volkes diese Regelung für endgültig hielt, während der weitaus größere der Überzeugung war, daß in kurzer Zeit statt des preußischen schwarzen Adlers der französische goldene angeschlagen würde.⁹³ Der Instinkt des Volkes sollte nur zu bald recht behalten. Mit der förmlichen Besitzergreifung hörte selbstverständlich jede Rücksicht auf England hinsichtlich der Verwaltung auf und man ging gleich an die Vorbereitung der Organisation nach preußischem Muster.

Auch hier hielt Schulenburg an dem Grundsatz fest, den wir schon bei der Organisation der Entschädigungsprovinzen beobachtet haben, daß man sich zuerst eine genaue Kenntnis von

91. Schulenburg an den König, 14. und 27. April 1806. Rep. 89,127.

92. Schulenburg an den König, 13. März 1806. Gen.Dir. Hannover. Sect. I. 1.

93. Schulenburg an den König, 10. April 1806. Rep. 89,127.

dem Lande verschaffen müsse, ehe man zur Organisation schreiten könne. Das wurde die vorläufig wichtigste Aufgabe der neu errichteten preußischen Administrations- und Organisationskommission. An ihrer Spitze stand der Präsident der Kriegs- und Domänenkammer zu Stettin, Geheimer Oberfinanzrat von Ingersleben, den Schulenburg als einen Mann von Tat und Arbeitsamkeit charakterisiert, dem allerdings die Erfahrung, im großen für sich allein zu handeln, noch mangeln müsse. Die Mitglieder der Kommission waren größtenteils „vorzüglich geschickte und rechtliche Männer“.⁹⁴ Da Schulenburg sich nur die Angelegenheiten vorbehielt, die früher der englische König selbst oder das hannoversche Ministerium „auf Spezialbefehl“ entschieden hatte; so hing natürlich von der Zusammensetzung der Kommission sehr viel ab; in der Verfassung und Verwaltung des Landes durfte sie übrigens von sich aus keine Veränderungen vornehmen.

Besondere Schwierigkeiten kamen noch hinzu, die eine rasche Organisation unmöglich machten. Denn, wie Schulenburg nach Berlin berichtete, bestand Hannover aus verschiedenen Provinzen, von denen einige erst nach und nach hinzugekommen waren und daher ihre besondere sehr verwickelte Verfassung hatten, die man erst genau kennenlernen müsse. Mit den Entschädigungsprovinzen verglichen werde die Organisation in Hannover langsamer vonstatten gehen, da man dort, wenngleich die Geschäftsführung nicht zu rühmen gewesen sei, doch die nötigen Akten und Papiere vollständig vorgefunden habe; diese fehlen aber hier, weil das hannoversche Staatsministerium bei dem Einfall der Franzosen sowie der Graf Münster bei seiner letzten Abreise nach England die wichtigsten Akten mitgenommen habe.⁹⁵ Hieraus erklärt es sich auch, wenn bei Beginn des Krieges von einer Vollendung der Organisation gar keine Rede sein konnte. In Berlin drängte man zwar auf ihre Beschleunigung; besonders wollte man Hannover möglichst bald zu den finanziellen Lasten des Staates heranziehen. Hier nahm Schulenburg entschieden Partei für das ausgesogene Land und seine

94. Schulenburg an den König, Hannover 24. Juli und Kehnert 10. September 1806. Rep. 89,95.

95. Schulenburg an den König, 4. Juni 1806. Rep. 89,127.

Hauptaufgabe bestand mit darin, den König von der Unausführbarkeit derartiger Pläne, die nur zu einem vollständigen finanziellen Ruin des Landes geführt hätten, zu überzeugen.

Als Friedrich Wilhelm III. Schulenburg die Eröffnung machte, daß die Generalbalance des Generalkriegs- und Domänenkassenetats für 1806/07 einen Ausfall von 412770 Rtlr. aufweise, und zwar hauptsächlich infolge des Fortfalls der Einkünfte aus Ansbach und Cleve, und daß wenigstens dieser Ausfall schon jetzt aus den hannoverschen Landen gedeckt werden müsse, da stellte er dem Könige die Unmöglichkeit einer solchen Forderung vor Augen. Denn die hannoverschen Lande seien drei Jahre lang von einem Feinde besetzt gewesen, der es verstanden habe auch den letzten Groschen zu nehmen. Die Provinzen seien daher völlig ausgesogen und ausgehungert; da überdies in den letzten Jahren die Ernten fast nirgends gut gewesen seien, so sei in manchen Gegenden die Not so groß, daß die Bauern auswandern wollten, und er seine ganze Sorge darauf richten müsse, eine Hungersnot zu verhüten. Außerdem habe das Land, um die Franzosen zu befriedigen, eine ungeheure Schuldenlast auf sich nehmen müssen, welche es jetzt verzinsen und abtragen solle, ohne daß Geld dazu vorhanden sei. So sollten allein im vorigen Monat von der Generallandschaftskasse 80 000 Rtlr. Zinsen und Wechselforderungen bezahlt werden, wozu nur 17000 Rtlr. vorhanden waren. Deshalb dürfe man vorerst Hannover keineswegs „für eine in dem ersten Augenblick Revenüen bringende Erwerbung“ ansehen, sondern sie erfordere vielmehr noch Ausgaben und Kosten, vorzüglich aber Schonung, um eine Erholung des Landes zu ermöglichen und die Untertanen in den Stand zu setzen ihre Abgaben zu leisten. Es werde große Sparsamkeit und Aufmerksamkeit erfordern, um die laufenden und nicht zu vermindernenden Ausgaben des Landes zu bestreiten. In Berlin konnte man sich auf die Dauer dieser Einsicht nicht verschließen und der König gab seinen Plan auf; damit verlor aber für ihn Hannover an Bedeutung, da es ihm keinen Ersatz für den Wegfall der Einkünfte von Ansbach und Cleve bot.⁹⁶ Es war eben wirklich so, daß man, rein

96. Kab.Ord. an Schulenburg, 31. Mai; Schulenburg an den König, 4. Juni; Kab.Ord. an Schulenburg, 7. Juni 1806. Rep. 89,127.

wirtschaftlich gesehen, blühende Provinzen verloren und dafür ein ausgeplündertes Land eingetauscht hatte. Gewiß wäre auch hier im Laufe der Jahre eine Änderung eingetreten, aber im Augenblick erforderte es höchstens noch Zuschüsse, an Überschüsse war jedenfalls nicht zu denken.

Bedenken trug Schulenburg ferner gegen die sofortige Einführung des preußischen Münzfußes und besonders der Scheidemünze. Er hielt sie zwar für wünschenswert, machte jedoch auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich schon im Münsterschen gezeigt hätten; selbst nach Verlauf von vier Jahren habe diese Maßregel noch nicht ihrem ganzen Umfange nach zur Ausführung gebracht werden können, obwohl dort nur Konventionsmünze kursiere. Wie viel schwieriger würde das in Hannover sein, wo das schwere Kassengeld umlaufe! Der Münzfuß desselben sei 18 Gulden aus der feinen kölnischen Mark und der preußische 21 aus derselben. In diesem schweren Gelde sei die Schuldenlast abgeschlossen und müßten auch die Zinsen entrichtet werden. Wollte man nun zur Einführung des preußischen Fußes und der Scheidemünze übergehen, so würde man das preußische Geld auch bei der Entrichtung der Abgaben in den öffentlichen Kassen annehmen müssen und auf diese Weise doppelt verlieren.⁹⁷ Schulenburg beachtete aber nicht, daß der Staat durch den jetzigen Zustand ebenfalls verlor, nach Beyme bis zum September über eine halbe Million Taler.⁹⁸ Solange Schulenburg selbst die Geschäfte leitete, verhinderte er jede Änderung; erst nach dem Übergang der Verwaltung an Ingersleben wurde für Hannover mit Ausnahme von Osnabrück und Lauenburg am 29. August eine neue Münzverordnung, welche das preußische Silbergeld zur Hauptmünze des Landes bestimmte, erlassen, die am ersten Oktober in Kraft treten sollte, aber dann infolge der politischen Umwälzungen auf dem Papier blieb.⁹⁹

97. Kab.Ord. an Schulenburg, 31. Mai; Schulenburg an den König, 4. Juni 1806. Rep. 89,127.

98. Bericht des Landrates von Grote an das Landesdeputationskollegium, Halle 22. September 1806.

99. F. Thimme a. a. O. I. S. 174 ff.

Infolge der schlechten finanziellen Lage des Landes wandte sich Schulenburg in ähnlichen Gedankengängen auch gegen Truppenerrichtungen, von denen er „äußerlich“ gehört hatte. Derartige Pläne könne man nur für die entfernte Zukunft machen, aber an ihre baldige Ausführung sei gar nicht zu denken. In einer Zeit, in der man nicht übersehen könne, woher die Zinsen und ein Amortisationsfond genommen werden und wovon die Pensionen sowie die Pensionsrückstände bezahlt werden sollen, könne man unmöglich aus dem ausgesogenen und ausgeplünderten Lande Revenüen zu neuen Truppen erhalten.¹⁰⁰ Dieser Gedanke scheint in Berlin nicht weiter verfolgt worden zu sein; gegen Schulenburgs Argumente ließ sich auch schwer etwas sagen.

Wenn wir hier Schulenburg so eifrig die Interessen Hannovers verteidigen sehen, so entsprach das nicht nur seiner Sorge um das Land, vielmehr hoffte er auch auf diese Weise die Hannoveraner am leichtesten für Preußen zu gewinnen. Diesem Ziele glaubte er auch zu dienen, wenn er dem Könige, der ein Gesuch der Stände um Beibehaltung ihrer Verfassung kurzweg ablehnen wollte, vorstellte, daß es besser sei sie ohne eine bestimmte Erklärung auf die Zukunft zu verweisen, weil eine gänzliche Ablehnung des Gesuches einen schlechten Eindruck machen und die Gemüter gegen Preußen einnehmen werde. Diese Sätze Schulenburgs stehen durchaus nicht im Widerspruche zu Anschauungen, die wir oben¹⁰¹ bei der Organisation der Entschädigungslande kennengelernt haben. Wenn Schulenburg dort weniger Rücksicht auf die Einwohner nahm, so zweifelsohne deshalb, weil die damaligen politischen Veränderungen den Stempel der Endgültigkeit an der Stirn trugen, was ja in unserem Falle nicht zutrifft. Damals hätten die Einwohner der Entschädigungsprovinzen nirgends einen Rückhalt in Europa gefunden, wenn sie ihn gesucht hätten, die Einwohner Hannovers aber hatten ihre mächtige Stütze im englischen Weltreich, waren damit nicht allein auf sich angewiesen, konnten also höchstens nur durch größtes Entgegenkommen Preußens vielleicht gewon-

100. Schulenburg an Beyme, 9. Mai 1806. Rep. 89,127.

101. S. 101/102.

nen werden. Wohlgerne, es handelt sich hier nur um die Frage des Vorgehens; daß die ständische Verfassung an und für sich abgeändert werden müsse, darüber bestanden für Schulenburg keine Zweifel, wie schon seine Haltung in den Entschädigungsprovinzen eindeutig gezeigt hatte.¹⁰² Es sei auch vorläufig gar nicht möglich hier schon eine Entscheidung zu treffen, da das verworrene Steuer- und Schuldenwesen eng mit der ständischen Verfassung verknüpft sei und erst sorgfältig geprüft werden müsse. Bei dieser Arbeit sei man aber ganz auf die Stände angewiesen, da die wichtigsten Akten und Papiere fehlen.¹⁰³ In Berlin scheint man übrigens dem Vorschlage Schulenburgs entsprechend ausweichend geantwortet zu haben.

Erwähnenswert wäre noch, daß Schulenburg mit dem Herzog von Braunschweig, der das große Militärkommando führte, sehr unzufrieden war. Er beklagt sich darüber, daß ihm „das unentschlossene, schwankende und unbestimmte Benehmen, die steten Zweifel, Besorgnisse und Rücksichten“ des Herzogs seine Lage sehr verbittern; denn, da er einmal an ihn gewiesen sei, frage er in allen Militärangelegenheiten bei ihm an; allein er bekomme nie reine entscheidende Antworten, sondern alles, was er erhalte, sei schwankend, unbestimmt, voller Zweifel und Rücksichten.¹⁰⁴

Als Schulenburg am 11. August 1806 seinen Urlaub antrat,¹⁰⁵ konnte er Hannover in dem Bewußtsein verlassen, alles menschenmögliche getan zu haben, um die Einwohner für Preußen zu gewinnen. Sein schonendes Vorgehen und sein mannhaftes Eintreten für die Interessen des Landes vermochten es aber trotzdem nicht zu verhindern, daß die Abneigung der

102. Vgl. oben S. 101 ff.

103. Schulenburg an Beyme, 25. Mai; Schulenburg an den König, 1. 4. und 10. Juni 1806. Rep. 89,127.

104. Schulenburg an Beyme, 24. Juni 1806. Rep. 89,9 B. b. 4. Vgl. ähnliche Urteile Hardenbergs über den Herzog von Braunschweig bei L. v. Ranke a. a. O. I. S. 140 und 150 f.

105. Auf seinen Antrag wurde das Kommando des Okkupationskorps dem Generalleutnant von Larisch, als dem nunmehr ältesten General der in Hannover stehenden Truppen, unter dem Oberbefehl des Herzogs von Braunschweig, die Zivilverwaltung und Organisation Ingersleben übertragen. Schulenburg an den König, 24. Juli 1806. Rep. 89,95.

Hannoveraner gegen Preußen eher zu- als abnahm. Ja, ein Teil der Einwohner hätte anscheinend lieber wieder die Franzosen statt der Preußen im Lande gesehen, da man deren Aufenthalt nur als vorübergehend betrachtete und also viel eher, als unter der preußischen Herrschaft die Möglichkeit bestand, wieder mit England vereinigt zu werden. Über dieses letzte Ziel vergaß man vollständig die uneigennützigte Verwaltung Preußens und das Ausbeutungssystem der Franzosen. In dieser politischen Zielsetzung der Hannoveraner liegt es auch zutiefst begründet, warum es Schulenburg nicht gelang, trotz seines guten Willens und Handelns seine Aufgabe erfolgreich zu beendigen.

IV.

Schulenburg als Gouverneur von Berlin.

Wenn wir dem Verhalten Schulenburgs nach der Schlacht von Jena und Auerstädt auch nur einigermaßen gerecht werden wollen, so müssen wir zunächst einmal untersuchen, in welcher körperlichen und geistigen Verfassung er im September 1806 das interimistische Gouvernement von Berlin übernahm.

Am 14. Juli 1806 bat Schulenburg den König um seine Dienstentlassung, da sein Gesundheitszustand sich infolge der letzten bitteren Ereignisse noch verschlechtert und eine täglich zunehmende Hypochondrie sich zu seinen übrigen Beschwerden gesellt habe und ihn zu allen Geschäften, welche Geistesanstrengung erfordern, untüchtig mache. Und am 24. desselben Monats schrieb er wie zur Entschuldigung, daß er gern sein Amt fortsetzen würde, wenn er nur körperlich litte; „diese Beschwerden wirken aber mächtig auf den Geist und nur die feste Überzeugung, daß ich Ew. K. M. nicht mehr so dienen kann, als ich es zu tun gewohnt war, und daß meine Niedergeschlagenheit, Unentschlossenheit und Untätigkeit nachteilig auf die Geschäfte wirkt, hat mich zu diesem Entschluß bewegen können“.¹⁰⁶ Es war übrigens nicht das erste Gesuch dieser Art. Schon am 2. Februar 1803, während der Organisation der Entschädigungsprovinzen, hatte er dem Könige erklärt, daß ihn einige Stunden

106. Rep. 89,95.

Arbeit dermaßen entkräften, daß er Schwindel bekomme und alle Denkkraft verliere.¹⁰⁷ Es ist ein weiterer Beweis für das unerschütterliche Vertrauen des Königs zu Schulenburg, wenn er ihn damals trotzdem nicht von seinem Posten abberief, „da keiner mein Zutrauen in dem Grade wie Sie besitzen, und keiner die hierzu so wesentlichen Eigenschaften in sich vereinigt, wie dies bei Ihnen der Fall ist“.¹⁰⁸ Schulenburgs Gesundheitszustand scheint sich dann auch wieder gebessert zu haben. Einen ähnlichen Erfolg hatte ein zweites Gesuch vom 15. Oktober 1805, in dem er erneut sein Unvermögen aussprach, seine bisherigen Geschäfte fernerhin zu verwalten. „Eine nur etwas starke Anstrengung erregt sogleich Fieber, meine noch etwaigen Tage bringe ich daher auf der Folter zu. Und dennoch fühle ich, daß ich bei weitem nicht das leiste, was ich leisten sollte; dieses Bewußtsein ist für einen Mann, der bald 35 Jahre im Ministerium ist, tief kränkend und der Gedanke, er schade, weil er sich überlebt hat, tötend.“¹⁰⁹ Diesmal eröffnete ihm der König durch Beyme, er möchte die augenblickliche außenpolitische Krisis abwarten. Seinem oben erwähnten Gesuch vom 14. Juli 1806 entsprach er nur insofern, als er ihm einen unbestimmten Urlaub erteilte, dagegen die gänzliche Entlassung auch jetzt nicht bewilligte. Schulenburg behielt sich aber vor, wenn der unbestimmte Urlaub fruchtlos bleibe, seine Bitte nach einiger Zeit wiederholen zu dürfen.¹¹⁰

Am 11. August 1806 verließ Schulenburg Hannover; er war kaum einen Monat in Kehnert, von einer wirklichen Besserung seines Gesundheitszustandes konnte also noch gar keine Rede sein, als ihm der König durch die Kabinettsordre vom 9. September das interimistische Gouvernement von Berlin und den Vorsitz im Staatsrate übertrug. Schulenburg versicherte zwar dem Könige, daß er gehorchen werde, erklärte aber zugleich, daß er nach seiner Überzeugung dasjenige, was Se. K. M. von

107. Rep. 89,58 C.

108. Der König an Schulenburg, 6. Februar 1803. Trachenberger Archiv: I. 18. Tit. IX. 2.

109. Rep. 89,95.

110. Der König an Schulenburg, 18. und 31. Juli 1806. Trachenberger Archiv: I. 18. Tit. IX. 13.

ihm erwarten, nicht leisten werde. Er werde tun, was in seinen Kräften stehe, und er hoffe, daß Se. K. M. dann den Willen für die Tat nehmen werden. Eine noch deutlichere Sprache gebrauchte er Beyme gegenüber: Er sehe wohl ein, daß er gehorchen müsse, allein ihn beunruhige, wie es ablaufen werde. Seine Persönlichkeit wolle er gern zum Opfer bringen; aber was die Sache selbst angehe, so sei sein Kopf zu großen Geschäften nicht mehr fähig. Es ist einfach unbegreiflich, wie Friedrich Wilhelm III. trotz dieser offenen Worte auf seinem Willen bestehen konnte; nur mit Mühe und Not gelang es Schulenburg durchzusetzen, daß der Vorsitz des Staatsrates dem Minister von Voss übertragen wurde.¹¹¹ Der König mußte sich doch sagen, daß das bestimmt kein gutes Ende nehmen könne, wenn ein Mann mit so wenig Selbstvertrauen einen derart wichtigen Auftrag übernahm. Als Entschuldigung des Königs können wir höchstens gelten lassen, daß er wohl nicht glaubte, daß der Krieg Berlin direkt in Mitleidenschaft ziehen würde, also daß er dem Gouverneursposten nicht die Bedeutung beilegte, die er dann tatsächlich erlangen sollte. Dieses Vorgehen des Königs entschuldigt natürlich nicht das spätere Verhalten Schulenburgs, ist aber doch zu seiner Beurteilung sehr wichtig.

Es ist bekannt, daß Schulenburg nach der Niederlage von Jena und Auerstädt am 17. Oktober jene berühmte Proklamation erließ: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht. Ich fordere die Einwohner Berlins dazu auf. Der König und seine Brüder leben!“¹¹² Diese Proklamation ist deshalb von so großer Bedeutung, weil in ihr das alte friderizianische Preußen zum letzten Male vor uns hintritt; es ist ein Ausspruch Friedrichs des Großen, daß der friedliche Bürger es gar nicht merken solle, wenn der Staat Krieg führe, daß er überhaupt mit dem kämpfenden Heere nichts gemein habe, der hier seine letzten Blüten getrieben hat.¹¹³ Schulenburg

111. Schulenburg an den König und Beyme, Kehnert 10. September; der König an Schulenburg, 17. und 20. September; Schulenburg an den König, Berlin 17. September 1806. Rep. 89,95. Trachenberger Archiv I. 18. Tit. IX. 13.

112. Rep. 94. IV. N. c. 23.

113. Wenn M. Lehmann (a. a. O. I. S. 431) schreibt: „Wozu aber rechnete

hat damit, wie Ritter treffend sagt, gewissermaßen einer versinkenden Epoche den Grabstein gesetzt.¹¹⁴ Wenn man Schulenburg den Vorwurf gemacht hat, daß er statt dessen nicht die Stadt zur Verteidigung aufgerufen hat, so ist das nicht ganz richtig. Berlin war keine Festung; an Truppen waren nur sechs dritte Bataillone vorhanden, die zur Verteidigung nicht im entferntesten hinreichten. Sonstige Verteidigungsvorbereitungen hatte man vorher nicht für nötig gehalten, da man sich völlig in Sicherheit wiegte, wofür neben Schulenburg der General Geusau, der als Chef des ersten Departements des Oberkriegskollegiums und des ganzen Feldproviandwesens in Berlin zurückgeblieben war, sowie der Kommandant von Berlin, Ingenieurgeneral von Laurens, die Verantwortung tragen. Das ist um so unverständlicher, als eigentlich allein die Erinnerung an den siebenjährigen Krieg genügen mußte, um feindliche Angriffe in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen, zumal auch noch die Instruktion vom 17. September dem Staatsrat zur Pflicht machte, mit dem Gouverneur und dem Kommandanten die nötigen Maßregeln für einen solchen Fall zu verabreden.¹¹⁵ Jetzt nach der Schlacht noch die Stadt in Verteidigungszustand zu setzen, dazu war keine Zeit mehr vorhanden. Ein Zeitgenosse, Julius von Voss, durch seine schriftstellerische Tätigkeit eine bekannte Persönlichkeit in Berlin, der gute Beziehungen zu den leitenden Kreisen hatte und auch selbst militärische Kenntnisse besaß, schrieb damals an den preußischen Rittmeister Karl von Altröck, wenn nur 10000 Mann kämen, müßte sich die Stadt gleich ergeben.¹¹⁶ Schulenburg hat deshalb nicht so unrecht gehabt, wenn er sich derartigen Gedanken widersetzte, da er auch im anderen Falle die Stadt leicht einer Plünderung ausgesetzt hätte. Um so mehr

sich Schulenburg in jener Stunde selbst, zu dem Heere, in dem er eine der höchsten Stellen einnahm, oder zum Zivil, dessen erste Finanzbehörde er leitete oder wenigstens leiten sollte“, so ist diese Fragestellung falsch. Schulenburg war seit Ende Juli auf unbestimmte Zeit beurlaubt, hatte also mit seinen früheren Geschäften nichts mehr zu tun, sondern nur inzwischen den Gouverneursposten übernommen.

114. a. a. O. I. S. 248.

115. Gen.Dep. des Gen.Dir. Tit. III. Gen.Dir. 62.

116. B. Claussen, In Berlin nach der Schlacht bei Jena, S. 58.

müßte man aber annehmen, daß wenigstens alles getan worden wäre, um das vorhandene Kriegsmaterial fortzuschaffen.

Dem war leider nicht so. Schulenburg hatte zwar am 27. September vom Oberkriegskollegium einen Bericht über die Anstalten, die zur Fortschaffung der in Berlin befindlichen Geschütze und Gewehre zu treffen seien, angefordert, der ihm schon am folgenden Tage überreicht wurde.¹¹⁷ Sein Vertrauen auf das preußische Heer war aber so groß, daß er befahl die Ausführung der vorgeschlagenen Maßregeln bis zum wirklichen Ausbruche des Krieges oder auch erst nach den Ereignissen desselben auszusetzen. Eine solche Katastrophe, wie sie gleich darauf über Preußen hereinbrach, hielt er für gänzlich ausgeschlossen; wenn wirklich ein unglückliches Ereignis eintreten sollte, so glaubte er immer noch genügend Zeit zu haben, um die nötigen Maßregeln treffen zu können. Allerdings sollte alles so vorbereitet werden, daß man jeden Augenblick mit der Fortschaffung der Geschütze beginnen könne.¹¹⁸ Dabei dachte man aber nicht an einen Transport nach dem Osten, sondern vielmehr nach Magdeburg und Spandau; diese Pläne waren mit Jena und Auerstädt hinfällig. Jetzt bemühte man sich die Vorräte zu Schiff nach Stettin zu bringen.¹¹⁹ Nach dem Berichte des Oberkriegskollegiums vom 28. September¹²⁰ waren mindestens 78, darunter 34 zur Belagerung bestimmte Geschütze sowie 35 000 Infanteriegewehre neuerer Konstruktion, von denen älterer Art ganz abgesehen, vorhanden. Davon wurden am 18. und 19. Oktober rund 15 000 Stück größtenteils nach Glogau und Stettin gesandt. Da aber Schulenburg am 19. Mittags mit den sechs Bataillonen Berlin verließ, nachdem er seinen Schwiegersohn, den Fürsten von Hatzfeld, zu seinem Stellvertreter ernannt hatte, und dieser sich jedem Versuche, die noch im Zeughaus vorhandenen Geschütze und Gewehre in Sicherheit zu bringen, unter dem Vorwande, daß der herannahende Feind solches als

117. Generalkontrolle Tit. LVIII. 82.

118. Schulenburg an das erste und zweite Departement des Oberkriegskollegiums, 1. Oktober 1806. Generalkontrolle Tit. LVIII. 82. •

119. B. Claussen a. a. O. S. 59. F. G. Graf de Bray, Berlin im Oktober und November 1806, S. 50.

120. Vgl. oben Anm. 117.

eine ihm nachteilige Maßregel der Stadt zur Last legen könne, gar widersetzte, so fielen ungefähr 40 000 Gewehre und 50 Geschütze den Franzosen in die Hände.¹²¹ Die letzte Verantwortung dafür trägt Schulenburg ganz allein. Denn er durfte Berlin erst dann verlassen, wenn er vorher sämtliches Kriegsmaterial in Sicherheit gebracht hatte und nichts mehr dem Feinde in die Hände fallen konnte. Solange das nicht der Fall war, war es seine Pflicht und Schuldigkeit auf seinem Posten auszuharren und mit größter Beschleunigung die Räumung des Zeughauses zu Ende zu führen. Deshalb wird immer an ihm der Makel haften bleiben, durch sein Verhalten die Fortsetzung des Krieges ungeheuer erschwert zu haben, da erst die Waffen, die man in Berlin dem Feinde überlassen hatte, neu geschmiedet werden mußten. Es war eben kein Zufall, daß gerade der erste noch lebende Vertreter des friderizianischen Staates, der auch in seinem ganzen Wesen dieses Zeitalter verkörperte, an dessen Untergang einen so wenig rühmlichen Anteil nehmen sollte.

121. M. F. v. Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg im Zusammenhange mit den Schicksalen des Gesamtstaates Preußen während der Zeit vom 22. Oktober 1806 bis zu Ende des Jahres 1808, I. S. 146 ff.

Schluß.

Wenn auch das Bild Schulenburgs durch die Katastrophe von 1806 und sein weiteres Verhalten, auf das wir hier nicht näher eingehen wollen,¹²² sehr verdunkelt worden ist, so müssen wir uns aber davon frei machen, seine gesamte mehr als dreißigjährige Ministertätigkeit nur unter dem Gesichtspunkte des unglücklichen Endes dieser Tätigkeit zu betrachten.

Überblickt man nun die Tätigkeit Schulenburgs von 1798 bis 1806, so erkennen wir zwar manche der Vorzüge wieder, die ihn schon unter Friedrich dem Großen ausgezeichnet hatten; aber auf der anderen Seite treten die Schwächen seines Wesens stärker hervor, ja sie überwiegen schließlich, weil sich die Aufgaben eines Ministers infolge der Persönlichkeit des Königs und des Wandels der politischen Verhältnisse bedeutend vermehrt hatten. Er bewährt sich zwar auch weiterhin als ein Mann der gewissenhaften Arbeit, aber er bleibt in Einzelheiten stecken; außerdem altert er vor der Zeit. In umgekehrtem Verhältnis dazu steht sein politischer Ehrgeiz, der ihn schon unter Friedrich Wilhelm II. 1792 aus der inneren in die äußere Politik geführt hatte und ihn auch jetzt zahlreiche Einzelaufträge übernehmen ließ, die ein Minister nicht allein bewältigen konnte; er verstand es auch nicht zwischen ihnen den notwendigen Zusammenhang herzustellen. Im ganzen ist seine Leistung unter Friedrich Wilhelm III. hinter dem zurückgeblieben, was er unter Friedrich dem Großen vollbracht hatte.

Aber trotzdem oder gerade deshalb haben diese acht Jahre in der Forschung eine weit größere Beachtung gefunden als die 15 Jahre unter Friedrich dem Großen; und es war für seine Be-

122. Um seine Güter in der Altmark nicht zu verlieren, verließ er Preußen und trat später sogar in die Dienste des Königreiches Westfalen. M. F. v. Bassewitz a. a. O. I. S. 446, Anm. 2.

urteilung entscheidend, daß er hier in der Hauptsache versagt hat. Allerdings kann das den, der einen Einblick in seine ganze Persönlichkeit genommen und die Grenzen seines Könnens erkannt hat, nicht überraschen. Einmal fehlte ihm, der ursprünglich Offizier gewesen, dann Landrat und schon mit 28 Jahren Minister geworden war, aus diesem Grunde eine ausreichende wissenschaftliche Bildung. Er ersetzte sie durch jahrzehntelange praktische Erfahrungen, was aber zur Folge hatte, daß er die Formen auf Kosten des inneren Wesens der Dinge überschätzte. Und dann hielt er beharrlich an den altpreußischen Traditionen fest, als deren Gralshüter er sich betrachtete. Er war von der Güte dieser überlieferten Einrichtungen, besonders der seines unvergeßlichen Friedrich, so überzeugt, daß er von den neuen Ideen, die inzwischen mit der neuen Zeit aufgekommen waren und stürmisch Anerkennung und Berücksichtigung verlangten, nichts wissen wollte. Er lehnte sie aber auch deshalb ab, weil ihm hier jede Erfahrung fehlte; nur aus diesen Gründen erklärt sich z. B. seine Abneigung gegen den Plan, die Generalkontrolle zu einem Premierministerium zu erweitern. Anstatt einen neuen Weg zu suchen, glaubte er vielmehr seine Pflicht erfüllt zu haben, wenn er die alten ausgefahrenen Gleise weiter benutzte. Dieser Geisteshaltung entsprach auch sein Vorgehen bei der Eingliederung der neu gewonnenen Provinzen; er hatte hier nur das eine Ziel im Auge, ohne Rücksicht auf Sonderwünsche die altpreußische Verfassung möglichst vollständig einzuführen. Er ist überhaupt, wie wir schon einmal im Laufe der Arbeit festgestellt haben, nicht ein Staatsmann gewesen, der durch seine neuen Ideen die Geschichte seines Landes auf Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte beeinflußt hat, sondern er ging nur den Weg weiter, den andere vor ihm eingeschlagen hatten. Denn zu wirklich schöpferischer Leistung fehlte ihm jede Anlage. Er besaß nicht die Eigenschaften, die erst den wahren Staatsmann machen; der geniale Zug z. B. eines Stein ging ihm voll und ganz ab. Daß er überhaupt die höchsten Staatsämter erreicht hatte, verdankte er nur seinem Fleiß und seiner immensen Arbeitskraft, Eigenschaften, die zwar jeder gewöhnliche Beamte besitzen muß, die aber zur Leitung eines Staates nicht ausreichen. Man erkannte in Preußen damals nicht, daß unter

einem Könige wie Friedrich Wilhelm III. viel bedeutendere Persönlichkeiten in den Ministerien notwendig seien als unter Friedrich dem Großen; Schulenburgs Unglück war es aber, daß er nur zum Gehilfen eines Friedrich brauchbar war, aber unter einem schwachen Herrscher in einer Zeit großer Wandlungen zum Führer berufen wurde.

